USA: »Fehltritt in die Tyrannei« S.6

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 3 – 21. Januar 2012

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Der unsterbliche König

Zum 300. Geburtstag Friedrichs des Großen – Seine Idee ist Erbe und Auftrag

„Ich hätte dazu getaugt, das Leben eines Weisen zu führen. Aber ein Dämon, der mir meine Ruhe nicht gönnte, hat mich auf die Bühne der politischen Wechselfälle gehetzt.“ Diese schlichten Worte Friedrichs des Großen gegenüber seinem Privatsekretär Henri de Catt beschreiben das Widersprüchliche im von der Kunst ebenso wie vom Militärischen dominierten Leben des Preußenkönigs treffender, als es jede inhaltsgewaltige Biografie je könnte. Am 24. Januar jährt sich zum 300. Male der Geburtstag des Ausnahmemonarchen, der aus des „Heiligen Römischen Reiches Streusandbüchse“ ein fortschrittliches Staatswesen und eine europäische Großmacht formte und uns die ewig gültige „preußische Idee“ hinterließ.

Der große Preußenkönig war Staatsmann und Lenker eines Staates, umsichtiger und schöpferischer Verwaltungsbeamter, Feldherr, Philosoph, Künstler, Schriftsteller und Menschenkenner mit Sympathie und Sarkasmus. Ein aufgeklärter Monarch, so außergewöhnlich begabt, dass er diese durchaus widersprüchlich erscheinenden Eigenschaften in sich zu vereinen und ihrer Entfaltung Raum zu geben vermochte. Wie kein anderer Monarch der absolutistischen Epoche hat Friedrich seine Rolle als Herrscher reflektiert und schriftlich niedergelegt. Seine vom Geist der Aufklärung geprägten Schriften waren ebenso wie seine militärischen und staatstheoretischen Studien Meisterwerke ihrer Zeit. Auch wenn Friedrich viele seiner Vorstellungen nicht in die Praxis umsetzen konnte, galt Preußen gegenüber den Verhältnissen in anderen Ländern als vorbildlich.

Friedrich II. war also weit mehr als nur ein König. Er ist eine historische Größe, was nicht allein mit seinem ehrenden Beinahmen „der Große“ zu tun hat. Ohnehin beruht diese „Verleihung“ auf subjektiven Wertungen in der jeweiligen historischen Epoche, deren Kriterien nicht messbar oder gar festgeschrieben, sondern vom Zeitgeist beeinflusst sind. Im Falle Friedrichs allerdings ist die in dem Beinamen zum Ausdruck kommende Größe auch heute weitgehend unumstritten, haben doch nicht allein seine militärischen Erfolge einen geradezu mythischen Nachruhm begründet. Vielmehr ragt er vor allem durch seine facettenreiche Persönlichkeit, die ihm ein positives und unvergängliches Wirken auf so vielen staatlichen und gesellschaftlichen Feldern ermöglicht hat, aus der großen Schar der europäischen Herrscher hervor. Friedrich hat nicht die Welt, wohl aber die Menschen und ihr Denken verändert. Er verfolgte keine Visionen, hing keinen Utopien an und er dachte nicht revolutionär oder in Räumen. Seine politischen Denkkategorien waren Staaten und Ordnungen.



Schon zu Lebzeiten hat es Friedrich nicht an Freunden und Bewunderern, aber auch nicht an Gegnern und Kritikern gemangelt. Daran hat sich nichts geändert, auch wenn das Friedrich-Bild immer wieder politisch bedingten Schwankungen unterworfen war. Seine Zeitgenossen bewunderten ebenso wie die Nachwelt an dem großen König vor allem das, was sie als bürgerliche Tugenden verstanden: sein Pflichtgefühl, seine Selbstzucht, sein Arbeitsethos, seine Standhaftigkeit, seine Fähigkeit zur Selbstbeschränkung und Mäßigung sowie seine Güte und Milde gegenüber dem einfachen Mann. Seinen Kritikern dagegen galt er als eigensinnig, als Spötter, als Militarist und als politischer Vabanquespieler.

Jeder möge sich heute seine eigene Meinung über Friedrich bilden, ganz im Sinne der Freiheit des Geistes, die er seinen Landeskindern gab und vorlebte. Wer dies tut, möge ihn aber nicht nach den heutigen, sondern nach den Maßstäben seiner Zeit beurteilen.

Den nach ihm regierenden Hohenzollern waren sein Vermächtnis und die ehrende Erinnerung an ihn Verpflichtung. Ein Nachkomme Friedrichs des Großen danke nicht ab, ließ Wilhelm II. seine Berater wissen, als sie ihm 1918 den Gang ins Exil nahelegten. Doch es sollte anders kommen. „Möge Friedrich der Große der unsterbliche Friedrich sein!“, schrieb Voltaire kurz vor seinem eigenen Tod an den Preußenkönig. Dieser Wunsch des Dichters ging in Erfüllung. Auch wenn das irdische Dasein Friedrichs endlich war und das von ihm Geschaffene materiell mit Wilhelm II. unterging, lebt Friedrich fort. Er lebt fort in allem, was an Preußen vorbildlich und universell gültig ist. Seine „preußische Idee“ ist uns Erbe und Auftrag.

Jan Heitmann

Jan Heitmann:

Bares für Banales

Günther Jauch müsste dem Bundespräsidenten eigentlich dankbar sein. Schließlich haben ihm seine beiden letzten Sendungen über das im Sturm der Entrüstung wankende Staatsoberhaupt Spitzeneinschaltquoten beschert. Aber nun ist es auch genug, ein Seufzer geht durch die Redaktionen: „Nicht schon wieder Wulff.“ Was jetzt noch über dessen Machen- und Seilschaften ans Tageslicht kommt, sind nur noch Kleinigkeiten, die beim besten Willen nicht als Thema der Woche auf einem der besten Sendeplätze im Ersten taugen. Aber ein Jauch, TV-Allzweckwunderwaffe der Nation, ist flexibel und schnell mit einem brandheißen Thema bei der Hand: „Deutschland, ein Land der Übergewichtigen“. Von Jauch mit banalen Fragen durch die Sendung geführt, gaben die Studiogäste Allgemeinplätze und altbekannte Argumente mit hohem Gähn-Faktor von sich. Ein Festival der Beliebigkeit, ohne Erkenntnis- oder Unterhaltungswert und – um beim Thema zu bleiben – ohne jeden Nährwert, hart an der Niveaugrenze der Nachmittagssendungen bei den Privaten.

Jauchs Firma kassiert dafür immerhin 4487 Euro pro Sendeminute. Das macht bei einer einzigen Sendung stolze 269 220 Euro, also mehr, als ein Jahresgehalt der Bundeskanzlerin. Der Publizist Bernd Höcker hat errechnet, dass so im Jahr knapp 10,8 Millionen Euro zusammenkommen, wofür Merkel etwa 43 Jahre und 466 Altenpflegerinnen ein Jahr lang jeden Tag in Vollzeit arbeiten müssten. Und wer zahlt für Jauchs mageren Auftritt? Wir alle. Dank der GEZ, die ab 2013 noch mächtiger werden wird.

Festhalten an »Kaliningrad«

Westerwelle lehnt Vorschlag des Bundestagsabgeordneten Mayer ab

Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) hat den Vorschlag des Bundestagsabgeordneten Stephan Mayer abgelehnt, dass das Generalkonsulat in Königsberg auch den Namen Königsberg trägt. Zur Begründung seines Vorschlages hatte der CSU-Abgeordnete in einem Schreiben an den Minister vom 25. Oktober vergangenen Jahres angeführt: „Gerade im Zusammenhang mit der deutschen Benennung der deutschen Vertretungen in Breslau, Oppeln und Hermannstadt wäre es nur folgerichtig, auch das Generalkonsulat in Kaliningrad unter dem Namen Königsberg zu präsentieren.“

Einen knappen Monat später, mit Datum vom 21. November, antwortete Westerwelle Mayer in einem kurzen Schreiben abschlägig. Nach dem Dank für das Schreiben seines Parlamentskollegen beteuert er, dass sein Ministerium der Benennung der Auslandsvertretungen große Aufmerksamkeit widme und mit „Blick auf eventuelle sprachliche Entwicklungen in den jeweiligen Gastländern ... die Namen regelmäßig überprüft“.

»Aus historischer Sicht« für »Kaliningrad«

Dann kommt Westerwelle zur Begründung seiner Ablehnung: „Der Fall des Deutschen Generalkonsulats Kaliningrad unterscheidet sich insofern von den anderen von Ihnen angeführten Beispielen, als hier die damalige Sowjetunion den früheren Namen Königsberg offiziell in Kaliningrad umbenannt hat. Aus historischer Sicht soll diese Entscheidung respektiert und der Name Generalkonsulat Kaliningrad beibehalten werden.“

Mayers Kommentar: „... Wie in Breslau, Oppeln oder Herrmannstadt hielte ich es für richtig und konsequent, auch den deutschen Namen in der Bezeichnung des Generalkonsulates zu führen. Es ist für mich nicht nachzuvollziehen, dass der Bundesminister des Äußeren diese Parallelen nicht anerkennt und das Führen beider Namen ablehnt.“ *M.R.*

Deutschland als Geisel

Euro-Rettung: Forderungen an Berlin immer dreister und maßloser

Im Vorfeld des deutsch-französisch-italienischen Gipfels am 30. Januar in Rom gerät Deutschland immer offenkundiger zur hilflosen Geisel der Euro-Rettungspolitik. Italiens Ministerpräsident Mario Monti droht Berlin ohne diplomatische Umschweife mit dem Ende aller Sparbemühungen und gar mit antideutschen Ausschreitungen in seinem Land, falls Deutschland dem südlichen Nachbarn nicht noch weit stärker finanziell unter die Arme greife.

Derweil mehren sich Anzeichen, dass die gesamte Rettungspolitik in eine Sackgasse mündet. Griechenlands Staatspleite und damit der wahrscheinliche Verlust aller Bürgschaften und Kredite, die vor allem Deutschland gewährt hat, wird für den 20. März befürchtet. Es hat sich gezeigt, dass das Land nicht einmal die primitivsten Voraussetzungen aufweist, um die versprochenen Reformen überhaupt anzugehen.

Monti droht ohne Umschweife

Dass sich Italien und Spanien vergangene Woche zu relativ niedrigen Zinsen umschulden konnten, führen Experten nicht auf das plötzlich gestiegene Vertrauen der Anleger in die Kreditwürdigkeit der beiden Länder zurück. Vielmehr habe die Europäische Zentralbank (EZB) die Geschäftsbanken nahezu zinslos mit einer halben Billion Euro überschüttet, die diese nun irgendwo hätten anlegen müssen. Eine solche Geldflut ohne entsprechendes Wirtschaftswachstum gilt als Inflationstreiber.

Derweil drohen nach der Herabstufung der Kreditwürdigkeit Frankreichs und anderer Euro-Länder für Deutschland weitere Belastungen, um die Kreditwürdigkeit der Euro-Rettungsschirme auf Bestnote zu halten. Aus Berlin verlauten unterdessen Beschwichtigungen und Durchhalteparolen. Man sei auf einem guten Weg, so Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). *Hans Heckel*

Zwischenruf

Defizite in Polen

Der Europarat, ein lockerer Zusammenschluss von 47 europäischen Staaten, hat kürzlich Polen wegen seiner defizitären Minderheitenpolitik nachträglich gerügt. In einer vorgelegten Expertise wurde nüchtern festgestellt, dass es bis heute für die deutsche Minderheit in Polen keine eigenen Kindergärten und Schulen mit Deutsch als Unterrichtssprache gibt. Das Recht der deutschen Minderheit, Geschichte und Tradition in Deutsch zu unterrichten, sei nicht umgesetzt. Der Bericht bestätigt die Klage der deutschen Volksgruppe in Oberschlesien, dass, soweit Warschau Zuschüsse zur Förderung der regionalen Minderheitensprache vergibt, diese zweckentfremdet verwandt werden. Die Experten des Europarates zur Umsetzung der europäischen Sprachencharta empfehlen Polen die Gründung von mindestens einem öffentlichen Radio- und Fernsehsender in deutscher Sprache.



Der Europarat ist kein EU-Organ. Es ist seit langem bekannt, dass die EU vor den Defiziten der polnischen Minderheitenpolitik die Augen verschließt. Brüssel hätte sich schon lange die Kritik des Europarates zu eigen machen müssen. Eindeutig liegt hier ein Verstoß gegen den europäischen Gemeinschaftsgeist vor. Das gilt auch für die Rückführung der von Polen widerrechtlich in Besitz genommenen deutschen Kulturgüter (Beutekunst). Es handelt sich um rund 200 000 Exponate, darunter die Urschrift des Deutschlandliedes. Die nationalistische Haltung Polens verhindert auch nur kleinste Fortschritte auf diesem Gebiet. Es ist an der Zeit, Polen an seine Pflichten zur Einhaltung der europäischen Gesinnung und guter Nachbarschaft zu erinnern. Dabei muss auch ein Verfahren gegen Warschau wegen Vertragsverletzung ins Auge gefasst werden. Dieses Druckmittel hat Brüssel gegen andere EU-Mitglieder schon wegen geringerer Verstöße angewandt.

Wilhelm v. Gottberg

Jetzt haben wir's schwarz auf weiß

Die Verpflichtungen nicht erfüllt: Europarat mahnt Polen, die Minderheitencharta endlich umzusetzen

Der restriktive, schwer diskriminierende Umgang Polens mit seinen Minderheiten ist hinlänglich bekannt. Jahrzehntelang bestritt das kommunistische Volkspolen die Existenz nationaler Minderheiten, besonders der deutschen. Nach der politischen Wende in Osteuropa wurde offenkundig, dass ungeachtet der chauvinistischen Unterdrückungspolitik noch zahlreiche nationale Minderheiten im Land leben. Durch das polnische Minderheitengesetz von 2005 sind offiziell neun nationale und vier ethnische Minderheiten anerkannt. Das EU-Partnerland Polen ist außerdem Vertragsstaat der „Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen".

Der Europarat hat Polen nun aufgefordert, entschieden mehr zum Schutz der nationalen Minderheiten im Lande zu tun. Es habe in den vergangenen Jahren „keinen sichtbaren Erfolg" bei der Umsetzung der Europäischen Charta zum Schutz nationaler Minderheiten gegeben, heißt es in einem bereits im Dezember in Straßburg veröffentlichten Bericht. Der Untersuchung des Sachverständigengremiums, die bis jetzt nur in englischer Sprache vorliegt, liegen Vor-Ort-Besuche in den Siedlungsgebieten der Volksgruppen und Minderheiten sowie intensive Gespräche mit deren Vertretern zugrunde.

In diplomatisch verklausulierter Sprache werden Polen die Leviten gelesen für seinen Umgang mit Bürgern nicht-polnischer Nationalität. Der Minderheitenpolitik mit jeder Volksgruppe attestiert der Bericht mehr oder weniger schwere Mängel, die Verpflichtungen sind durch die polnischen Behörden in nahezu allen Bereichen gar nicht oder nur unzureichend umgesetzt.

Bezogen auf die deutsche Volksgruppe hat die Expertenkommission die Bereiche Bildung, öffentliche Verwaltung und Medien unter die Lupe genommen. Was sie zu sehen bekamen, lässt Polen in keinem guten Licht erscheinen: Bei drei Viertel der etwa 25 untersuchten Einzelpunkte kommen die Verfasser zum Ergebnis, dass die damit einhergehenden Verpflichtungen „nicht erfüllt" wurden.

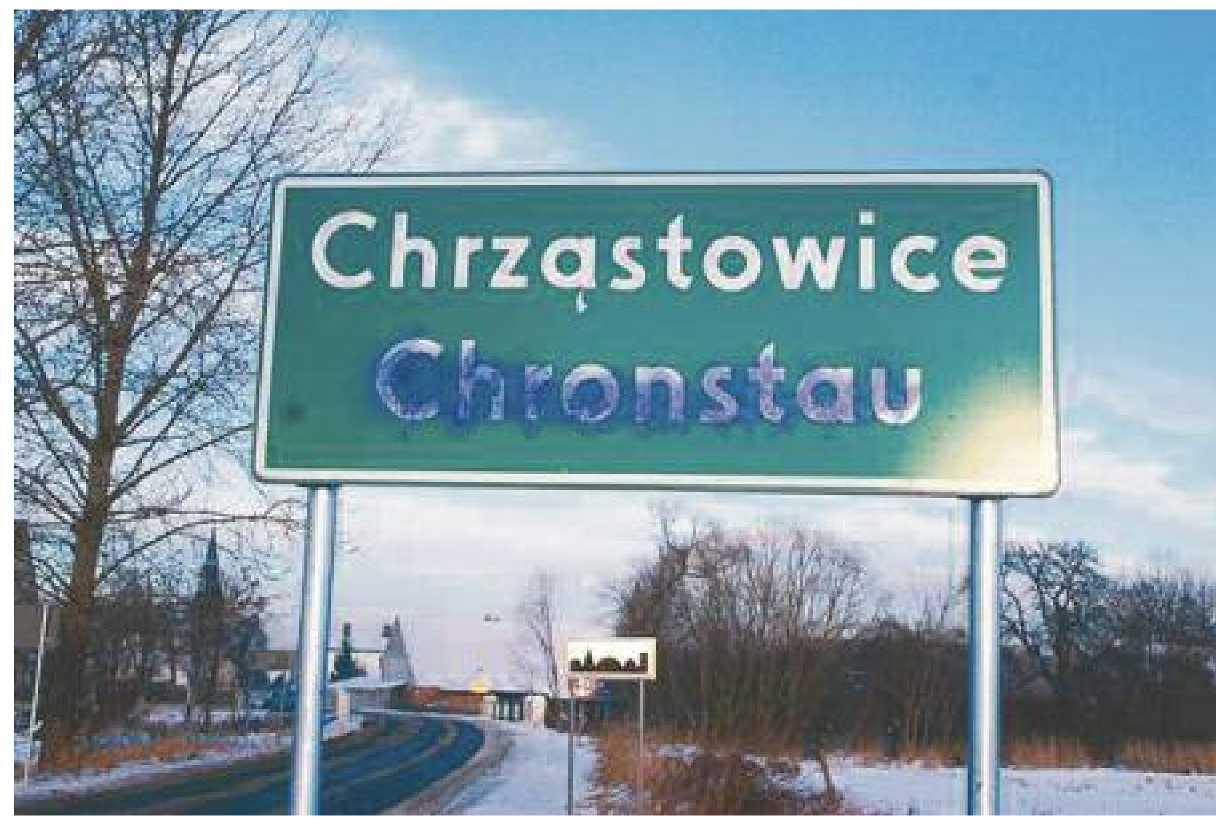
Polnische Zusicherungen im Bereich von deutschem muttersprachlichen Unterricht bilden ein einziges großes Desiderat: Auch entgegen den Bestimmungen des eigenen nationalen Bildungsgesetzes von 2007 gibt es in den angestammten Siedlungsgebieten der deutschen Volksgruppe weder Kindergärten/Vorschulen noch Grund- noch weiterführende Schulen, in denen Deutsch Unterrichtssprache wäre. Das Vorhandensein eines einzigen bilingualen Kindergartens in Raschau (heutige Woiwodschaft Oppeln) wird von den Experten sogar kritisiert: Dass dieser mit bundesdeutscher Unterstützung aufgebaut wurde, entspräche ausdrücklich nicht den Vorgaben der Charta, in der sich der polnische Staat selbst verpflichtet hat, Bildungseinrichtungen für seine Minderheiten bereitzustellen. Genauso fällt das Urteil über die offenbar republikweit einzige bilinguale (deutsch-polnische) Grundschule aus, die ebenfalls mit Hilfen aus der Bundesrepublik eingerichtet wurde. Die Sachverständigen ließen sich auch nicht von dem polnischerseits gern angewandten Trick blenden, dass es ja durchaus „Deutschunterricht" gibt: Deutsch nur mehr als Fremdsprache mit drei Wochenstunden anzubieten und mit der Methodik des Fremdsprachenunterrichts zu vermitteln sei „nicht ausreichend".

Polen hat Mittel für die Volksgruppe zweckentfremdet

Der Bericht des Europarates unterstreicht darüber hinaus, dass Polen Kindergärten und Grundschulen mit deutscher Unterrichtssprache unabhängig von elterlichen Anträgen zur Verfügung zu stellen hat. In diesem Zusammenhang fiel den Experten die administrative Hürde von mindestens sieben Kindern – bei weiterführenden Schulen sogar 14 –, die Unterricht in der Muttersprache wünschen müssen, negativ auf, da vertragswidrig. Zudem stelle die für ältere Kinder doppelt so hoch gesetzte Schwelle die Kontinuität des Übergangs von Grund- in weiterführende Schulen krass in Frage.

Als makabres I-Tüpfelchen kommt folgendes hinzu: „Das Expertenkomitee ist über Fälle informiert, in denen für die Minderheitensprachen reservierte Zuschüsse von den Kommunen für andere Aufgaben zweckentfremdet wurden."

Der Bericht „ermutigt" die polnischen Behörden dazu, Erziehung und Unterricht auf allen Stufen in Deutsch zu gewährleisten, deren Kontinuität zu wahren sowie regelmäßig zu überprüfen, wofür die Subventionen für den Unterricht verwendet werden. Aus der feinen Diplomatensprache übersetzt bedeutet das eine klare Ansage, den Verpflichtungen der Charta endlich nachzukommen.



Zweisprachige Ortstafel von Chronstau bei Oppeln: Polen regelrecht abgewatscht Bild: Archiv

In bezug auf das Recht, mit den Gemeindeämtern in der Muttersprache zu kommunizieren sowie überlieferte muttersprachliche Orts- und Straßennamen zu verwenden, wird Polen regelrecht „abgewatscht". Die Europaratexperten mussten feststellen, dass es nirgendwo möglich ist, mündliche oder schriftliche Anträge an die Behörden in Deutsch zu richten – selbst in den 22 der 28 oberschlesischen Gemeinden nicht, in denen die heimatverbliebenen Deutschen 20 oder mehr Prozent der Bevölkerung stellen und Deutsch offiziell als „Hilfssprache" anerkannt ist. „Deutsch kann weder im Kontakt mit den Landkreisen Groß Strehlitz (21 Prozent Deutsche) und Oppeln (20 Prozent) noch mit der Woiwodschaft Oppeln (14,5 Prozent) verwendet werden."

Darüber hinaus stieß den Verfassern die 20-Prozent-Hürde sauer auf, die Polen verlangt, um Minderheitensprachen als Hilfssprache einzusetzen: Die Hürde entziehe dem Deutschen in einer erheblichen Anzahl von Gebieten, in denen die Deutschen „traditionell anwesend" sind, konsequent den Schutz, den zu gewähren sich der polnische Staat in der Charta verpflichtet hat. Polen wird aufgefordert, diese „zu überdenken". Lediglich in 23 der besagten 28 Gemeinden sind deutsche Ortsnamen zugelassen, nicht aber Straßen- oder Flurnamen. Und: „Weder die Landkreise Groß Strehlitz und Oppeln noch die Woiwodschaft Oppeln können ihre deutschen Namen annehmen."

Nicht besser sieht es auf dem Gebiet der Medien aus: Keine öffentlichen und privaten Radio- und Fernsehstationen, die ausschließlich in Deutsch senden würden, keine deutsche Tageszeitung, wie verlangt. Kritisch vermerkt der Bericht, dass das „Wochenblatt" aus Oppeln nur zur Hälfte auf Deutsch erscheint, dass Programme zu Uhrzeiten ausgestrahlt werden, an denen viele Deutsche sie nicht hören können, dass die Reichweite der Sender nicht alle deutschen Siedlungsgebiete abdeckt. Zweisprachige Programme einmal wöchentlich für 25 Minuten anzubieten, wie beispielsweise die Sendung „Nasz Heimat" von Radio Oppeln, wird klar als nicht ausreichend bewertet.

Die bundesdeutsche Presse hat den Untersuchungsbericht des Europarats bislang noch nicht thematisiert. Einzige bisher bekannte Reaktion aus Polen ist die des Minderheitenbeauftragten der Woiwodschaft Oppeln, Marek Mazurkiewicz. Der bezweifelte im Interview mit Radio Oppeln die Neutralität und Richtigkeit der Berichtsergebnisse.

Christian Rudolf

Die Schulden-Uhr: Ende 2012 sind alle ärmer

Eine gute und eine schlechte Nachricht – zuerst die gute: Die Löhne und Gehälter sollen 2012 um durchschnittlich 2,6 Prozent steigen. Die schlechte: Um etwa denselben Prozentsatz wird auch die Gesamtbelastung durch Steuern und Abgaben steigen. So bleibt den Beschäftigten am Ende nichts, weil der Staat zugreift, was er dann „sparen" nennt, weil er so seine Kreditaufnahme deckelt. Die Zahlen haben der Steuerzahlerbund und die „Wirtschaftswoche" ermittelt. Eine Inflation von zwei oder gar drei Prozent dazugerechnet, seien Ende des Jahres sogar „alle ärmer", so „Wirtschaftswoche"-Chefredakteur Roland Tichy. *H.H.*

2.031.677.113.645 €

Vorwoche: 2.030.754.673.124 €
Verschuldung pro Kopf: 24.867 €
Vorwoche: 24.856 €

(Dienstag, 17. Januar 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Wenn »Scheidung«, dann bald

London: Premier will mögliche Abspaltung Schottlands selbst planen

Lieber früher als später", so lautet inzwischen die vom britischen Premierminister David Cameron ausgegebene Devise in Bezug auf ein Referendum über die schottische Unabhängigkeit. Gefordert wird von Premier ein Referendum innerhalb der nächsten 18 Monate. Das ausgerechnet die britischen Konservativen in dieser Frage aufs Tempo drücken, hat gute Gründe: Offiziell angeführt wird, dass eine längere Unsicherheit der Wirtschaft schadet. Klagen von Unternehmen mag es tatsächlich gegeben haben, entscheidend dürften aber andere Punkte sein: Je später das Referendum abgehalten wird, desto wahrscheinlicher wird eine Abspaltung Schottlands von Großbritannien.

Alex Salmond, Chef der Scottish National Party (SNP), hatte sich bisher nicht ohne Grund für ein Referendum im Jahr 2016 ausgesprochen: Angesichts der maroden britischen Staatsfinanzen sind umfangreiche Einsparungen im Haushalt bereits absehbar. Von London verordnete Einsparungen werden der SNP allerdings weiteren Zulauf bringen. Aus Sicht von Camerons Torys spricht alles dafür, die Modalitäten einer Abspaltung noch in der eigenen Regierungszeit und möglichst vor dem Kampf zu den Parlamentswahlen 2015 zu regeln.

Neben der Terminfrage wird mittlerweile sogar schon die Fragestellung bei einer Abstimmung diskutiert: Während Premier Cameron eine klare Ja-Nein-Entscheidung durchsetzen will, ist es gut möglich, dass die Schotten letztendlich unter drei Optionen

Argentinien liebäugelt mit Falkland-Inseln

wählen werden: Der schottischen Unabhängigkeit, dem Verbleib bei Großbritannien, und einer Option namens „Devo Max". Der Begriff steht für „maximale Devolution", also Machtübertragung. Konkret würde dies bedeuten, dass für die Außen- und Verteidigungspolitik weiterhin London zuständig bleibt, alle inneren Belange aber Schottland selbst verantwortet. Camerons Befürchtung ist, dass die dritte Option das Lager der Befürworter einer Einheit Großbritanniens unnötig zersplittert.

Auch wenn die Schottland-Frage momentan einen großen Teil der politischen Diskussion in Großbritannien beherrscht, könnte ein altes Problem wieder aktuell werden, das eigentlich als gelöst galt: Argentiniens Forderung nach den Falkland-Inseln.

Nach zahlreichen Nadelstichen wie der Aufkündigung einer wichtigen Flugverbindung und Behinderungen im Schifffahrtsverkehr mit den Inseln mobilisiert Argentinien inzwischen recht erfolgreich in Südamerika diplomatische Unterstützung für seinen Anspruch. Ermutigt fühlen könnte sich die argentinische Führung sogar durch die USA: Während 1982 Großbritannien im Falklandkrieg die uneingeschränkte Unterstützung der USA hatte, mahnt nun US-Außenministerin Hillary Clinton sehr zurückhaltend lediglich Verhandlungen an. Diese etwas schwache Rückendeckung könnte durch Argentiniens Führung eines Tages durchaus als Ermunterung verstanden werden: Etwa wenn Öl-Erkundungen südlich der Falklands noch erfolgreicher als bisher verlaufen sollten und britische Streitkräfte, beispielsweise durch einen internationalen Konflikt, anderweitig gebunden wären.

Norman Hanert

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Christian Rudolf; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4371**

Hinterm Horizont

Von Vera Lengsfeld

Es ist inzwischen das am längsten gespielte Musical in Berlin. „Hinterm Horizont“, Udo Lindenbergs Liebesgeschichte mit einem Mädchen aus Ost-Berlin. Anfangs waren alle skeptisch: die Produzenten, sogar der Drehbuchautor Thomas Brussig. Geben Udos Songs genug Stoff für ein Musical her? Interessiert sich überhaupt jemand für diese Geschichte?

Werden die Darsteller, allesamt keine ausgebildeten Musical-Akteure, das alles bewältigen? Dreimal ja. Die Geschichte beginnt mit Aufnahmen vom Mauerbau, die jeden Zuschauer in den Bann schlagen. Spätere Einblendungen zeigen das ganze, irrsinnige Ausmaß des Todesstreifens in der geteilten Stadt. Am Ende habe nicht nur ich Tränen in den Augen bei den Bildern vom Mauerfall. Dazwischen liegen drei unterhaltsame, bildende, kurzweilige Stunden.

Das liegt vor allem am Können von Thomas Brussig, dem es gelingt, die Verhältnisse in der DDR, speziell die Staatssicherheit, als so gruselig zu vermitteln, wie sie wirklich waren, sich gleichzeitig aber darüber lustig zu machen und ihnen so das Dämonische zu nehmen. Die Staatssicherheit war tatsächlich eine absurde Veranstaltung mit den Sprachstörungen, die stellvertretend Stasi-Chef Mielke zur allgemeinen Erheiterung auf der Bühne vorführt.

Gleichzeitig hatte sie die Macht, Liebende zu trennen und einander zu entfremden. Glücklicherweise nicht für immer, denn es gibt heutzutage die Möglichkeit, die Stasi-Machenschaften zu durchschauen.

Es war ein bemerkenswerter Zufall, dass der zwanzigste Jahrestag der Stasiakten-Öffnung und der erste Geburtstag des Musicals zusammenfielen. Lindenberg widmete seine Jubiläumsvorstellung den „Kämpfern und Opfern für Frieden und Freiheit während der deutschen Teilung“. Einige wenige Bürgerrechtler waren als Ehrengäste eingeladen, was das ehemalige SED-Bezirksorgan „Berliner Zeitung“ Gift und Galle spucken ließ. Wir haben uns trotzdem köstlich amüsiert und sind dankbar, dass Lindenberg jungen Menschen ein Thema nahebringt, das viel zu selten angesprochen wird.

Udos Engagement ist keineswegs neu. Als ich im Musical saß, erinnerte ich mich an mein erstes Lindenberg-Konzert Ende Februar 1988 in Hamburg. Ich war vor wenigen Tagen aus dem Stasigefängnis Hohenschönhausen in den Westen abgeschoben worden.

Mit mir zehn andere Bürgerrechtler, die verhaftet worden waren, weil sie an einer SED-Demo mit eigenen Plakaten teilnehmen wollten. Auf offener Bühne solidarisierte sich Udo Lindenberg mit uns und verurteilte das Vorgehen des Honecker-Regimes. Das haben nur ganz wenige Kulturschaffende der alten BRD getan. Danke, Udo!

Die Großzügigen vom Schuldenberg

Prunkbibliothek: Berlins CDU knickt für Wowereits Prestige-Projekt ein



Weitab vom Zentrum: Auf dem Gelände des stillgelegten Flughafens Tempelhof will Klaus Wowereit eine gigantische Bücherhalle errichten lassen

Bild: M. Hitij/dapd

Das hochverschuldete Berlin leistet sich eine gigantische neue Bibliothek weit außerhalb der Innenstadt. Dabei steht ein zentralerer und kostengünstigerer Standort längst in Aussicht – im „Humboldt-Forum“.

Ein 270 Millionen Euro teures Prestigeprojekt, der Neubau der Zentral- und Landesbibliothek (ZLB), ist Teil der Koalitionsvereinbarung zwischen der Berliner SPD und der CDU geworden. Das Vorhaben ist schon seit längerem eines der Lieblingsprojekte des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD). Für die Finanzen Berlins und für die Kultureinrichtungen der Stadt könnte die nun getroffene Entscheidung allerdings folgenschwer sein: „Sinnlos und überteuert“ – so klang die Einschätzung der Berliner CDU in der Vergangenheit, wenn es um den Bau einer neuen Zentral- und Landesbibliothek auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhofs ging. Zumindest bis zum Abschluss der Koalitionsverhandlungen mit der SPD blieb die Berliner CDU bei dieser äußerst kritischen Haltung. Auf wundersame Weise hat sich die Partei während der Verhandlungen jedoch davon überzeugen lassen, dass Berlin mit einem Neubau günstiger führe als mit einer Sanierung und „Ertüchtigung“ der bisherigen Bibliotheksstandorte.

Doch was zunächst nach sparsamer Haushaltsführung klingt, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als das genaue Gegenteil. Denn die Sanierungskosten für die Alt-Standorte werden nicht etwa eingespart, sie werden zusätzlich zu den Kosten für den Bibliotheksneubau anfallen. Ein Verkauf der bisher genutzten Gebäude der „Amerika Gedenkbibliothek“ am Halleschen Tor und der Berliner Stadtbibliothek in der Breiten Straße ist nämlich nicht vorgesehen.

Auch künftig sollen beide Standorte für kulturelle Zwecke durch das Land Berlin genutzt – und finanziert – werden. Und dieses Vorhaben dürfte nicht billig werden, denn die 1954 fertiggestellte „Amerika Gedenkbibliothek“ am Halleschen Tor steht als Bau der Nachkriegsmoderne unter Denkmalschutz. In die Sanierung beider Gebäude sind bereits mehrere Millionen Euro Landes- und Bundesmittel geflossen.

Das Nachsehen haben die Stadtteile

Noch unverständlicher wird der nun verkündete Bibliotheksneubau mit Blick auf die bisherigen Senatsentscheidungen in Bezug auf den Wiederaufbau des Berliner Schlosses und das dort geplante Humboldt-Forum. Der Berliner Senat hat sich dort bereits mit einer finanziellen Beteiligung von 32 Millionen Euro eine Fläche von 4000 Quadratmetern für die Berliner Landesbibliothek gesichert. Detail am Rande: Ausgerechnet die Linkspartei, entschieden gegen den Schloss-Wiederaufbau, wollte die für die Bibliothek reservierten Flächen im Humboldt-Forum während ihrer Koalitionszeit mit der SPD sogar dreimal so groß haben. Nach Angaben der Generaldirektorin der Zentral- und Landesbibliothek, Claudia Lux, hätte das Vorhaben „unsere Probleme für die nächsten 20 oder 30 Jahre gelöst“.

Zudem wäre die finanzielle Belastung für Berlin wesentlich geringer ausgefallen als mit dem nun beschlossenen Neubauprojekt. Quasi als Nebeneffekt wäre der Wiederaufbau des Berliner Schlosses auf eine breitere finanzielle Basis gestellt worden. Gescheitert ist der damalige Vorschlag an eben jener SPD, die nun der Öffentlichkeit den Bibliotheksneubau als kostengünstige Lösung präsentiert.

Bis zum Jahr 2020 soll auf dem Tempelhofer Feld der Bau mit 60 000 Quadratmetern und Platz für 3,4 Millionen Medien entstehen. Die im Vergleich zum Humboldt-Forum etwas „periphere Lage“ des Tempelhofer Standortes ist sowohl in der Öffentlichkeit als auch in Architektenkreisen ein weiterer Kritikpunkt.

Kaum diskutiert werden bislang allerdings andere wichtige Fragen: Wie zeitgemäß ist ein Bibliotheksneubau in der geplanten Dimension überhaupt noch? Würden die Berliner nicht mit einer gut ausgestatteten dezentralen Bibliotheksstruktur in den Stadtteilen besser fahren? Geht die Entwicklung, auch bei den Bibliotheken, nicht immer stärker vom gedruckten Buch zum digitalen Medium?

Längst bietet die Zentral- und Landesbibliothek mit ihrem Angebot „voebb24.de“ elektronische Bücher, Hörbücher und Videos zur Nutzung per Internet an. Die Auswahl ist zwar noch begrenzt, doch gilt diese Form der digitalen Medienbereitstellung als Modell der Zukunft. Was Berlin nun stattdessen erhält, ist eine kostspielige Variante der Bibliothek von gestern. Statt des Neubaus wären völlig andere Investitionen nötig: leistungsfähige Rechentechnik, Lizenzerwerbe für Neuerscheinungen und die Digitalisierung der Altbestände. Nicht nur, dass Berlin mit einer „digitalen“ Landesbibliothek unter den deutschen Bibliotheken den großen Wurf landen würde, auch der Kreis der gebührenzahlenden Benutzer ließe sich so erweitern.

Der nun geplante, erst ab 2020 nutzbare Prestigebau auf der grünen Wiese wird absehbar solche und andere Investitionen unmöglich machen. Dass neben dem beschlossenen Neubau auf dem Tempelhofer Feld noch ausreichende Mittel zur Modernisierung des Medienbestands, zur Sanierung der bisher genutzten Gebäude und für die 87 chronisch unterfinanzierten Berliner Stadtteilbibliotheken aufgebracht werden, ist nämlich kaum vorstellbar. Weder bei der SPD noch bei der auf Wowereit-Linie eingeschwenkten CDU scheint der auf etwa 63 Milliarden Euro angewachsene Schuldenberg Berlins ein ausreichender Anlass zu sein, die 270-Millionen-Lieblingsidee des „Regierenden“ nochmals zu überdenken.

Norman Hanert

Hallervorden als Rassist

Weil ein Weißer einen Schwarzen spielt: Polit-Theater an der Spree

Darf Sigmar Gabriel sich für Maßnahmen gegen den Hunger in der Welt einsetzen, obwohl er über Leibesfülle verfügt?“ fragte Dieter Hallervorden in der ihm eigenen spitzbübischen Art, nachdem politisch korrekte Kritiker ihn, dem Vorzeigeliberalen der Berliner Theaterszene, mit Rassismusvorwürfen überschüttet hatten. In dem Stück „Rappaport“ von Herb Gardner wurde die Rolle des Midge, eines Farbigen, mit Joachim Bliese besetzt. Und der musste für den Part eigens schwarz geschminkt werden. Hallervorden befand, die Besetzung der Rolle sei nun einmal nach schauspielerischen Qualitätsgründen erfolgt.

Sheila Mysorekar von der Initiative Schwarze Deutsche (ISD) wollte das nicht durchgehen lassen. In der Haltung des privat geführten Theaters sei „völlige Ignoranz betreffs rassistischer Traditionen und ihres historischen Kontextes“ erkennbar. Ein anderer Kritiker schimpfte im Internet, Hallervorden hätte doch Roberto Blanco engagieren können, der hätte die Rolle sogar singen können. Es gebe schließlich genug arbeitslose afrodeutsche Schauspieler, nörgelte ein weiterer. Im Internetportal „Facebook“ wurde sogar ein Blog „Schluss mit rassistischen Blackface-Aufführungen“ eingerichtet, und die linksorientierten Blätter der Hauptstadt griffen das Thema dankbar auf.

Afrodeutsche Lobbyistin macht sich lächerlich

Als Beleg für die bösen Absichten Hallervordens wurden die Minstrel-Shows in den USA des 19. Jahrhundert bemüht. Dort hätten sich Weiße schwarz geschminkt, weil Schwarzen seinerzeit der Auftritt in Theatern verboten gewesen sei. Dennoch ist die Aufregung mit einem Sturm im Wasserglas vergleichbar, denn eine relevante Resonanz blieb bislang aus, Hallervordens Schlossparktheater meldet weiterhin gute Auslastung. Die Kritik ist zudem auch von Heuchelei geprägt, denn das Stück „Rappaport“ ist seit rund 25 Jahren vielfach auf deutschen Bühnen aufgeführt worden. Dabei wurde die Rolle des schwarzen Midge immer wieder mit einem Weißen besetzt, und niemanden erregte das. Die Leitung des Schlossparktheaters wies denn auch darauf hin, dass „Rappaport“ bereits 2005 im Berliner Renaissance-Theater mit einem weißen Schauspieler ohne Widerspruch gelaufen sei.

Selbst der linksliberale Berliner „Tagesspiegel“ und viele andere Medien machen sich mittlerweile über die Attacken lustig. In fremde Rollen zu schlüpfen, so der Tenor, sei schließlich die Aufgabe eines Schauspielers. *Theo Maass*

Ein Ort tritt aus

FDP-Verband verlässt geschlossen die Partei

Die Liberalen von Treuenbrietzen sind bald Geschichte. Die acht FDP-Mitglieder in dem 7500 Einwohner zählenden Städtchen am Nordrand des Fläming in Brandenburg haben beschlossen, bis März alle aus der FDP auszutreten – ein bisher einmaliger Vorgang in einer bisherigen liberalen Hochburg.

Gut 34 Prozent der Wählerstimmen hat die FDP im Ort. Sie stellt den Bürgermeister, doch die Liberalen hier sind zutiefst enttäuscht von der Bundespartei. Sie wandeln nun die lokale Parteigruppe in einen Bürgerverein um. Auch Bürgermeister Michael Knape, 2009 mit gut 70 Prozent wiedergewählt, ist dabei. „Der geschlossene Parteiaustritt ist keine Entscheidung aus dem Bauch heraus“, beteuert der FDP-Ortsvorsitzende Andreas Gronemeier zur Entscheidung.

Die Treuenbrietzener Liberalen erhoffen sich nach eigenen Angaben seit langem neue Signale aus der Bundespolitik, doch die seien auch beim jüngsten bundespolitischen Dreikönigstreffen ausgeblieben. Knape hatte vor allem auf eine energiepolitische Wende in der FDP gesetzt, die er nun als gescheitert ansieht.

Treuenbrietzener Liberale enttäuscht

In Treuenbrietzen baute er mit der liberalen Ortsgruppe den Stadtteil Feldheim zum ökologisch vorzeigbaren strom- und wärmeunabhängigen Projekt aus. Von den Erfolgen dieser Politik und den positiven Auswirkungen für den Mittelstand habe die Bundespartei aber nichts wissen wollen, klagt der Ortsverband. So kam es zur Trennung. Für FDP-Landeschef Gregor Beyer ist das aber kein böses Vorzeichen: „Eine Austrittswelle gibt es nicht“, sagte er mit Blick auf die gesamte Landespartei. *SV*

Wegen NPD suspendiert

Der 22-jährige Fußballschiedsrichter David W. ist ab sofort vom Spielbetrieb suspendiert. Grund: Der für den Verein SV Rotation Schwedt in der Fußball-Kreisklasse Ost-Uckermark tätige W. ist Mitglied der NPD. Fachlich liegen keine Beanstandungen gegen ihn vor. Der Vorsitzende des zuständigen Fußballkreises, Frank Fleske, räumte ein: „Er hat seine Spiele ordentlich geleitet.“ Doch W. hatte seine Ansichten unter dem Pseudonym „Willi W.“ im Internet kundgetan. Antifaschistische Enthüllungsaktivisten äußerten daraufhin die Vermutung, dass sich hinter „Willi W.“ David W. verberge. W. hat dies inzwischen zugegeben und sich entschuldigt. Nun wird das Sportgericht des Fußballkreises den Fall verhandeln: „Bis zur Klärung des Sachverhaltes wird der Unparteiische zu keinem Spiel mehr angesetzt“, so Fleske. David W. gilt laut seinem Vereinspräsidenten als ruhiger, zurückhaltender junger Mann, der bei seinen Großeltern wohnt. *H.L.*

Extremistenabwehr mit Schlagseite

Unverkennbare staatliche Defizite motivieren einzelne sogar zur Lynchjustiz

Während sich die Partei „Die Linke" noch ärgert, dass Familienministerin Kristina Schröder (CDU) eine Einordnung der Parteizeitung „Neues Deutschland" als linksextremistisch unterstützt, überweist die Ministerin 2012 24 Millionen Euro im „Kampf gegen Rechts" und fünf Millionen im Kampf gegen Linksextremismus und Islamismus.

Obwohl die Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) offenbar keineswegs so unbeobachtet ihre grauenvolle Mordserie verübte, wie zuerst angenommen, beschäftigt sie erst seit dem tödlichen Finale im November die Öffentlichkeit und die Bundesministerien. Erst vor wenigen Tagen bekannte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), dass es ein „gravierendes Strukturproblem" bei den Ermittlungen gegen das Zwickauer Neonazi-Trio gegeben habe. Doch das von ihm im Dezember überraschend schnell ins Leben gerufene „Gemeinsame Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus" – von vielen Medien fälschlicherweise als „Abwehrzentrum Rechts" bezeichnet – soll nun die Kooperation der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder verbessern. Es soll wie das „Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum" (GTAZ) gegen islamistischen Terrorismus, das nach dem 11. September 2001 2004 ins Leben gerufen wurde, dem bundesweiten Informationsaustausch dienen. Trotzdem muss die Politik mit der Kritik leben, dass die staatlichen Institutionen im Fall der NSU auf viel breiterer Front als zugegeben versagt haben.

Das scheint wiederum in gewissen Kreisen die Absicht zu verstärken, die Dinge selbst zu regeln. So überraschte der Sicherheitschef des Fußballvereins St. Pauli, Sven Brux, nach schweren Krawallen bei einem Hallenfußballturnier in Hamburg mit bedenklichen Aussagen: „Der FC St. Pauli wird ... gerühmt für dieses gegen Rechtssein ..., meine Güte, da muss das in der Realität auch mal umgesetzt werden. Wenn irgend so ein Nazi da meint, er könnte im St.-Pauli-Block derartige Sprüche loslassen, dann muss der auch das Gefühl haben, dass ihm das gesundheitlich womöglich nicht ganz gut tut." Da viele diese Rechtfertigung für Gewalt kritisierten, merkte Brux zwar später an, so habe er das nicht gemeint, trotzdem ist die Massenschlägerei, in der einige meinten, das Recht verfassungswidrig selbst in die Hand nehmen zu müssen, mit 90 verletzten Zuschauern und Polizisten geschehen.

Die Hamburger Polizei hat keinerlei Verständnis hierfür, beobachtet sie doch mit dem Landesverfassungsschutz Personen mit rechtsextremen Hintergrund (überwiegend Mitglieder der NPD, aber auch einige autonome Nationalisten). Und wer sich von Rechtsextremen bedroht fühlt, kann jederzeit Sicherheitsbehörden, aber auch das Mobile Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus

Bund fördert spezielle Beratung

kontaktieren. Das Beratungsnetzwerk, das so hyperaktiv im „Kampf gegen Rechts" ist, dass es die *PAZ* zunächst als Feind ansah und Auskunft über seine Arbeit verweigerte, hat 2011 in Hamburg 90 Beratungen mit Eltern, Schulen und Unternehmen über Probleme mit rechtsextrem-auffälligen Kindern, Schülern und Arbeitnehmern geführt. Es existiert in jedem Bundesland und wird vom Bund massiv gefördert. Nach dem Anschlag in Norwegen durch den mörderischen Psychopathen Anders Breivik im Juli letzten Jahres stockte der Bund allein für die Stadt Hamburg die Bundesmittel von 200 000 um 50 000 Euro auf.

Auch in Sachen Prävention ist Hamburg aktiv. Lehrer könne sich über zahlreiche Publikationen für jede Bildungs- und Altersstufe freuen, zudem werden Seminare und Fachveranstaltungen wie „Krass gegen Rechtsextremismus – Zivilcourage macht Schule" angeboten. Ein wenig wundert es, warum der Landesjugendring Hamburg e.V. seine „Alternativen Stadtrundfahrten", so sie denn objektiv und unideologisch angelegt sind, nicht unter der Rubrik Geschichtsunterricht, sondern unter „Kampf gegen Rechts" anbietet. Das albern anmutende durchgestrichene Playmobilmännchen mit Hitlerbart auf der Internetseite des Landesjugendrings macht allerdings einen zwanghaft politisierenden Eindruck à la Antifa. Dabei passen Fahrten zur KZ-Gedenkstätte Neuengamme und Themen wie „Hamburger Kirchen und Glaubensgemeinschaften im Dritten Reich" in den regulären Geschichtsunterricht.

Trotz des umfangreichen Engagements im „Kampf gegen Rechts" fühlten sich die St-Pauli-Fans berufen, das Recht in die Hand zu nehmen, da sie angeblich den Hitlergruß und entsprechende Äußerungen aus dem gegnerischen Fanblock wahrgenommen haben wollten. Auch sieht sich der FC St. Pauli nicht veranlasst, seinen Sicherheitschef nach dessen zur Gewalt aufrufenden Äußerungen zu entlassen. Auf Anfrage der *PAZ*, was die Stadt Hamburg gegen Linksextremismus täte, antwortete das Landesamt für Verfassungsschutz, dass sich Bürger mit Fragen und Hinweisen an den Verfassungsschutz wenden könnten, dies „gilt aber selbstverständlich auch für ausstiegswillige Linksextremisten". Zudem habe sich der Landesverfassungsschutz über die Bundesprogramme „Toleranz fördern – Kompetenz stärken" und „Initiative Demokratie stärken" mit Einstiegswegen in den gewaltorientierten Linksextremismus befasst.

Allerdings sehen einige wiederum Defizite im „Kampf gegen Linksextremismus" und so forderte vor kurzem der Bund deutscher Kriminalbeamter ein „Gemeinsames Abwehrzentrum Linksextremismus". Und das Bundesfamilienministerium unter Kristina Schröder unterstützte vor kurzem eine Broschüre für Schüler mit dem Titel „Demokratie stärken – Linksextremismus verhindern". *Rebecca Bellano*



Bild: A. Schmidt/dapd

Stellen das „Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus" vor: Der Präsident des Bundesverfassungsschutzes Heinz Fromm (v. l.), Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) und Jörg Ziercke, Präsident des BKA

MELDUNGEN

Priorität liegt bei Berlin und Paris

Straßburg – Am 19. Januar haben die Vorstände der Stiftung Deutsch-Französische Verständigung (Straßburg) und der Paneuropa Union Deutschlands (München) und Frankreichs (Paris), André Bord und Lothar Späth sowie Bernd Posselt und Alain Terrenoire, auf einer Pressekonferenz in der elsässischen Metropole einen „Straßburger Appell" vorgestellt, in welchem sie sich für eine verstärkte Konvergenz Deutschlands und Frankreichs aussprechen. „Um die tiefgreifende Wirtschaftskrise zu überwinden, muss es der EU gelingen, eine noch effizientere und schneller operationelle deutsch-französische politische Konzertierung herzustellen." Die Verfasser gehen davon aus, dass in der weltweiten Krise allein das Team Merkel-Sarkozy sich als handlungsfähig erwiesen hat, was zeigt, dass über die alteingesessenen Brüsseler Einrichtungen hinaus ein deutsch-französisches Kerneuropa die Zukunft ist. *J.-P. Picaper*

Reaktion auf CDU-Linkskurs

Bremen – Jan Timke, Chef der Bremer Partei „Bürger in Wut" (BiW), konnte dieser Tage neue Erfolge vermelden. Zwei CDU-Politiker wechselten mit ihrem kommunalen Mandat in Bremen-Vegesack von der CDU zu den Konservativen vom BIW. Damit verfügt die CDU nunmehr über weniger Vertreter als der BiW. Die CDU forderte die beiden Kommunalpolitiker auf, ihr kommunales Mandat zurückzugeben, weil der Wählerwille sich nun nicht mehr in der Bürgervertretung widerspiegeln würde. Beobachter sehen den Weggang der beiden Christdemokraten auch unter dem Aspekt des Linkskurses der Bremer CDU, die im letzten Wahlkampf sich bei den Grünen als Juniorpartner anbiederte und nun für die bürgerliche Mitte immer weniger wählbar geworden ist. *T.M.*

Wer weiß mehr?

Vom gequälten Versuch, Bildungsabschlüsse zu bewerten

Ende Januar wird erneut versucht, eine Einigung zu finden, doch derzeit scheinen die Fronten zwischen Kultusministerkonferenz (KMK) auf der einen Seite sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern auf der anderen Seite ziemlich festgefahren zu sein. Dabei wird schon seit Mitte 2006 versucht, die deutschen Bildungsabschlüsse in die acht Stufen einer Bewertungsskala einzuordnen. Eigentlich sollte der Deutsche Qualifikationsrahmen schon Ende 2011 festgezurrt werden, damit das Ergebnis in den Europäischen Qualifikationsrahmen einfließen kann. Ziel dieser Einordnung ist es, Bildungsabschlüsse europaweit vergleichbar zu machen. Arbeitgeber in ganz Europa sollen den Abschluss ihres Bewerbers besser einschätzen können, daher soll die jeweilige Stufe zukünftig auf jedem Bildungsabschluss vermerkt sein.

Doch was sich logisch und praktisch anhört, birgt so manche Probleme. Ist ein spanisches oder rumänisches Abitur gleichwertig mit einem in Deutschland abgelegten? Und was ist mit den deutschen Berufsabschlüssen, die es so im Ausland gar nicht gibt? Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mahnt schließlich alle Jahre wieder an, dass Deutschland zu wenig Hochschulabsolventen habe, berücksichtigt dabei aber ebenfalls alle Jahre wieder nicht, dass die deutsche Berufsausbildung theoretische und praktische Teile berufsnah miteinander verbindet und somit mindestens gleichwertig mit einem Bachelor-Abschluss in anderen Ländern ist.

Arbeitgeber und Gewerkschaften sauer auf KMK

Laut dem Bundesministerium für Bildung und Forschung soll nicht länger entscheidend sein, wie lange oder wo jemand lernt, sondern welche Kompetenzen durch einen Bildungsabschluss vermittelt werden. Doch das lässt viel Raum für Interpretationen. Und so tun sich alle Beteiligten schwer, die deutschen Bildungsabschlüsse einfach in ein Korsett einer Rangliste zu quetschen.

Das hat bereits zu einer derartigen Missstimmung geführt, dass Vertreter der Unternehmen und der Gewerkschaften ein Treffen mit der KMK platzen ließen. Aus ihrer Sicht würde die KMK einen „Kulturkampf" vom Zaun brechen, weil sie das deutsche Abitur auf Stufe 5 einordnen wolle. Auf Stufe 8 soll der Doktortitel stehen, auf Stufe 7 Magister, Master sowie Diplom und auf Stufe 6 Bachelor, Meister und Fachwirte. Doch die Vertreter aus der Arbeitswelt sehen das Abitur nur auf Stufe 4, da es nicht dazu befähigt, Menschen anzuleiten und weiter keine berufliche Erfahrung beinhalte. Das Arbeitsamt führe Abiturienten als Ungelernte, heißt es von Seiten des Deutschen Industrie- und Handelskammertages. Doch die KMK will mit dem deutschen Abitur nicht auf Stufe 4. Diesem Niveau hätten auch andere Staaten ihr Abitur zugeordnet, obwohl dies keineswegs immer einen generellen Hochschulzugang beinhalte. Oft müssten die Abiturienten in anderen Ländern noch Aufnahmeprüfungen an den Universitäten ablegen. Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter wollen aber nicht mit ihren Berufsabschlüssen auf Stufe 4 und 3. Auch wollen sie nicht das Angebot der KMK annehmen, höher qualifizierte Berufsabschlüsse auf Stufe 5 zu heben. „Wir unterscheiden ja auch nicht zwischen einem Bachelor in Philosophie und einem in Wirtschaftsingenieurswesen", merkt Klaus Heimann von der IG Metall an. Das Treffen Ende Januar dürfte demnach sehr lebhaft verlaufen, wenn es denn stattfindet. *R. Bellano*

Lieblingsprojekt der Linken

CDU-Kanzlerin Merkel ficht für die Finanztransaktionssteuer

Mit ihrem Widerstand gegen die Finanztransaktionssteuer stecken die Freien Demokraten in neuen Schwierigkeiten. Seit Bundeskanzlerin Angela Merkel die Einführung der neuen Abgabe in den 17 Euro-Ländern favorisiert, steht die FDP-Spitze allein auf weiter Flur. Merkels Vorpreschen auf dem EU-Gipfel war mit dem Koalitionspartner nicht abgesprochen. Der Krach in der Koalition ist insofern eine logische Folge. Dass dann aber auch noch innerhalb der FDP die Gräben aufbrachen, machte die Lage für die Bundesspitze umso heikler. Den sachlich einsichtigen Einwand, die Steuer mache nur europaweit Sinn, wollte der schleswig-holsteinische FDP-Fraktionschef, Wolfgang Kubicki, nicht gelten lassen. Er hält ebenso wie seine bayrische Parteifreundin, die Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel, die Steuer für richtig. Man müsse die Sorgen der Bürger um ihr Geld verstehen. Seit der Finanzkrise 2008 habe sich die Lage verändert, meinte er in einem Interview mit „Welt-online". Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein Anfang Mai gilt als Schicksalswahl der strauchelnden FDP.

Merkel ruderte angesichts des Unfriedens in der Koalition zunächst zurück. Die Einführung der neuen Börsenabgabe solle erst innerhalb der Koalition abgestimmt werden. Im Parlament dürfte die Kanzlerin mit der Steuer keine Probleme haben, denn sie gilt als Lieblingsprojekt der Linken. Die Finanztransaktionssteuer geht auf eine Idee des US-Ökonomen James Tobin zurück. Von ihr träumen seit 40 Jahren alle Linken, Sozialromantiker und notorischen Weltverbesserer des Planeten. Die Einnahmen sollen im Kampf gegen „böse" Banken und Kapitalisten, für Umweltschutz oder für die Europäische Kommission eingesetzt werden.

Banken werden Mehrkosten an Sparer weitergeben

Über den Sinn und die Höhe dieser Weltverbesserungssteuer gehen die Meinungen weit auseinander. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hofft auf Einnahmen in Höhe von 55 Millionen Euro jährlich, wenn alle 27 EU-Staaten mitziehen würden. Sagenhafte 300 Milliarden Euro jährlich erwarten Finanzpolitiker, würde die Steuer weltweit eingeführt. Ob sie allerdings irgendeinen mäßigenden Effekt auf Börsenspekulationen und das Auf und Ab der Finanzmärkte hat, ist bei Ökonomen umstritten.

In Umfragen stehen befragte deutsche Bürger der neuen Abgabe mit Werten von bis zu 80 Prozent positiv gegenüber. Die ausgerufenen Werte von 0,1 oder 0,5 Prozent, die bei Börsengeschäften fällig würden, scheinen gering. Vergessen wird dabei allerdings, dass die private Altersvorsorge auf diese Weise empfindlich abgeschröpft würde. Lebensversicherungen, Aktien- oder Rentenfonds müssten die Kosten an den sparenden Bürger weitergeben. Hinzu kommt, dass Frankfurt, der nach London zweitwichtigste Finanzplatz in Europa, beschädigt würde. Da die englische Regierung sich weigert, diese Steuer ebenfalls einzuführen, würden die Kapitalströme um Deutschland herum fließen. Der Verlust von Arbeitsplätzen und hohen Steuereinnahmen in der Mainmetropole wäre die Folge.

Mit ihrem Nein zur neuen Finanzsteuer steht die FDP bisher allein auf weiter Flur. Peter Altmaier, parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, ließ keinen Zweifel daran, dass die Steuer kommen wird. Ob die FDP ihre Position durchhalten kann, gilt daher als unwahrscheinlich. *H. E. Bues*

MELDUNGEN

Mit Deutsch zum Erfolg

Preßburg – Die Gründung einer privat finanzierten, deutschsprachigen Universität in der Slowakei hat eine neue Hürde genommen: Im Dezember 2011 wurden durch den deutschen Botschafter Axel Hartmann und Gründungsvertreter an den slowakischen Bildungsminister Eugen Jurzyca die Akkreditierungsunterlagen für die Neugründung übergeben. Bereits mit dem Wintersemester 2012/13 soll die Universität in Preßburg [Bratislava] ihren Studienbetrieb aufnehmen. Slowakische und ausländische Studenten sollen zunächst an drei Fakultäten Abschlüsse auf den Gebieten Internationale Unternehmensführung, Medien- und Kulturwissenschaften sowie Tourismus erwerben können. *N.H.*

Drogenhändler Iran

Baku – Nicht nur der vermutete Weg zur Atombombe und das derzeitige Suchen nach US-feindlichen Freunden in Südamerika sind Waffen des Iran gegen den Westen. Das Land mit seinen gefürchteten Revolutionsgarden gilt inzwischen als größter Drogenhändler der Welt. Nach Depeschen der US-Botschaft in Aserbaidschan, die über die Internetplattform Wikileaks bekannt wurden, lässt die Regierung in Teheran mit ihren Öleinnahmen einen Großteil der afghanischen Produktion von Rohopium aufkaufen und im Land zu Heroin verarbeiten. Über das benachbarte Aserbaidschan gelangt es dann auf die westlichen Märkte – ein Milliarden-Deal. Nach Schätzungen aserbaidschanischer Ermittler wurden 2006 etwa 20 Kilo auf den Weg gebracht, 2008 waren es schon 15 000 Kilo und im ersten Quartal 2009 um die 59 000 Kilo. Der Handel wird nach dem stellvertretenden Außenminister Aserbaidschans von iranischen Sicherheitskräften gedeckt. *J.F.*

»Fehltritt in die Tyrannei«

US-Präsident unterzeichnet trotz Zweifeln Gesetz, das die bürgerlichen Grundrechte aufhebt

Zehn Jahre nach der Einrichtung des umstrittenen US-Gefangenenlagers Guantánamo auf Kuba sitzen dort noch immer 171 Häftlinge ein. Sein bei seinem Amtsantritt vor der Weltöffentlichkeit gegebenes Versprechen, es innerhalb eines Jahres zu schließen, hat US-Präsident Barack Obama nicht gehalten. Nun haben die Inhaftierten überhaupt keine Chance mehr, „Gitmo“ je lebend zu verlassen, denn Obama hat ein Gesetz unterzeichnet, das es der US-Regierung erlaubt, Terrorverdächtige für unbegrenzte Zeit festzusetzen. Das bedeutet: lebenslänglich ohne Urteil.

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben die USA tief erschüttert und zu weit überzogenen Abwehrmaßnahmen geführt, die jeder Rechtsstaatlichkeit Hohn sprechen. Dazu gehört auch, Terrorverdächtige auf dem exterritorialen Militärstützpunkt Guantánamo zu internieren, wo das zivile amerikanische Recht keine Gültigkeit hat. Durch die Einstufung der Gefangenen als „illegale Kämpfer“ wurde auch die Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen geschickt umgangen. Die Folge sind inhumane, menschen- und völkerrechtswidrige Zustände, die von der Regierung gebilligt und zusätzlich durch den „Patriot Act“, ein Anti-Terror-Gesetz, durch das die Menschen- und Bürgerrechte eingeschränkt werden, rechtlich abgesichert wurden. Seitdem wurden in Guantánamo 779 Häftlinge ohne ein rechtskräftiges Urteil festgehalten. Den meisten der 171 noch heute dort einsitzenden „Staatsfeinden“ konnten keinerlei terroristische Aktivitäten nachgewiesen werden, 80 werden sogar offiziell als ungefährlich eingestuft. Entlassen oder wenigstens einem Richter vorgeführt werden sie dennoch nicht, denn das hält die US-Regierung offenbar für gefährlicher als die Abkehr von rechtsstaatlichen und demokratischen Prinzipien.

Jetzt hat Obama einen Schritt getan, um die Menschen- und Bürgerrechte noch weiter einzuschränken und das Recht auf Gerichtsbarkeit auszuhebeln. Praktisch ohne öffentliche Diskussion hat er den „National Defence Authorization Act 2012 (NDAA, Gesetz zur Genehmigung des Verteidigungshaushaltes) in Kraft gesetzt. Termin und Ort dafür wählte er mit Bedacht: Seine Unterschrift unter das Gesetz leistete er am Silvesterabend an seinem Urlaubsort auf Hawaii. Damit konnte er sicher sein, kaum mediale Aufmerksamkeit auf das Ereignis zu ziehen. Verständlich, denn der NDAA gibt nicht nur 662 Milliarden US-Dollar für das Militär frei, sondern er ermächtigt die Regierung, Terrorverdächtige ohne Gerichtsverfahren festzuhalten und darunter befindliche Ausländer in Militärgewahrsam zu überführen. Das Militär wiederum darf im Ausland Gefangenenlager errichten und Terrorverdächtige innerhalb und außerhalb der USA festnehmen, sie verhören und ohne jede zeitliche Beschränkung inhaftieren.

> Staatlicher Willkür sind kaum Grenzen gesetzt

In der Praxis bedeutet das die Ausweitung der US-amerikanischen Jurisdiktion auf die ganze Welt, wobei staatlicher Willkür kaum Grenzen gesetzt sind. Zugleich ist damit die gesetzlich vorgeschriebene Trennung von polizeilichen und militärischen Aufgaben faktisch aufgehoben und der Weg zur Schaffung polizeistaatlicher Strukturen oder, je nach Sichtweise, zu einer Militärdiktatur beschritten. Ganz wohl scheint dem Harvard-Juristen Obama bei der Sache nicht zu sein. Zwar rechtfertigte er die Aufhebung grundlegender Bürger- und Freiheitsrechte mit der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, zugleich gab er jedoch seinen „ernsten Vorbehalten gegen bestimmte Regularien, die die Inhaftierung, die Vernehmung und die Strafverfolgung betreffen“, Ausdruck und versprach, das Gesetz so auszulegen, dass kein US-Bürger ohne Urteil zeitlich unbefristet interniert würde. Allerdings ist der Gesetzestext so eindeutig, dass die Regierung die Anwendung und Umsetzung des NDAA gar nicht einschränken oder verändern kann. Mit der Unterzeichnung durch den Präsidenten ist das Gesetz allgemeingültiges US-amerikanisches Recht geworden. Dass Obama trotz seiner Bedenken nicht von seinem Vetorecht Gebrauch machte und das Gesetz in Kraft setzte, zeigt, wie groß die Verunsicherung seines Landes angesichts der asymmetrischen Herausforderung und der politische Druck auf ihn ist.



Auch Amnesty International kritisiert „Obamas Ermächtigungsgesetz“: Demonstranten vor dem Weißen Haus in Washington klagten Mitte Januar an, dass das Gefangenenlager Guantánamo immer noch existiert Bild: pa

Der US-Senat hatte dem Gesetz zuvor mit einer angesichts des brisanten Inhalts ungeheuren Mehrheit von 93 zu drei Stimmen zugestimmt. Zu den Abweichlern gehört mit Ron Paul ausgerechnet ein Republikaner. Er erklärte, all dies sei eine gefährliche Entwicklung, mit der der „Abstieg in den Totalitarismus“ beschleunigt werde.

Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International sehen das ebenso und haben Demonstrationen angekündigt. Sie sprechen von „Obamas Ermächtigungsgesetz“ und bemühen das historische Beispiel der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933, mit der nach dem Reichstagsbrand in Deutschland die verfassungsmäßigen Grundrechte aufgehoben wurden, was einen entscheidenden Schritt zur Errichtung der Diktatur bedeutete. Für Ron Paul ist der NDAA daher ein „Fehltritt in die Tyrannei“. *Jan Heitmann*

Eingeheiratet

Bulgarische Pässe als Eintrittskarte in die EU

Einen ungewöhnlichen Fall einer Massenhochzeit scheint es Berichten der bulgarischen Zeitung „24 Tschassa“ (24 Stunden) und des österreichischen ORF zufolge in Ägypten gegeben zu haben: Allein im Dezember stellten 30 ägyptische Männer aus einem Dorf in der ägyptischen Region Garbija aufgrund von Eheschließungen mit bulgarischen Frauen Visaanträge bei der bulgarischen Botschaft in Kairo.

Die erstaunlich hohe Zahl der Antragsteller, die alle aus einem einzigen Dorf im Nildelta stammten, machte die Beamten misstrauisch, zumal alle Antragsteller angaben, erst vor kurzem eine Ehe mit bulgarischen Roma-Frauen eingegangen zu sein. Nach Recherchen der bulgarischen Zeitung „24 Tschassa“ sind die Hochzeiten durch nicht näher bezeichnete Hintermänner eingefädelt worden, die den bulgarischen Roma-Frauen 500 Euro und einen Freiflug nach Ägypten für die Scheinehen mit den ägyptischen Männern geboten haben.

Aufgrund der EU-Staatsbürgerschaften der Roma-Frauen, die bei den Behörden als Ehepartner der ägyptischen Männer auftraten, ist es den Ägyptern möglich, ein Aufenthaltsrecht in Bulgarien und spätestens mit dem Beitritt Bulgariens zum Schengen-Raum auch in der übrigen EU zu beantragen.

> Massenhochzeit mit Roma-Frauen

Eine ähnliche Überlegung scheinen auch immer mehr Mazedonier, Moldawier und Ukrainer anzustellen, zumindest wenn sie bulgarische Vorfahren glaubhaft machen können: Wie die bulgarische Zeitung „Trud“ berichtet, gibt es bereits seit einiger Zeit eine regelrechte Antragsflut vor allem von Bürgern Mazedoniens, die aufgrund ihrer bulgarischen Wurzeln eine Einbürgerung in Bulgarien beantragen. Rund 200 Antragsteller sollen pro Tag beim bulgarischen Staatsbürgerschaftsamt in Sofia vorsprechen, um den Nachweis einer bulgarischen Staatsbürgerschaft zu erhalten. Kaum verwunderlich ist, dass sich bei solchen Zahlen von Antragstellern inzwischen sogar Busunternehmen auf die Nachfrage eingerichtet haben und entsprechende Fahrten nach Sofia anbieten. Im Erfolgsfall ermöglicht der Nachweis der bulgarischen Staatsbürgerschaft nicht nur die Beantragung von bulgarischen Ausweisen und Reisepässen, sondern auch einen Aufenthalt im gesamten übrigen EU-Raum. *N. Hanert*

Sehnsucht nach Burgfrieden

Mitt Romney profitiert bei Vorwahlen von Polarisierung im republikanischen Lager

Ich trinke ein Budweiser – und wähle Mitt Romney!“ – „Ich trinke ein Samuel Adams – und wähle Ron Paul!“ „Beer Poll“ nennt sich die feucht-fröhliche Wahl, mit der (eine Tradition in New Hampshire) am Vorabend die ernsthafte Kür der republikanischen Präsidentschafts-Kandidaten eingeleitet wurde. In 20 Bars erhoben somit letzte Woche bierfreudige Wähler die Gläser und entschieden auf ihre Weise. Gewinner: Mitt Romney. Zweiter Ron Paul.

Und genauso geschah es dann an den Wahlurnen: Nachdem Romney zuvor in Iowa mit ganzen acht Stimmen an die Spitze geschliddert war, gelang dem Ex-Gouverneur von Massachusetts im wichtigen New Hampshire (es hat den Ruf, den meisten US-Präsidenten an die Macht geholfen zu haben) ein überragender Sieg. Trotz der in einer Schlammschlacht ohnegleichen von seinen Opponenten geführten Attacken, in denen er unter anderem bezichtigt wurde, mit seiner früheren Investment-Firma „Bain Capital“, die seinen Reichtum begründete, Firmen aufgekauft, geschlossen und damit Tausende von Jobs gekillt zu haben. „Job-Killer“ nannten sie ihn. Doch Romney, mit seinem luxuriösen Sommerhaus in New Hampshire nahezu als Einheimischer angesehen, erfüllte sämtliche Erfolgs-Erwartungen mit 39,4 Prozent der Stimmen.

Obwohl mit 22,8 Prozent weit abgeschlagen, feierte der in letzter Zeit erstaunliche Zustimmung verzeichnende texanische Kongressabgeordnete Ron Paul seinen zweiten Platz. Dies sei aus seiner Sicht ein „Sieg für die Sache des Liberalismus“. Alle anderen Bewerber gingen schmählich unter. Texas' Gouverneur Rick Perry, vor kurzem noch an der Spitze gefeiert, erhielt nicht einmal ein Prozent. Doch Perry setzt längst wie die anderen auch auf die nächste Station: South Carolina, wo am Sonnabend gewählt wird. Denn jeder Staat ist anders. In keinem Land der Welt gibt es derartige Unterschiede in der Wählerschaft wie in den USA. Verhalfen in New Hampshire die hohe Zahl der Unabhängigen dem kein Blatt vor den Mund nehmenden Ron Paul zu seinem beachtlichen Erfolg und die moderaten Zentristen dem eleganten, aber weithin unbekannten Ex-Utah-Gouverneur und Botschafter in China Jon Huntsman Jr. mit 17 Prozent zu einem immerhin dritten Platz, so sind jetzt in South Carolina die christlichen Konservativen am Ruder. Von denen erhofft sich vor allem Perry als erzkonservativer Katholik ein Comeback, dem Mormonen Romney hingegen wünschen Perry und seine Mit-Konkurrenten endlich eine Niederlage. Diese wünschen ihm auch die anderen, vor allem der erfahrene Washington-Insider und Geschichts-Professor Newt Gingrich, der sich von Romneys unfairen Fernseh-Attacken bisher nicht erholt hat. Gingrich setzt auf intelligente Wähler, die Erfahrung und Weitblick schätzen, vor allem in den „Big States“ und an der Ostküste.

> US-Wähler von Bundesstaat zu Bundesstaat anders

„Gewinnen ist wie Golf“, sagt Multimillionär Donald Trump, erfahren im Golf wie im Gewinnen. „Immer ein Schlag zur Zeit.“ Zwei Löcher hat Romney schon geschafft. Wenn er nach dem Sieg von New Hampshire auch das schwierige South Carolina gewinnt und gar das nachfolgende Florida, dann ist er nicht mehr aufzuhalten.

Nie war nach Ansicht von Fachleuten die Polarisierung im republikanischen Lager so stark wie dieses Mal. Jeder hasst offenbar jeden. Und das nützt dem amtierenden Präsidenten Barack Obama. Daher breitet sich der dringende Wunsch nach einem aus, der alle wieder vereint nach dem Motto: „Not ignite – unite!“ Und so zeigte New Hampshire bereits etwas Unerwartetes: Romneys Erfolg auf allen Seiten, sogar bei Wählern der Tea Party. Doch was ist der Grund, neben seinem Geld und seiner ausgezeichneten Kampagne? Ein Wähler drückte es so aus: „In dieser Zeit, wo so viel schwarz gemalt wird, wo die Kandidaten sich in negativen Betrachtungen der Zukunft ergehen, beginnt Romney, einen an Reagan erinnernden Optimismus zu verbreiten. Fünf Kinder und eine glückliche Ehe. Ein fester Glaube. Erfolg im Geschäft. Ein Charakter ohne Skandale. Alles ist positiv. Das ist es, was die Leute brauchen.“

Das dürfte zu seiner Nominierung führen. Ob es ihn jedoch ins Weiße Haus führt, ist offen. Die Wirtschaft erholt sich. Der bisherige Spendenbetrag des Präsidenten, eine übliche Bewertung der Chancen in der Politik, steht mit 86 Millionen über Romneys 32 Millionen. Und persönlich verfügt Obama über die gleichen Vorzüge wie sein möglicher Gegenspieler. Doch letztlich hängt, wer Präsident wird, auch von der Wirtschaftsentwicklung ab, schon Ex-Präsident Bill Clinton sagte: „It's the economy, stupid!“ *Liselotte Millauer*

Nicht überall herrscht Krise

Erklärungsversuche, warum einige Unternehmen auch weiter erfolgreich arbeiten

Die gute Nachricht: Trotz allen Krisengeredes gibt es in Deutschland viele erfolgreiche Unternehmen, die glänzende Zukunftsaussichten besitzen. Die Unternehmensberatung „Accenture" veröffentlichte jetzt die Liste der „Top 500 Unternehmen", die von 2004 bis 2010 stark in Umsatz und Gewinn zulegen konnten.

Darunter sind, wenn auch nicht immer auf den vorderen Plätzen, klassische Unternehmen wie die Maschinenbauer oder Autohersteller zu finden. Der Chemiegigant Merck liegt mit einer Gewinnmarge von 16 Prozent auf Platz zwei der 500 besten Unternehmen, die seit 80 bis 100 Jahren einen exzellenten Ruf besitzen. Aber auch Firmen mit einer kürzeren Unternehmensgeschichte wie der Weltmarktführer für Dialyse-Geräte „Fresenius Medical Care", der Sportartikelhersteller „Puma", oder die Modemarke „Hugo Boss" sind auf oberen Plätzen der Liste zu finden, die in Zeiten der Wirtschaftskrise Gewinn- und Umsatzsteigerungen verzeichnen konnten.

Auf mittelfristige und längere Sicht sind diese wirtschaftlichen Kennzahlen, von Kritikern gerne als „Profitgier" oder „ungehemmtes Wachstum" gebrandmarkt, nach relativ übereinstimmender Sicht der Wirtschaftswissenschaftler gut für alle Beteiligten, und zwar für Manager und Mitarbeiter sowie Börsianer gleichermaßen. Unternehmen, die etwa nur den Umsatz steigern und dabei Verluste machen, können bei auftretenden Turbulenzen an den Märkten oft genug nicht mehr bestehen.

Ein besonderes Beispiel für ein erfolgreiches Unternehmen ist die Münchener „Linde AG", der Weltmarktführer für die Herstellung von Industriegasen. Die Firma suchte in den letzten Jahren konsequent neue Wachstumschancen beispielsweise in den Schwellenländern und durch Übernahme von Konkurrenten. Von 2005 bis 2010 stieg der jährliche Umsatz um 6,2 Prozent und die Gewinnmarge lag bei durchschnittlich 9,1 Prozent, womit Linde den achten Platz der Top-500-Liste belegt.

Den Startschuss zu dieser Erfolgsgeschichte gab vor 130 Jahren der geniale Erfinder und Ingenieur Carl von Linde (1842–1934). Er installierte 1871 in der Münchener Spaten-Brauerei versuchsweise eine erste Kältemaschine. 1879 begann Linde mit der Produktion von Eismaschinen in einer eigenen Firma. Ab 1891 entwickelte er an der Technischen Universität München das nach ihm benannte „Linde-Verfahren" zur Zerlegung von Luft. Im Jahr 1903 nahm er die erste industrielle Luftzerlegungsanlage in Betrieb, die ab 1904 in den „Güldner-Motorenwerken" in München industriell hergestellt wurde. Das Unternehmen ging durch zwei Währungsreformen, zwei Weltkriege und konnte sich den wandelnden Zeiten jeweils erfolgreich anpassen. Die Gassparte der Linde Group erzielt heute mit neun Milliarden Euro rund 70 Prozent des Gesamtumsatzes.



Startschuss fiel vor 130 Jahren: Eine Kältemaschine war das erste Produkt der Firma Linde Bild: vario press

Seit 2004 wird das Unternehmen von dem ehemaligen BMW-Manager Wolfgang Reitzle geführt, der besonders für den Aufbau einer „intakten Führungsstruktur"

Management muss langfristig denken

des Unternehmens von „Accenture"-Manager Michael Brückner gelobt wird. Im Jahr 2006 sorgte der Linde-Chef mit der Nachricht für bundesweites Aufsehen, in Deutschland ein komplettes Wasserstofftankstellen-Netz aufbauen zu wollen. Sollten tatsächlich einmal Autos in großem Stil diesen Brennstoff benützen, wäre das für die Linde AG ein gewaltiger Sprung nach vorne. Auch in andere Zukunftsbereiche will die Firma vorstoßen, so in die Lebensmittelindustrie (Kühlen und Frosten von Lebensmitteln), in die Medizin (Endoskopie und Beatmung) oder in die Metallurgie (Herstellung von Metallen unter Einsatz von Gasen).

Was aber unterscheidet Unternehmen, die in der Top-500-Liste aufsteigen, von solchen, die absteigen? Unter den Absteigern sind auch bekannte Namen wie Siemens, Trumpf oder SMS Group, ein führender Anlagen- und Maschinenhersteller. Sie mussten der Rezession 2009/10 Tribute zollen. Es sind im Wesentlichen vier Kriterien, die die „Accenture"-Manager nennen.

An erster Stelle ist das Management entscheidend, das die zunehmenden Risiken eines schwankenden Weltmarktes erkennen und die richtigen Mitarbeiter einstellen muss. Zweitens gilt für die zukunftsträchtigen Firmen, dass sie neue Chancen wie etwa den wachsenden Gesundheitsmarkt erkennen oder auch generell das Internet aktiv nutzen müssen. Drittens dürfen die Unternehmen nicht beim Geld für Forschung und Entwicklung sparen, denn besonders wichtig sei es, gezielt die Kundenwünsche in die Innovationen einfließen zu lassen. Viertens hält „Accenture" eine „Diversifizierung" in der Mitarbeiterschaft internationaler Unternehmen für unverzichtbar, womit die Integration von Mitarbeitern aus anderen Kulturkreisen in die Führungsebene gemeint ist.

Auf gutem Pfad ist in dieser Hinsicht Europas führender Hersteller für Firmensoftware SAP, der in allen vier Feldern aktiv ist. Das Risikomanagement loben die Unternehmensberater auch besonders bei der Deutschen Lufthansa, dem Handelskonzern Metro und dem Landwirtschaftsmaschinenhersteller Claas.

Ob und wie allerdings die genannten Unternehmen in Zukunft bestehen werden, ist mit den vier Erfolgskriterien von Accenture noch lange nicht gesagt. Beispielsweise geht die Entwicklung der Elektromobilität oder die der mit Wasserstoff betriebenen Autos lange nicht so schnell voran wie von einigen Optimisten und Politikern gedacht. Auch die Integration ausländischer Führungskräfte in der Unternehmensspitze ist in der Theorie leichter gefordert als in der Praxis umgesetzt. Im Praxistest erweisen sich die Führungskultur und das Wissen deutscher Manager, die als ursächlich für den Erfolg vieler Unternehmen gelten, als nicht so einfach mit südeuropäischen, afrikanischen oder asiatischen Managern kombinierbar. *Hinrich E. Bues*

KURZ NOTIERT

Deutsche Wissenschaftler wollen heim: Einsparungen und neue Vorschriften verleiden vielen deutschen Akademikern, die es aufgrund scheinbar besserer Perspektiven in die USA zog, ihre Arbeit. Immer mehr zieht es zurück nach Deutschland. Doch geringere Gehälter, veraltete Ausrüstung und befristete Verträge machen es ihnen nicht leicht. 2011 beklagten 100 im Ausland tätige deutsche Akademiker in einem Brief an Bundespräsident Christian Wulff Hierarchien, Seilschaften und Bürokratie im deutschen Wissenschaftsbetrieb. *Bel*

Kein Selbstversorger mehr: 2011 musste Deutschland erstmals seit 1987 Getreide importieren. Biogas, Biosprit und schlechtes Wetter reduzierten die deutsche Getreideernte drastisch. *Bel*

Frachtraten im freien Fall: Der Baltic Dry Index (BDI) als Preisindex für Frachtraten von Massenschüttgut ist zum 13. Januar auf den Stand von 1053 Punkten gesunken. Der Höchststand beim BDI wurde mit 11709 Punkten am 20. Mai 2008 erreicht. Der Index, der unter anderem Frachtraten für den Seetransport von Kohle, Eisenerzen und Kupfer umfasst, gilt als Frühindikator der Weltwirtschaft. *N.H.*

Kreditversicherer sieht Europa vor Pleitewelle: Eine starke Zunahme von Unternehmensinsolvenzen sieht der Kreditversicherer Euler-Hermes auf Europa im Jahr 2012 zukommen. Während für Gesamteuropa eine Zunahme der Unternehmensinsolvenzen um zwölf Prozent erwartet wird, prognostiziert der Versicherer in Griechenland eine Zunahme um 26 Prozent und in Spanien um 20 Prozent. *N.H.*

Ukrainischer Ministerrat gegen Pipeline-Privatisierung: Kiewer Politiker riskieren einen neuen Gasstreit mit Russland. Sie wollen per Gesetz den Verkauf nationaler Gasleitungen an den russischen Konzern Gazprom verhindern, obwohl dieser im zuletzt geschlossenen Vertrag über Gaslieferungen Voraussetzung für den zugesicherten Freundschaftspreis war. *MRK*

Keine Lust aufs Sparen

Madrids Schuldenbremse mobilisiert die Katalanen

Einen kleinen Vorgeschmack, auf welche Hindernisse eine EU-weit eingeführte Schuldenbremse stoßen könnte, bietet derzeit der Streit zwischen der spanischen Zentralregierung und der autonomen Region Katalonien: Die dortige Führung, die katalanischen Konservativen (CiU), lehnen die Forderung Madrids nach Kontrollrecht über das regionale Budget vehement ab: Gekontert wird das Vorhaben der Zentralregierung mit einem für die meisten Katalanen brisant klingenden Vorwurf: Die Regierung will mit der Haushaltsaufsicht wieder Einfluss auf die autonomen Regionen zurückgewinnen. Spaniens Finanzminister Cristobal Montoro lastet im Gegenzug vor allem den Regionalregierungen an, dass 2011 die gesamtstaatliche Haushaltsplanung aus dem Ruder gelaufen ist. Abhilfe soll ab März ein neues Gesetz bringen, das eine Kontrolle über die Haushalte der Regionen ermöglichen soll.

Wie es um deren Finanzen steht, machen Zahlen der Bank von Spanien deutlich: Im dritten Quartal 2011 hatten die Regionalregierungen Schulden in Höhe von 135 Milliarden Euro angehäuft. Die spanische Besonderheit: Rechnungen, die über lange Zeit von der öffentlichen Hand nicht beglichen werden, sind dabei noch nicht einmal mitgezählt.

Mit fast 40 Milliarden Euro Verschuldung ist Katalonien unter den 17 Regionen größter Schuldenmacher. Die Provinz zählt neben dem Baskenland schon bis-

Regionen drohen Regierung mit Loslösung

her zu den selbstständigsten Regionen Europas. Trotz der erstrittenen Freiheiten nimmt die Zahl derer zu, die eine komplette Loslösung von Spanien befürworten: In einer aktuellen Umfrage des staatlichen katalanischen Meinungsforschungsinstituts CEO haben sich 45,4 Prozent der befragten Katalanen für einen solchen Schritt ausgesprochen.

Wahrscheinlich ist, dass jeder Schritt zur Kontrolle oder gar Kürzung des katalanischen Haushalts durch Madrid diesen Kräften Auftrieb gibt. Bald mehrheitsfähig könnten dann Forderungen wie die der Republikanischen Linken Kataloniens (ERC) werden. Die fünftstärkste Kraft im Regionalparlament fordert, 2014 zum 300. Jahrestag der Herrschaftsübernahme durch die Bourbonen ein Referendum über die Loslösung von Spanien abzuhalten.

Es ist allerdings nicht nur Katalonien, das reichlich Konfliktpotenzial im Streit über die Finanzen bietet: Von den 17 Regionen gelten lediglich das Baskenland, Madrid und Galizien als finanziell solide. Selbst wenn der spanischen Regierung das Kunststück gelingen sollte, wieder mehr Kontrolle über die regionalen Budgets zurückzugewinnen, wird es vor Ort immer Ausweichmöglichkeiten geben: Etwa durch die bisher schon angewendete versteckte Schuldenaufnahme mittels unbezahlter Rechnungen.

Wie brisant die Schulden auf regionaler Ebene für die gesamtstaatliche Finanzlage inzwischen sind, wurde vor kurzem deutlich: Die hochverschuldete Provinz Valencia war nicht in der Lage, fällige Schulden in Höhe von 123 Millionen Euro bei der Deutschen Bank zu begleichen. Wie „El Pais" berichtete, ist zunächst einmal der Staat eingesprungen. *N. Hanert*

In Illusionen gefangen

In Österreich zeichnen sich gleich mehrere Risiken ab

Die Stimmung in Österreich erinnert irgendwie an die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg: Jeder ahnt, dass etwas in der Luft liegt, aber jeder tut, als wenn alles so weitergehen oder jedenfalls nicht so schlimm sein werde. Das Weihnachtsgeschäft lief gut, in den Bergen fiel rechtzeitig Schnee für die Wintersaison, und Wien war wieder voll mit Italienern, die seit Jahren hier Silvester feiern. Und auch die Auftragsbücher sind voll – nicht zuletzt, weil sie es in Deutschland sind. Und statt glorreicher Kaiser-Manöver kann die Regierung mit der niedrigsten Arbeitslosenquote in der EU protzen, zuletzt 4,1 Prozent.

Gerade darin steckt aber viel Selbstbetrug, wenn man an Schulungsprogramme, Frühpensionen und all die künstlichen Arbeitsplätze denkt, die mit Umweltschutz, „alternativen Energien" und überbordender Bürokratie zusammenhängen und letztlich vom Steuerzahler finanziert werden. So kommt es nämlich, dass auch die Belastung durch Steuern und Abgaben die höchste in Europa ist.

Jetzt störten aber gleich zwei Meldungen das Idyll: Der Europarat übte in seinem Korruptionsbericht massiv Kritik an Österreich, und Standard & Poors reduzierte das AAA auf AA+. Nun, der Europarat dient wie das EU-Parlament ohnehin primär zur Versorgung von daheim überflüssigen Parteifunktionären, und im Korruptionsindex von Transparency International liegt Öster-

Gute Wirtschaftsdaten der Gegenwart sind bald Vergangenheit

reich auf Platz 16 nur knapp hinter Deutschland. Aber mangelnde Transparenz der Parteienfinanzierung trifft zu, und gerade da blockiert die SPÖ echte Reformen, wie unter anderem die jüngst aufgeflogene systematische Bestechung von Medien aus Steuermitteln verständlich macht.

Die Regierung verharmlost aber auch den Verlust der Bestnote AAA: Weil es ja auch andere Länder traf und weil sich der Anteil an EU-Rettungspaketen relativ verringert. Doch tatsächlich gibt es auch nicht-budgetäre Aspekte: Die Herabstufung hatte wegen des weit überproportionalen Engagements österreichischer Banken im ehemaligen Ostblock schon 2008 gedroht. Es kam dann zwar weniger schlimm. Doch Ungarn ist seit Ausbootung der Linken 2010 massiver Hetze der internationalistischen Seilschaften ausgesetzt. Wie 2000 Österreich – nur dass Ungarn wirtschaftlich ungleich schwächer ist und die hausgemachten Probleme jetzt zur Erpressung durch EU und Internationalen Währungsfonds (IWF) genützt werden.

Das wiederum trifft Österreich, denn die Ungarn retten zwar ihre Ersparnisse nach Österreich, aber die Kreditausfälle in Ungarn bringen massive Verluste für österreichische Banken. Und die müssten früher oder später, weil „systemrelevant", wiederum vom österreichischen Steuerzahler gerettet werden – auch wenn sie gar nicht mehr österreichisch sind.

In Wien werden übrigens diese Woche hochrangige Vertreter von IWF, EU, EZB und Weltbank mit den Aufsichtsbehörden aus West- und Osteuropa über Maßnahmen gegen eine Kreditklemme in Osteuropa beraten. *R. G. Kerschhofer*

Kein Gleichschritt

Von Rebecca Bellano

Gemeinsam wolle man den Euro retten und die europäische Zusammenarbeit verstärken, verkünden Bundesregierung und Opposition immer wieder. Je aussichtsloser die Krise, desto stärker das Bekenntnis zu Europa, denkt man offenbar in Berlin. Doch diese immer intensivere europäische Zusammenarbeit entspricht nicht der Realität. Wenn man liest, dass der Gegenkandidat des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy verkündet, er wolle sich, wenn er im Mai die Wahl gegen Sarkozy gewinnt, nicht an getroffene EU-Vereinbarungen halten, dann fragt man sich, was die Euro-Rettung wert ist. Gleichzeitig offenbart sich, dass manche Regierungschefs von EU-Mitgliedsländern nicht mal daheim die Hausmacht haben und die gemachten Zusagen nicht umsetzen können, selbst wenn sie wollen. Wie realistisch sind bitte die Vereinigten Staaten von Europa, wenn Großbritannien nicht mal Schottland halten kann, die Katalanen – und nicht nur die – sich nichts aus Madrid vorschreiben lassen wollen und Belgien seit Jahren immer am Zerfall vorbeischrammt?

Wunsch und Wirklichkeit liegen, wenn es um die EU geht, offenbar weit auseinander.

Dunkelmann

Von Jan Heitmann

Seit Kennedy und Gorbatschow waren die Hoffnungen so vieler Menschen nicht mehr so auf eine Person konzentriert wie auf US-Präsident Barack Obama. Mit seinen Dampfreden über Frieden und Freiheit hat er eine weltweite Massenbegeisterung hervorgerufen, die ihn zu einer Lichtgestalt der Weltpolitik gemacht hat. Die voreilige Verleihung des Friedensnobelpreises hat ihn geradezu zu einem weltlichen Heiligen hochstilisiert. Nichts ist von diesem fassadenhaften Glanz geblieben, die Lichtgestalt ist zum Dunkelmann mutiert. Obamas Maxime scheint zu sein: Es gilt das gebrochene Wort. Jüngstes Beispiel ist seine Zustimmung zum Gesetz zur Genehmigung des Verteidigungshaushaltes. Hatte er noch vor wenigen Wochen vollmundig erklärt, niemals seine Unterschrift darunter zu setzen, hat er es nun doch getan und damit einen Meilenstein auf dem Weg hin zum Staatsterrorismus gesetzt. Mit einem Federstrich hat er die universellen Freiheits- und Menschenrechte außer Kraft gesetzt und staatlicher Willkür Tür und Tor geöffnet. Zudem verstößt die exterritoriale Anwendung des US-Straf- und Antiterrorrechts gegen das Völkerrecht und internationale Abkommen. Da es keine Kriterien dafür gibt, wer als Terrorist zu gelten hat, kann praktisch jeder Mensch allein aufgrund einer willkürlichen Verdächtigung durch die US-amerikanischen Sicherheitsbehörden entrechtet und lebenslänglich weggeschlossen werden. Ein erschreckender Gedanke.

Jeden Rahmen gesprengt

Von Hans Heckel

Der 20. März könnte für die gänzlich verfahrene Euro-Politik zum (ersten) Tag der Wahrheit werden: Ab jenem Datum muss Griechenland bis Jahresende geschätzte 61 Milliarden Euro an neuen Schulden aufnehmen, um ablaufende Schuldtitel auszuzahlen und Zinsen zu begleichen. Dazu kommen neue Schulden in noch nicht absehbarem Umfang.

Athen steht unter dem Schutz der „Troika“ aus Internationalem Währungsfonds (IWF), Europäischer Zentralbank (EZB) und EU-Kommission. Die Troika hat zugesagt, den Griechen das nötige Geld zu leihen, da sie auf dem freien Kapitalmarkt Bares nur noch zu Wucherzinsen aufnehmen können. An die Zusage waren Bedingungen geknüpft: Sparanstrengungen und Reformen in dem für europäische Verhältnisse unvorstellbar aus den Fugen geratenen Land.

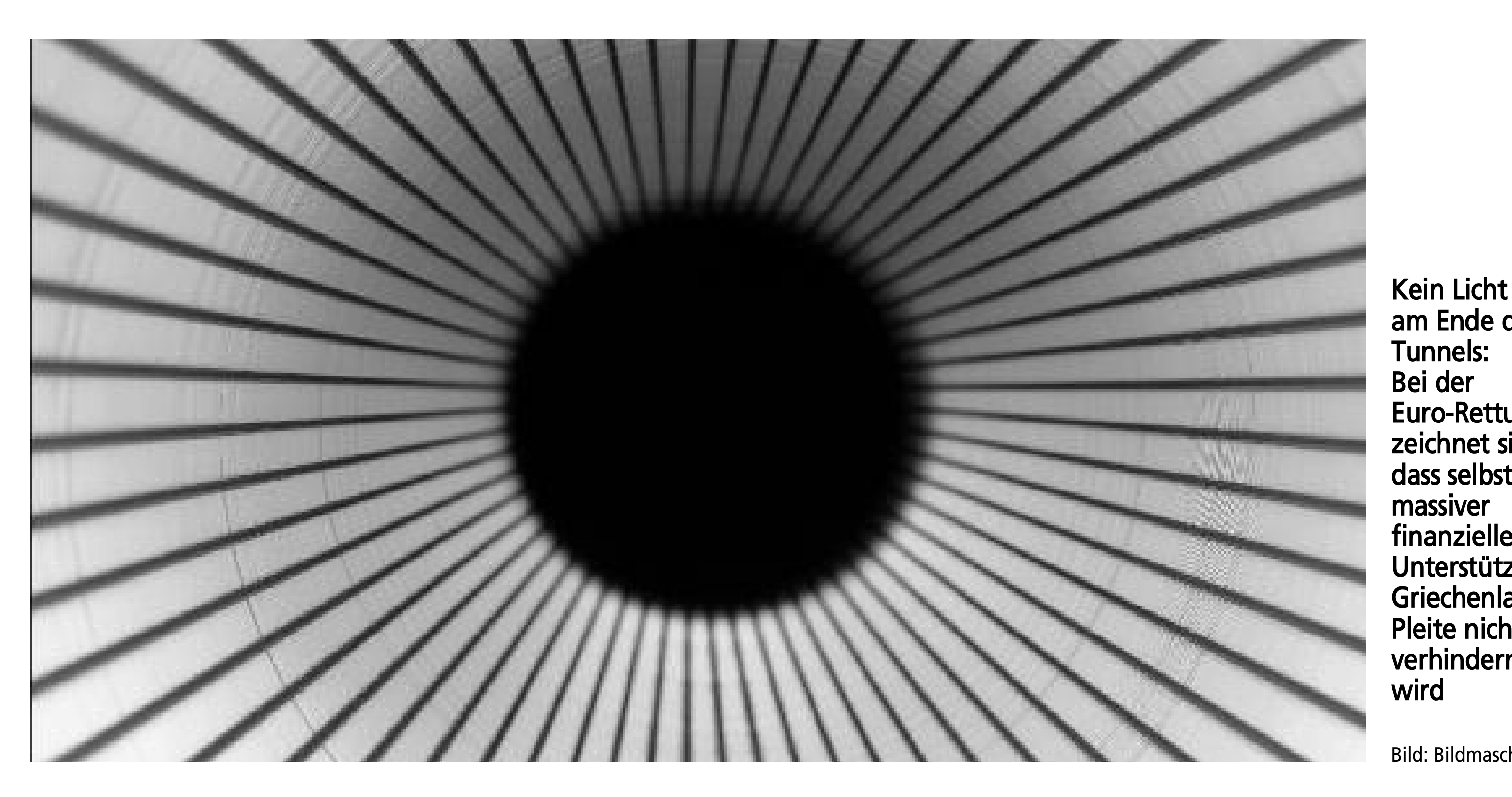
Es zeigt sich jedoch, dass keine einzige der Auflagen wirklich erfüllt wurde. Schlimmer noch: Griechenland fehlen schon die administrativen Grundlagen, um die Versprechen überhaupt einlösen zu können. Somit kann die Troika nur entweder den Hahn zudrehen oder sich selbst lächerlich machen und weiterzahlen. Letzteres würde die hellenische Staatspleite nur aufschieben und die unabwendbare Pleite für die (in erster Linie deutschen) Steuerzahler noch teurer machen.

> Am 20. März droht den Euro-Rettern der Tag der Wahrheit

Die Bundesregierung fahre in der Euro- und Schuldenkrise „auf Sicht“, heißt es aus Berlin. Anders gehe es auch gar nicht, da man mit der Gemeinschaftswährung Neuland betreten habe.

Auf Sicht? Mehr und mehr scheint es, als sei Berlin mit fest verschlossenen Augen und Höchstgewindigkeit in eine dunkle Höhle gerast, aus der es nun keinen Ausweg mehr findet. Keine zwei Jahre ist es her, da verkündete die Bundeskanzlerin, wie zuversichtlich sie sei, dass Griechenland seine Probleme ohne fremde Hilfe lösen könne. Längst zeigt sich, dass Athen dies nicht einmal mit massiver fremder Unterstützung schafft. Offensichtlich hat sich in Berlin oder Brüssel niemand auch nur ansatzweise vertraut gemacht mit den Verhältnissen in dem heruntergewirtschafteten Land. „Vertrauen“ wurde geschenkt, ohne die Vertrauenswürdigkeit der Beschenkten zu überprüfen. Dies ist in höchstem Maße fahrlässig gegenüber denen, welche die Zeche zahlen müssen: die Steuerzahler, Sparer und Versicherten, deren Geld verbrannt wird.

Die Hilflosigkeit der Akteure ist beklemmend, ihre Beteuerungen wider besseres Wissen zerstören den letzten Rest von Sicherheit: Niemand nimmt der Kanzlerin, dem Finanzminister oder der Opposition ihre Versprechen noch ab, die Belastungen für die Deutschen würden sich „im Rahmen halten“. Was auf uns zukommt, hat längst jeden bislang vorstellbaren Rahmen gesprengt.



Kein Licht am Ende des Tunnels: Bei der Euro-Rettung zeichnet sich ab, dass selbst mit massiver finanzieller Unterstützung Griechenlands Pleite nicht zu verhindern sein wird

Bild: Bildmaschine

Gastkommentar:

Bildung: Weniger deutsch, dafür Schema F



Von Josef Kraus



Wohin man schaut, Deutschland schafft sich ab: demografisch, indem es viel zu wenig Kinder in die Welt setzt; sprachlich, indem es die deutsche Sprache zu einem denglischen Kauderwelsch verkommen lässt; staatsrechtlich und politisch, indem es immer mehr legislative, exekutive und judikative Kompetenzen in Richtung EU schiebt. Bei so viel aktiver deutscher Selbstverleugnung will die hohe Bildungspolitik nicht beiseite stehen. Bildungsstrukturen und Bildungsabschlüsse, um die man die Deutschen beneidet, werden sukzessive über Bord geworfen und auf dem Altar Europas beziehungsweise eines Internationalismus geopfert. Deutschland, das Land der Dichter, Denker und einstmals großen Pädagogen, ist zu einem Land geworden, das es auch bildungspolitisch lieber nicht mehr deutsch, sondern gerne nach Schema F und innerhalb dieser Schemata möglichst egalitär hätte.

Beginnen wir mit den Hochschulen: Sie stecken mitten in der radikalsten Umgestaltung seit 200 Jahren. „Bologna“ heißt das Motto. Fälschlicherweise, denn eigentlich ist das Ganze eine EU-Inszenierung. Hier wird mit der ganz großen Abrissbirne gearbeitet. Im Ergebnis wird damit Wilhelm von Humboldt mit seiner Idee der freien Bildung durch Wissenschaft beerdigt. Dabei ist „Bologna“ nicht etwa ein zwischen Staaten geschlossener völkerrechtlicher Vertrag, sondern nur eine politische Absichtserklärung ohne jede Bindung. Umso protziger ist das verbale Gehabe um „Bologna“: Das Studium verkommt zum „workload“, für den es in „je 30 Einheiten 1 credit point“ gibt. Für die Verrechnung gibt es ein „European Credit Transfer System (ECTS)“, und damit alles seine vermeintliche Richtigkeit hat, braucht man Akkreditierungsräte und -agenturen noch und nöcher. Die Ziele des Bologna-Prozesses dürfen selbstredend nicht hinterfragt werden. Es geht um Mobilität, Modularisierung, welt- und europaweite Kompatibilität, Steigerung der „Akademiker“-Quote. Fast grotesk ist die Art und Weise, wie die Deutschen „Bologna“ umsetzen. Obwohl das Bologna-Kommuniqué beziehungsweise die Nachfolge-Kommuniqués ein Konsekutivmodell für ein Studium vorschlagen, ist dort mit keinem Wort von Bachelor und Master die Rede. Die Deutschen freilich setzen auf Bachelor- und auf Master-Abschlüsse. Das weltweit höchst anerkannte Diplom und die hochangesehenen Staatsexamina der Ärzte, Juristen und Lehrer gehen damit den Bach hinunter.

> Land der Dichter und Denker opfert Qualität auf dem Altar Europas

Der Bologna-Prozess ist noch gar nicht abgeschlossen, da gibt es schon reichlich Nachrichten von riesigen Bologna-Flops: Die Studienzeit hat sich mitnichten verkürzt, die Abbrecherquote wurde mitnichten gesenkt, die Mobilität der Studenten hat sich mitnichten verbessert, sondern eher verschlechtert. Etikettierungen wie „Studium light“, „Discount-Abschluss“ und Bachelor-„Berufsattrappen“ machen die Runde. Im günstigen Fall erinnert sich jemand an Friedrich Schillers „Brotgelehrte“. Auf ein weises Wort von Karl Jaspers, niedergeschrieben 1930 in seinem Bändchen „Die geistige Situation der Zeit“, werden sich die Reformer wohl kaum besinnen: „Das Massendasein an Hochschulen hat die Tendenz, Wissenschaft als Wissenschaft zu vernichten. Diese soll sich der Menge anpassen, welche nur ihr praktisches Ziel will, ein Examen und die damit verknüpfte Berechtigung ...“

Kaum anders ist es mit anderen Bildungsabschlüssen. Alles wird nun in einen Europäischen Qualifikationsrahmen (EQF) mit seinen acht Schubladen gepresst. Zu diesem Zweck werden nationale Qualifikationsrahmen (für Deutschland ist es der DQR) erfunden. Letzterer hat die Aufgabe, eine in Deutschland erworbene Qualifikation mit den Qualifikationen aus anderen Ländern der EU vergleichbar zu machen. Der jüngste Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) vom Herbst 2011, bei der Gestaltung des DQR die verschiedenen Arten der Hochschulreife auf der Stufe 5, die beruflichen Abschlüsse aber überwiegend auf Stufe 4 zu verorten, hat freilich zu Recht manche Verärgerung provoziert. Es ist zwar richtig, dass das deutsche Abitur (als allgemeine Hochschulreife, nicht als fachgebundene oder als Fachhochschulreife) der Stufe 5 zugeordnet wird, denn keine Studierberechtigung der Welt weist diese Breite an Bildung aus. Was etwa Franzosen oder Briten hier zu bieten haben, ist eher eine eng spezialisierte Berechtigung, sich einem Aditur (sic!) – also einer Hochschulzugangsprüfung – zu stellen. Problematisch allerdings wird es, wenn die deutschen Berufsabschlüsse nicht über Stufe 4 hinausgehen sollen. Nehmen wir den Mechatroniker, den Heizungsbauer oder den Bankkaufmann: Solche Abschlüsse und viele weitere, die mit höchster (informations-)technischer, kommunikativer, beziehungsweise kaufmännischer Expertise verbunden sind, gehören auf Stufe 5. Jedenfalls zeugen die bislang bekannt gewordenen Regelungen von Unkenntnis und Arroganz gegenüber der beruflichen Bildung „made in Germany“. Die Gleichwertigkeit von Berufsbildung und Allgemeinbildung – womit keine Gleichartigkeit gemeint ist – darf jedenfalls nicht weiter in Frage gestellt werden; sie muss sich in den Zuordnungen vorurteilslos ausdrücken.

Wir müssen auch endlich weg kommen von der Vorstellung, Deutschland habe im internationalen Vergleich eine zu niedrige Abiturienten- und Studierquote. Mit einem solchen gerade auch von der OECD propagierten Quoten-Wettrüsten verwechselt man nämlich Quantität und Qualität. Außerdem beginnt der Mensch nicht mit dem Abitur oder einem Studium. Man darf mit Fug und Recht annehmen, dass das, was andere Länder als „Abitur“ oder als „Studium“ deklarieren, bei uns nicht einmal einer Fachschulausbildung entspräche. Die Akademiker-Quoten sind schließlich international nicht vergleichbar; in Finnland und in den USA etwa sind auch Krankenschwestern und Kindergartenerzieherinnen „Akademikerinnen“. Viele deutsche Schul- und Berufsabschlüsse unterhalb der formal-akademischen Schwelle haben aber den gleichen Rang wie andernorts Hochschulabschlüsse. Deshalb gilt: Eine formale „Verhochschulung“ unserer Gesellschaft wird der Forderung nach Höherqualifizierung nicht gerecht. Auch in Zukunft werden zwei Drittel der jungen Menschen über die berufliche Bildung den Einstieg in einen Beruf finden. Diese jungen Menschen dürfen nicht als Außenseiter betrachtet und bildungspolitisch vernachlässigt werden. Interessant ist zudem: Dort wo man in Europa die niedrigsten Abiturienten-Quoten hat, hat man zugleich die besten Wirtschaftsdaten: nämlich in Österreich, in der Schweiz sowie in Bayern. Ein wichtiges bildungspolitisches Kriterium wird ebenfalls häufig übersehen, nämlich das Ausmaß an Jugendarbeitslosigkeit. Hier haben oft vermeintliche Pisa-Vorzeigeländer eine Quote von um die 20 Prozent – Finnland etwa. In Ländern mit dualer Berufsbildung dagegen sind es weit unter zehn Prozent: in Deutschland, in Österreich und in der Schweiz. Auch die angebliche soziale Durchlässigkeit des Bildungswesens anderer Staaten ist oft ein statistisches Artefakt: Wenn in Finnland die Tochter eines Industriearbeiters Krankenschwester wird, dann gilt sie als Paradebeispiel für die soziale Durchlässigkeit des dortigen Bildungswesens. Wenn in Deutschland die Tochter eines Facharbeiters Krankenschwester wird, gilt sie als schreckliches Beispiel für die mangelnde soziale Durchlässigkeit unseres Bildungswesens.

> Länder mit niedrigen Abiturienten-Quoten haben bessere Wirtschaftsdaten

Es muss also Schluss sein mit der Unterordnung anspruchsvoller deutscher Bildungsabschlüsse unter ein Brüsseler Schema F. Der deutschen Politik stünde auch hier gegenüber Brüssel etwas mehr Selbstbewusstsein gut.

Josef Kraus, geboren 1949, Oberstudiendirektor an einem Gymnasium in Bayern, Diplom-Psychologe, ehrenamtlicher Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, 1995 Schattenkultusminister der CDU bei der Wahl zum hessischen Landtag, Mitglied im Beirat für Innere Führung des Bundesministers der Verteidigung, Autor von „Ist die Bildung noch zu retten? Eine Streitschrift“ (2009), „Schluss mit dem Aus*verkauf! Vom traurigen Niedergang der Union“ (2011), „Bildung geht nur mit Anstrengung“ (2011).*

Europäisches Kulturerbe per Mausklick

Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz will ihren Bestand digitalisieren

Wer kennt nicht dieses erhabene Gefühl beim Betreten einer altehrwürdigen Bibliothek, umgeben von Büchern, umgeben von Geschichte und Wissen? Dieses Gefühl will sich nicht einstellen, wenn man per Mausklick die virtuelle Bibliothek „Europeana.eu“ betritt.

Die europäische digitale Bibliothek „Europeana“ wurde 2008 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und will eine umfassende digitale Sammlung des wissenschaftlichen und kulturellen Erbes Europas bieten. Der deutsche Beitrag dazu, die Deutsche Digitale Bibliothek (DDB), ist bislang noch bescheiden. Vorreiter beim Einspeisen sind Großbritannien und Frankreich. Doch, so mahnt Hermann Parziger, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK): „Wer weltweit wahrgenommen werden will, der muss seine Inhalte digital bereitstellen.“

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, verstärkt die SPK ihre Digitalisierungsbemühungen. SPK-Digital ist ein digitales Nachweissystem für die gesamte Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Der Nutzer bekommt darüber nicht nur digitalisierte Dokumente gezeigt, das Nachweissystem enthält auch Informationen über die nicht – oder noch nicht – digitalisierten Bestände der SPK-Bibliotheken und -Archive. SPK-Digital hat das ehrgeizige Ziel, bis 2015 alle relevanten Bestände ihrer fünf Einrichtungen nach den Praxisregeln „Digitalisierung“ der Deutschen Forschunggemeinscheinschaft zu digitalisieren und die Ergebnisse, die „Digitalisate“, mit den entsprechenden Metadaten zur Verfügung zu stellen – für nichtkommerzielle Nutzung kostenlos.

Diese Daten sollen einfließen in die DDB, die Deutsche Digitale Bibliothek – wobei dieser Name etwas irreführend ist, da die DDB nicht nur Texte aus Bibliotheken in sich vereinen soll, sondern auch Bestände aus Archiven und Museen. Die Bestände der DDB wiederum werden einfließen in die „Europeana“, die Text-, Bild-, Ton- und Video-Dateien zur Nutzung bereithält.

Die DDB-Geschäftsstelle, deren Kompetenznetzwerk sich im November 2010 konstituiert hat, ist bei der SPK angesiedelt. Im

Bis 2015 sollen die SPK-Bestände digital verfügbar sein

Kuratorium der DDB sind Mitglieder der Kultusministerkonferenz der Länder und der Bundesrepublik vertreten.

Natürlich gehören zu diesem Mammutprojekt nicht nur inhaltliche, sondern auch technische Kenntnisse, um die fachliche Auswahl und Gliederung, versehen mit den entsprechenden Metadaten, in eine anspruchsvolle Präsentation zu setzen, die öffentlich nutzbar ist. Die Koordination zwischen diesen Stellen wie Fraunhofer-Institut und FIZ-Karlsruhe-Leibniz-Institut liegt in der Hand der Deutschen Nationalbibliothek.

In kostbaren Büchern online forschen: Es fehlt das Haptische Bild: U. Meinhold/dapd

Die Finanzierung des Digitalisierungsprojektes ist noch nicht abschließend geklärt, obwohl es sich bereits in der Arbeitsphase befindet. Seit 2011 zahlen Bund und Länder jeweils 1,3 Millionen Euro jährlich. Diese Mittel dienen dem Projektaufbau und Betrieb der DDB. Außerdem hat der Bund acht Millionen Euro Sondermittel für die Konzipierung und Errichtung der Infrastruktur bereitgestellt. Nach Angaben der SPK wären Mittel in Höhe von 30 Millionen Euro jährlich notwendig, um eine Weiterentwicklung zu erreichen, was bedeutet, dass landesweit Bestände digitalisiert werden, um in die DDB eingespeist werden zu können. Dazu müssten weitere Digitalisierungszentren geschaffen werden. Derzeit beschränken sie sich auf München, Göttingen, Dresden und Berlin. Schulungen und Fortbildungen müssen angeboten werden, um Standards zu gewährleisten. Außerdem sind für die tatsächliche Einstellung noch keine Mittel bereitgestellt.

Finanzierung und Urheberrecht noch nicht geklärt

Doch nicht nur die Finanzierung wirft Probleme auf, auch, wie mit dem Urheberrecht verfahren werden soll, ist nicht endgültig geklärt. Beim „Datenüberlassungsvertrag“, der zwischen den jeweiligen Einrichtungen und der DDB geschlossen wird, muss berücksichtigt werden, dass die Digitalisate nicht nur an die DDB, sondern auch an die „Europeana“ weitergegeben werden. Es bleibt also noch viel zu bedenken.

Die SPK-Digital hat in ihrem Jahrbuch 2010 eine Prioritätenliste veröffentlicht. Das Vorgehen nach einer solchen Liste scheint sinnvoll, bedenkt man die Vielfalt des preußischen Kulturbesitzes. Schwerpunkte liegen beispielsweise bei national wie international bedeutsamem Kulturerbe oder bei Originalen, die vor äußerer Einwirkung geschützt werden müssen. Natürlich spielen auch Wirtschaftsinteressen eine große Rolle.

Bei aller Euphorie beim Gedanken an die „Demokratisierung des Wissens“, wie Parzinger sagt, darf das jeweilige Original nicht in den Hintergrund rücken. Ein Museum kann online nicht erlebt werden, wohl aber ist eine Anregung auf diesem Wege möglich. Und selbstverständlich kann Forschung nicht auf die Originale verzichten, da ein Digitalisat nicht alle Eigenschaften des Originals erfassen kann – das Haptische fehlt gänzlich. Es muss also immer beides betrachtet und inszeniert werden, das Digitalisat und das Original.

So bleibt das erhabene Gefühl beim Betreten einer Bibliothek erhalten, über deren Bestände man sich schon im Vorhinein informieren kann. Tatsächlich konnte schon jetzt gezeigt werden, dass Museen, die einen digitalen Ausstellungsrundgang auf ihrer Internetseite anbieten, steigende Besucherzahlen vorweisen. Die Besucher werden stimuliert, sich die Originale anzusehen, und können sich auf einen Museumsbesuch vorbereiten. *Christiane Rinser-Schrut*

IN KÜRZE

Literatur in Bauernstuben

Das Altonaer Museum in Hamburg besitzt 17 norddeutsche Bauernstuben, die als einzigartiges Ensemble einen Einblick in die ländliche Wohnkultur des 18. und 19. Jahrhunderts gewähren. Die Stuben, bezaubernd in ihrer außergewöhnlichen Schönheit, gehören zum ältesten Bestand des Museums. Dessen erster Direktor Otto Lehmann fuhr um 1900 kreuz und quer durch die preußische Provinz Schleswig-Holstein, um möglichst viele vollständig erhaltene Bauernstuben für das Museum zu erwerben. In jeder Landschaft fand er spezifische Haustypen, innere Ausgestaltungen, aber auch bäuerliches Gerät und Trachten vor, die er ins Museum übernahm.



Bauernstube Bild: Altonaer Museum

In dieser wunderbar heimeligen Umgebung präsentieren die Lesekünstler Vera Rosenbusch und Lutz Flörke von den „Hamburger Literaturreisen“ noch einmal am 4. Februar eine literarische Darbietung mit norddeutschen Dichtern. Inmitten von Herdstellen, Bauerntruhen und holländischen Kacheln liest und interpretiert das Duo Texte von Matthias Claudius, Johann Heinrich Voß, Theodor Storm, Friedrich Hebbel und weiteren auf unterhaltsame Art.

„Frischer Wind in Guten Stuben“: Literaturnachmittag in den Bauernstuben des Altonaer Museums am 4. Februar um 14 Uhr. Altonaer Museum für Kunst und Kulturgeschichte, Museumstraße 23, 22765 Hamburg. Kontakt und Reservierung Telefon (040) 46 88 23 87. *CR*

Kategorie des Staunenswerten

»Wunder – Kunst, Wissenschaft und Religion vom 4. Jahrhundert bis zur Gegenwart« in den Hamburger Deichtorhallen

Man stelle einer größeren Gruppe von Menschen die Frage, was für sie persönlich ein Wunder ist, und man wird einen bunten Strauß unterschiedlicher Antworten erhalten. Einige Personen werden ohne zu zögern die Auskunft geben, dass es für sie keine Wunder gibt, und nicht wenige werden erst einmal nachdenken, bevor sie eine für sich gültige Antwort finden.

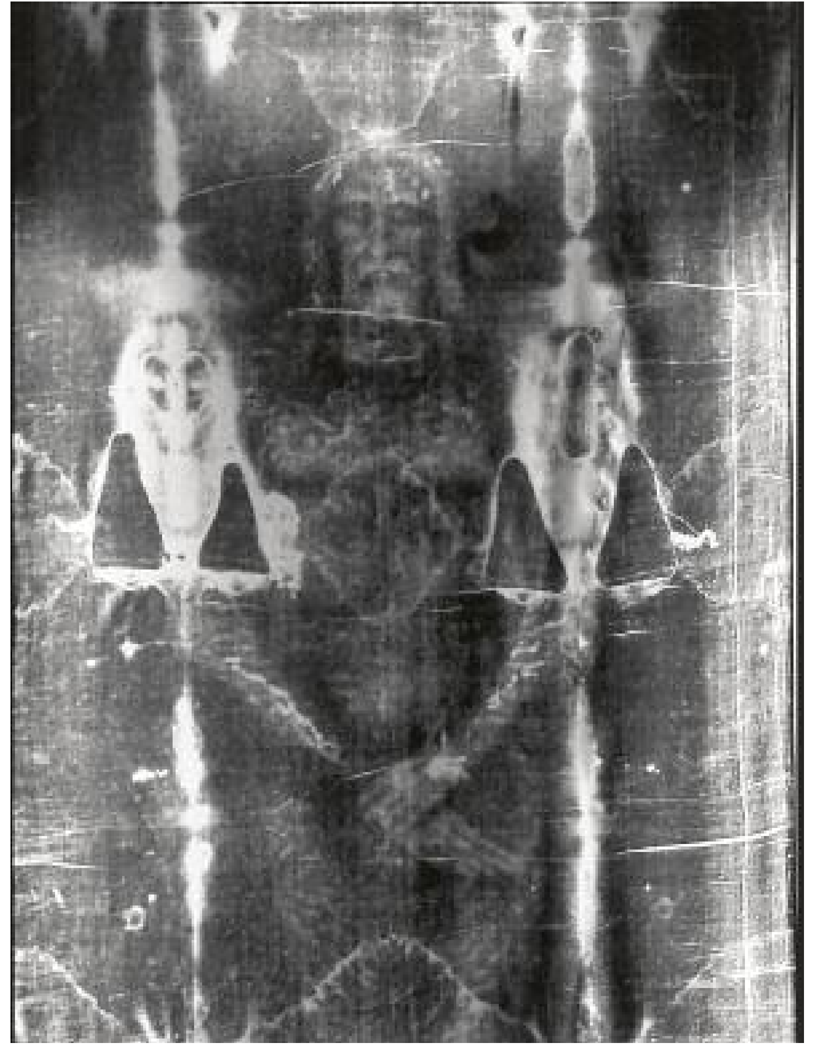
So geschehen in der sehr gut besuchten Ausstellung „Wunder“ der Deichtorhallen Hamburg und der Siemens Stiftung. Präsentiert werden dort seit dem 14. November vergangenen Jahres verschiedenartige Objekte aus Kunst, Wissenschaft und Alltag, einzeln, in Form einer Objektgruppe oder von Variationen zu einem Thema. Überwiegend handelt es sich um von Menschenhand gefertigte Gegenstände aus der Zeit vom 4. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Aber auch ein Meteorit aus Namibia und Tiefseefische in Formaldehyd gehören in diesen Rahmen. Sie sind einerseits Zeichen für die Naturwunder und das Unerklärliche, zum anderen verweisen sie auf die sagenhaften Wunderkammern der Frühen Neuzeit.

Mit dem Begriff Wunder lässt sich großartig spielen. Hier wurde der Bogen sehr weit gespannt. Ein zentraler Bereich sind wissenschaftlich-technische Innovationen und religiöse Wunder im Abendland, hier sichtbar gemacht durch spirituelle Erfahrungen von Pilgern, welche der Besucher auf Videoinstallationen beobachten kann. Auch Votivbilder vergangener Jahrhunderte gehören zu diesen Zeugnissen. Mitunter wurde das Fremde, die Sichtweisen anderer Kulturen, neben die Kulturäußerungen des Westens gestellt, wobei nicht unbedingt eine Beziehung erkennbar ist, wie es der Ausstellungshandzettel bekundet.

Ausdruck der Sehnsucht nach Sinnstiftung

Man solle beim Wunder nicht immer nur fragen: Gibt es das oder gibt es das nicht? erklärt Daniel Tyradellis, einer der drei Kuratoren. Sondern man möge doch zulassen, dass Wunder auch im Unerwarteten und Überraschenden bestehen können, und schließt damit die Kategorie des Staunenswerten ein. Gerade hierin liegt der Reiz der Ausstellung und auch darin, dass spannende Fragen aufgeworfen werden, etwa, woher eine neue Idee stammt und warum sie sich in einem bestimmten Augenblick einstellt.

Zu den Höhepunkten der Ausstellung gehören die trickreichen Spiele des „Zauberkastens“, den Goethe seinen Enkeln 1830 schenkte, sowie das Prager Szepter der Humboldt-Universität Berlin vom Ende des 14. Jahrhunderts. Überraschend viele Werke der Gegenwartskunst wurden zusammengetragen, da es ein Anliegen der Aussteller war, auf diese oft stark verklausulierten Kunstäußerungen aufmerksam zu machen. In ihnen offenbart sich häufig ein Ausdruck der Sehnsucht nach Sinnstiftung oder nach dem Wunderbaren, das man nicht sehen und nicht in Worte fassen kann. Entdeckungen wie das 1856 patentierte Hartgummi mit seiner vielseitigen kommerziellen Verwendungsmöglichkeit wurden anfangs vermutlich als eine an ein Wunder grenzende Errungenschaft angesehen. Bis das Staunen allmählich abebbte und die



Leichnam des gekreuzigten Jesus Christus auf dem Grabtuch von Turin: Der Abdruck ein unerklärliches Wunder Bild: Archiv

Gesellschaft sich an immer neue, verblüffende Erfindungen und Anwendungen gewöhnte. In der Zeit der multimedialen Netzwerke zur Kommunikation stellt sich die Frage nach dem Wunder und dem Wunderbaren offensichtlich nicht mehr für alle Menschen.

Diese Schau dürfte einige bleibende Eindrücke bei den Besuchern hinterlassen; sie hat sogar das Potenzial, „Spätzündern“ im Nachhinein doch noch zu ihrem Wunder-Erlebnis zu verhelfen. Für Schulklassen und Lehrer ist sie speziell zu empfehlen. Kinder werden auf einer besonderen Spur zu Videoinstallationen geleitet. *Dagmar Jestrzemski*

Bis 5. Februar in den Deichtorhallen Hamburg, Deichtorstraße 1–2, 20095 Hamburg. Dienstags bis sonntags 11 bis 18 Uhr, jeden 1. Donnerstag im Monat 11 bis 21 Uhr. Öffentliche Führungen finden jeden Sonnabend und Sonntag um 16 Uhr statt sowie am langen Donnerstag um 19 Uhr. Eintritt 9 / 6 Euro. Informationen unter Telefon (040) 32103-0. Internet: http://www.wunder-ausstellung.de Der Katalog zur Ausstellung mit Essays und 260 Abbildungen kostet 24,80 Euro.

»Ein Jahr hinter den Kulissen«

Für uns war 2011 ein Jahr hinter den Kulissen", sagte Hartmut Dorgerloh, Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin/Brandenburg (SPSG) bei der Jahrespressekonferenz am 13. Januar im Schlosstheater des Neuen Palais in Potsdam. Er verwies damit auf die Vorbereitungen rund um das große Friedrich-Jubiläumsjahr.

Startschuss zu diesem Jubiläum ist ein Gratulations-Fototermin am 24. Januar am Grab auf der Terrasse von Sanssouci mit anschließendem Festakt in Berlin. Ein Online-Webshop für „Friederisiko" mit Extra-Webseite startet am selben Tag.

Im Mittelpunkt des Programms im Friedrich-Jahr soll die etwa sechs Millionen Euro kostende Präsentation zum 300. Geburtstag Friedrichs des Großen stehen in des Königs prunkvollem und bis ins Detail geplantem Neuen Palais. Auf 6000 Quadratmetern, darunter erstmals öffentlich zugängliche Räume, werde man einem Friedrich begegnen, wie man ihn bisher nicht gekannt habe. So Brandenburgs ehemaliger Innenminister Jörg Schönbohm, der in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des „Friedrich-300-Kuratoriums" an der Veranstaltung teilnahm. „Der Kronprinz schon zeigte, dass er risikobereit ist", erklärte Schönbohm den Titel der Ausstellung „Friederisiko" und ergänzte, man werde einen neuen Friedrich kennengelernt haben, wenn man aus dieser Ausstellung komme, frei von ideologischen Verbrämungen verschiedener politischer Systeme der Vergangenheit. 500 Exponate, ein Drittel davon als Leihgaben, erwarten den Besucher im Neuen Palais vom 28. April bis 28. Oktober. Das Haus selbst ist das Hauptexponat, das sich der Gast auf eigene Art erschließen muss.

SPSG wirft einen Blick zurück und nach vorn

„Friedrich ohne Ende" ist eine Ausstellung betitelt, die vom 4. August bis 28. Oktober im Schloss Rheinsberg zu sehen sein wird, 350 Jahre Schloss Caputh wird gefeiert, eine neue Hohenzollern-Porträtausstellung im Jagdschloss Grunewald wird es geben, ebenso eine Fortsetzung der Gesprächsrunden im Schloss Schönhausen.

In dem ebenfalls zur Pressekonferenz gehörenden Rückblick auf das Jahr 2011 zog der Generaldirektor eine nicht nur finanziell positive Bilanz. Mit 66,5 Millionen Euro Einnahmen und 63,9 Millionen Ausgaben wurde ein Überschuss erwirtschaftet, wobei der freiwillige Parkeintritt, den es auch in diesem Jahr geben wird, Einnahmen in Höhe von 213 000 Euro erbrachte. Erfreulich sei auch, dass es 2011 gelungen sei, die „Erlösquote pro Besucher" zu steigern. Deshalb sei es auch kein Malheur, dass 2011 die Zahl der Gäste gegenüber dem Vorjahr um 16 Prozent geringer ausfiel. 2010 habe es Sonderausstellungen zu Lukas Cranach und zu Königin Luise gegeben, welche die hohen Besucherzahlen in dem Jahr erklärten.

Auch inhaltlich zog Dorgerloh eine zufriedenstellende Bilanz. Als Höhepunkte des vergangenen Jahres nannte er neben der Präsentation der Zeichnungen Friedrich-Wilhelms IV. in den Römischen Bädern anlässlich seines 150. Todestages auch die Rückkehr der Cranach-Gemälde in das Jagdschloss Grunewald.

Als neuer Service im Friedrich-Jahr wurde die Möglichkeit präsentiert, in jedem Schloss Karten für alle Schlösser zu erwerben.

Silvia Friedrich

Was von ihm bleiben wird

Friedrich der Große: Annäherung an eine widersprüchliche Persönlichkeit zu dessen 300. Geburtstag

Friedrich der Große – was können wir heute von ihm lernen? Wetten, dass dies in den nun folgenden 340 Tagen eine der am häufigsten gestellten Frage wird? 2012 ist Friedrich-Jahr. Vor 300 Jahren, am 24. Januar 1712, kam der Preußenkönig zur Welt. Dass allerdings auch jeder, der die Frage stellt, was von dem großen Preußen zu lernen sei, darauf wirklich ernsthaft eine Antwort sucht, darf bezweifelt werden.

Immerhin, dass überhaupt so gefragt wird, zeugt von einem Wandel des Zeitgeistes. 20 Jahre zuvor wäre die Frage noch recht leise formuliert worden und noch weitere 20 Jahre zurück wäre sie ziemlich unzulässig gewesen. Dabei ließe sich von Friedrich dem Großen eine Menge lernen zu Problemen, die uns gerade aktuell umtreiben. Zwei Stichworte dazu:

1. Alte Freundschaften und politisches Amt. Nach Jahren der Drangsal und des Leidens unter der Strenge des Vaters erlebte Friedrich die wohl glücklichste Zeit seines Lebens auf Schloss Rheinsberg, begleitet von zahlreichen jugendlichen Freundschaften. Als Friedrich Wilhelm I. 1740 starb und Friedrich dem Vater im Alter von 28 Jahren auf den Thron folgte, da rechneten sich viele der Freunde – die Rheinsbergeois – prächtige Chancen für ihre persönliche Zukunft aus. Sie wurden enttäuscht, allesamt. „Die Possen haben nun ein Ende", beschied Friedrich und bei anderer Gelegenheit sagte er knapp: „Jetzt bin ich König" und setzte damit andere, strengere Maßstäbe. Der Spaß der vergangenen Tage wurde nicht mit einträglichen Posten belohnt. Es regnete nicht Dukaten, wie der Architekt Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff erwartet hatte. Bei Hofe sprach man bald vom „journée des dupes", vom Tag der Dupierten. Amt und Kumpanei, das waren für Friedrich den Großen nicht Rock und Hose vom selben Stoff. Heute meint mancher, auf solche Unterscheidung verzichten zu dürfen.

2. Geld und Verantwortung. Folgender Satz aus dem Politischen Testament Friedrichs des Großen sei allen politischen Euro-Rettern und regierenden Schuldenmachern ins Stammbuch geschrieben: „Der Hirt schert seine Schafe, zieht ihnen aber nicht das Fell ab." Mit anderen Worten: Steuern und Abgaben können nicht schadlos erhöht werden. Sein Vater habe Schulden in Höhe von drei Millionen Talern hinterlassen, er selbst habe sie auf fünf Millionen erhöht, damit sei die Grenze erreicht. Diese Summe hielte das Geld im Lande und sichere den Kreditgebern eine sichere Rendite. Werde aber noch mehr Geld aufgenommen, entziehe man es der Wirtschaft. Die Schuldenbremse ist also keineswegs eine Erfindung unserer Tage. Friedrich der Große sparte in guten Zeiten, um die Ausgaben in Notzeiten bestreiten zu können, ohne die Steuern zu erhöhen. Denn der Privatmann solle nicht sein halbes Einkommen mit dem Herrscher teilen, sondern den Hauptteil selbst behalten und genießen können.

Dies sind zwei kleine Beispiele, mit denen der Preußenkönig Zeichen setzte, die seiner Zeit voraus waren und die weit über seine Zeit hinausragten. Sie zählen nicht einmal zu jenen Taten, mit denen sich der König das Prädikat „der Große" erwarb. Sie gehören vielmehr zu dem soliden Unterbau, aus dem allein Großes wachsen kann.

Dass er einmal als Friedrich der Große in die Geschichtsbücher eingehen würde, das hätte bei seiner Geburt am 24. Januar 1712 niemand vorausgesagt. Zwei ältere Brüder, Friedrich Ludwig und Friedrich Wilhelm, waren bereits im ersten Lebensjahr beim Zahnen gestorben. Umso größer war die Freude über die Geburt dieses Jungen, die gesamte königliche Familie hatte sie herbeigesehnt. Insbesondere der Großvater, der regierende König Friedrich I., war überaus glücklich, die Geburt eines Erbens der jungen preußischen Krone noch erleben zu dürfen.

Friedrich der Große: Porträt in Öl auf Leinwand von Antoine Pesne (1683–1757) Bild: Archiv

Der Oberhofzeremonienmeister Johann von Besser notierte in den „Ceremonialacta und Journal des Preußischen Hofes" die Geburt Friedrichs mit diesem feierlichen Eintrag:

„Sonntags Morgens nach der Predigt, da man eben in der Predigt um eine glückliche Genesung der Kronprinzessin wegen herangenahter Geburtsstunde gebeten, genas sie zwischen 11 und 12 Uhr ihres dritten Prinzen. S. M. (Seine Majestät; Friedrich I., d. Red.) hatten sich eben in ihrem Georache an die Tafel gesetzet, aber weilen kurz darauf der Königliche Leibmedicus, der Herr Hofrat Gundelsheim, die fröhliche Zeitung von der Geburt eines Sohnes gebracht, wurde S. M. vor Freuden so sehr darüber alterirt, daß sie mit Tränen in den Augen sich alsbald zur Kronprinzessin herübertragen ließen und hernachmals nichts essen konnten. Die Glocken wurden alsbald geläutet und alle Stücke (Kanonen, d. Red.) auf den Wällen gelöset. Auf den Abend ward bei Sr. K. H. dem Kronprinzen eine kleine Réjouissance (Freudenfest, d. Red.) angestellet."

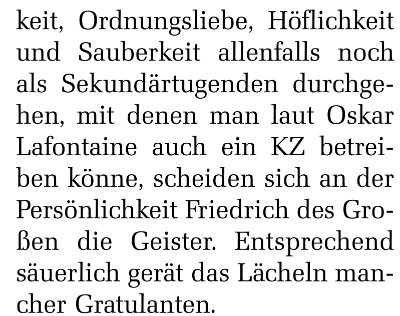
Anders als mancher heute hielt er politisches Amt und alte Freundschaften auseinander

Die Eltern ließen ihren dritten Sohn bereits eine Woche nach der Geburt am 31. Januar taufen. Eine Stunde lang läuteten die Glocken. Schweizer und Gardisten standen in Doppelreihe bis zur Schlosskapelle. Das Kind war in ein silbern gewirktes, mit Brillanten besetztes Taufkleid gekleidet. Auf dem Kopf hatte es eine kleine Krone. Sechs Gräfinnen trugen die Schleppe des Täuflings.

Patinnen und Paten hatten Vertreter entsandt. Zu den Paten zählten auch Kaiser Karl VI., Zar Peter I. der Große, Kurfürst Georg Ludwig von Hannover, die Kaiserin-Witwe Wilhelmine Amalie, die Kurfürstin Sophie-Dorothea und die Kurfürstin-Mutter Sophie von Hannover, die Herzogin-Witwe Eleonore von Braunschweig-Bevern und die Herzogin Christine von Mecklenburg.

Der Vater, Kronprinz Friedrich Wilhelm in Preußen (1688–1740), und die Mutter, Sophia Dorothea von Braunschweig-Lüneburg-Hannover (1687–1757), hatten den Sohn wie auch seine Brüder nach dem Großvater benannt, weil dieser Name dem „Hause glücksbringend gewesen ist". Sie hatten mit Friedrich allerdings einen Namen gewählt, der widersprüchlicher zum späteren Leben seines Trägers nicht sein konnte. Der Name bedeutet „der an Frieden Reiche", und das war Friedrich der Große nun wirklich nicht. Doch Widersprüche und Gegensätzlichkeiten ziehen sich wie ein roter Faden durch das Leben dieses Mannes. Und so sind auch die Beziehungen zu ihm von Widersprüchen geprägt. Bezeichnenderweise trägt die Ausstellung, welche die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten im Jubiläumsjahr im restaurierten Neuen Palais in Potsdam ausrichtet, den doppeldeutigen Titel „Friederisiko". Ein eindeutiges Bekenntnis zur Lebensleitung Friedrichs ist das zumindest nicht. Vielmehr soll damit verdeutlicht werden, wie risikoreiche die Politik das Land einige Male an den Abgrund führte.

Nicht erst seit preußische Tugenden wie Fleiß, Treue, Gehorsam, Disziplin, Pflichtbewusstsein, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Ordnungsliebe, Höflichkeit und Sauberkeit allenfalls noch als Sekundärtugenden durchgehen, mit denen man laut Oskar Lafontaine auch ein KZ betreiben könne, scheiden sich an der Persönlichkeit Friedrich des Großen die Geister. Entsprechend säuerlich gerät das Lächeln mancher Gratulanten.



»Der Hirt schert seine Schafe, zieht ihnen aber nicht das Fell ab«

Das hat – wie alles, was mit Preußen zu tun hat – Tradition. Anerkennung und schroffe Ablehnung, Lob und Anklage in einem Atemzug, das macht das Bild Friedrichs des Großen aus, seit über diesen Mann berichtet und geurteilt wird.

Schon erstaunlich, wer sich alles dieses Geburtstages bedient. Sogar der „Stern" widmet ihm eine sechsteilige Serie, die im großen Stil beworben wird. Ohne Verrenkung geht das allerdings nicht. Laut „Stern"-Werbetext ist Preußen ein Staat, „der fasziniert und abstößt, der untergegangen ist und noch bis heute nachwirkt". Die Widersprüche in der Persönlichkeit des Preußenkönigs, sie leben bis heute fort.

Dennoch zählt er zu den wenigen, denen trotz aller Kritik und auch Anfeindung das Attribut „der Große" nicht dauerhaft aberkannt wurde. Mehr als 150 Herrschern ist ein solcher Namenszusatz als „Magnus", „the Great" oder eben „der Große" verliehen worden. Viele verloren ihn bald wieder. Nur ganz wenigen wie dem Makedonier Alexander, dem Franken Karl, den Zaren Peter und Katharina blieb er erhalten. Und eben Friedrich II. von Preußen.

Alle der Genannten wird man als ausgesprochene Willensmenschen bezeichnen müssen. Ohne rücksichtslosen Willen ist historische Größe offenbar nicht zu erlangen. Für den Schweizer Kulturhistoriker Jacob Burckhardt gehört zu einem „großen Individuum" eine „abnorme Willenskraft, welche magischen Zwang um sich verbreitet und alle Elemente der Macht und Herrschaft an sich zieht und unterwirft".

Die Verdienste Friedrich des Großen sind eindeutig zu benennen. Nur tun das wenige so klar wie der kürzlich verstorbene Historiker Wolfgang Stribrny, der in einem Vortrag vor der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft die selbst gestellte Frage, „Warum ist Friedrich nach heutigen Maßstäben groß zu nennen?" so beantwortete:

„1) Dank ihm wurde Preußen der erste Staat der Welt, in dem Glaubensfreiheit herrschte.

2) Dank ihm wurde Preußen zum ersten modernen Rechtsstaat auf dem Kontinent. Das unter ihm ausgearbeitete, unter seinem Nachfolger 1794 in Kraft getretene Allgemeine Landrecht war eine Art Verfassung.

3) Unter ihm wurde in Preußen als dem ersten großen Land der Welt von der Maas bis an die Memel die allgemeine Schulpflicht für Mädchen und Jungen durchgesetzt.

4) Preußen war unter Friedrich ein übernationaler Staat, in dem die Treue zum König und zur preußischen Staatsidee, nicht eine Sprache oder ein Glaubensbekenntnis entscheidend war."

Das ist eine außerordentliche Lebensleistung für einen Mann, dessen Königreich bei seiner Thronbesteigung gerade mal seit vier Jahrzehnten bestand, dessen Territorien über Nord-, Nordwest- und Nordostdeutschland verstreut lagen, vom heutigen Ostpreußen über Brandenburg bis zu den Enklaven an Weser, Lippe und Rhein.

Der Historiker Jürgen Luh, Organisator des Großprojektes „Friedrich 300" in Potsdam und Autor einer Biografie über den Preußenkönig, ist allerdings überzeugt, der Nachruhm Friedrichs II. sei in erster Linie Öffentlichkeitsarbeit in eigener Sache zu verdanken. Auf einer Tagung zur Vorbereitung des Jubiläumsjahres kam er zu dem Schluss: „Seine große Leistung, und dafür ist er in meinen Augen auch der Große, ist, dass er es wie kein anderer geschafft hat, das Bild, das sich die Nachwelt von ihm gemacht hat, selbst zu bestimmen." Von vielem, was jetzt veröffentlicht wird, kann man allerdings kaum den Eindruck haben, es entspreche dem Wunschbild des Preußenkönigs von sich selbst. Stoff zu Diskussionen wird es mehr als genug geben. Das Friedrich-Jahr verspricht ein spannendes Jahr zu werden.

Klaus J. Groth

Ideologie war nicht sein Ding

SPD-Linke, Bildungsföderalismus und fehlende Hausmacht beendeten Hans Leussinks Ausflug nach Bonn

In der ersten Reformeuphorie der Ära Willy Brandt war er dessen Minister für die Bildung, einem der liebsten Steckenpferde der studentenbewegten SPD-Linken. Und trotzdem war Hans Leussink ein Fachmann, ein „Technokrat", der auf Vernunft statt auf Ideologie setzte.

Staat statt Markt lautet die Formel der Linken. Folglich wurde in der Bundesrepublik nach dem Wechsel von den bürgerlichen Nachkriegsregierungen über die Große Koalition zur SPD-geführten Regierung Brandt der Staatsapparat aufgebläht. Besonderer Aufmerksamkeit und finanzieller Förderung erfreute sich dabei der Bildungssektor.

Der ideologische Hintergrund war dabei die linke These, dass von Natur aus alle gleich seien und erst die Umwelt Ungleichheit bringe. Diese Ansicht führt von eine Strafjustiz, die in Verbrechern statt Tätern Opfer der Gesellschaft sieht, über Gender Mainstreaming bis zum Versuch im Stalinismus, die mendelschen Regeln zu widerlegen. Da nicht die Erbanlagen, sondern die Sozialisation entscheidend sei, kommt von daher der Bildungspolitik in der linken Ideologie größte Bedeutung zu.

> Der Parteilose war Bonns erster Bildungsminister

So hieß es nach der Regierungsübernahme der sozialliberalen Koalition in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969: „Bildungspolitik, Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung stehen an der Spitze der Reformen, die es bei uns vorzunehmen gilt. Wir haben die Verantwortung, soweit sie von der Bundesregierung zu tragen ist, im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft zusammengefasst." Das war ein Kratzen an dem im Grundgesetz festgeschriebenen bundesdeutschen Dogma des Bildungsföderalismus. An die Spitze des neugebildeten Bundesministeriums wurde Hans Leussink berufen. Der erste Bundesbildungsminister steht wie kein anderer Bundesminister für die bundesdeutsche Bildungsexplosion mit ihren fetten Jahren und ihrer Fülle an Planstellen für Jungakademiker, von denen Studenten späterer Jahrgänge, denen eine Zukunft im akademischen Proletariat drohte, nur träumen konnten. Inzwischen versucht zwar die Linke, mit der „Bildungsrepublik Deutschland" die damaligen Zeiten zurückzuholen, aber heute fehlt dazu das Geld. Das war damals nach „Wirtschaftswunder" und jahrzehntelanger bürgerlicher Regierung noch anders. So war Minister Leussink eine Erhöhung des Bildungs- und Forschungsetats um 43 Prozent vergönnt.

Nichtsdestoweniger entsprach Leussink nicht dem Idealbild der damals dominierenden linken Bildungspolitiker. Er war weder Soziologe, Politologe, Sozialpädagoge oder sonst ein ...oge, noch nicht einmal Ideologe, was ihm die SPD-Linke besonders übel nahm. Leussink war auch kein Berufspolitiker mit SPD-Parteibuch, sondern ein parteiloser Seiteneinsteiger, der schon lange vor dem Linksruck der Republik in seinem erlernten Beruf Karriere gemacht hatte.

Bis zu seinem Ausflug in die Bonner Bundespolitik war die Berufslaufbahn des am 2. Februar 1912 im preußischen Schüttorf, Kreis Bentheim zur Welt gekommenen Architektensohnes eine bunte Mischung aus Tätigkeiten in Wissenschaft und Industrie. Nach einem Bauingenieurstudium an der Technischen Hochschule in Dresden wechseln Tätigkeiten am Institut für Technische Mechanik an der Bergakademie im sächsischen Freiberg, an einem dort ansässigen Ingenieurbüro und am Erdbau-Institut der Technischen Hochschule München.

Nach dem Krieg sammelte er Erfahrungen als Selbständiger. So betrieb er ab 1946 ein Architektur- und Ingenieurbüro in seiner Geburtsstadt. 1950 gründete er das Erdbaulaboratorium Essen. Er spezialisierte sich auf Großprojekte und wirkte unter anderem beim Bau des Assuan-Staudamms mit.



Ein Minister und sein Kanzler: Leussink (r.) hätte sich von Brandt (l.) mehr Rückendeckung gewünscht

Bild: Ullstein

Nach der Habilitation folgte er 1954 einem Ruf als Professor für Grundbau, Tunnelbau und Baubetrieb an der Technischen Hochschule Karlsruhe. 1956 wurde er Dekan der Fakultät für Architektur und Bauingenieurwesen, 1958 Rektor der TH Karlsruhe.

1960 bis 1962 war Leussink Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz und 1962 wurde er Vorsitzender des neu gegründeten Ausschusses für Universitäten und Forschung beim Europarat. 1965 wurde er Präsident des Wissenschaftsrates, dem er seit 1962 angehörte. Leussink war also kein Kind der sogenannten Studentenbewegung, das erst infolge des Linksruckes der Republik nach oben geschwemmt worden wäre. Vielmehr war er schon zu Zeiten der Adenauer- und Ehrhard-Regierungen an der Bildungspolitik beteiligt gewesen, wenn auch nicht auf der Seite der Politiker, sondern der Wissenschaftler.

Heute wissen wir, dass Leussink ab 1937 NSDAP-Mitglied gewesen war, und an Planungen für den Autobahnbau soll er auch beteiligt gewesen sein, was das linke Feindbild komplett macht. Der Vorsitzende der Bundes-Assistenten-Konferenz Tilman Westphalen bescheinigte ihm 1970 das „konzentrierte Misstrauen aller Wissenschaftler unter 35". Das erinnert an den 68er-Spruch „Trau keinem über 30!" Westphalen musste jedoch die Altersgrenze heraufsetzen, war er selber damals doch schon 34. Leussink, der wie manch anderer politischer Quereinsteiger dem Irrglauben anhing, dass sich Vernunft schon durchsetzen werde, sah seine Aufgabe und sein Ziel darin, die Funktions- und Leistungsfähigkeit des Bildungssektors zu verbessern. Dass brachte ihm von Seiten der SPD-Linken das Verdikt „Technokrat" ein. Für sie war Sinn und Zweck der Bildungsreform nicht die Ergebnisverbesserung. Ihr bildungsreformerisches Credo lautete stattdessen mehr Chancengleichheit und Emanzipation. Wer denkt da nicht an aktuelle Frauenförder- und Integrationspläne?

Doch nicht nur die Linke machte Leussink das Leben schwer, sondern auch die Bundesländer. Stieß er mit seinem Appell an die Vernunft bei den SPD-Bildungspolitikern auf Ideologie, so bei den Länderpolitikern auf Ressortegoismen. Leussink besaß mit der Bildung zwar ein Ressort, das damals wahnsinnig angesagt war, doch stand er als Parteiloser den SPD-Bildungs- und den Länderpolitikern ohne Hausmacht gegenüber. So scheiterte Leussink mit seinem Versuch eines Hochschulrahmengesetzes. Erst setzte der linke SPD-Flügel 1970 im Bundestag seine Wünsche in dem Gesetzentwurf durch und dann scheiterte dieser 1971 im Bundesrat.

Der einzige, auf den der Bildungsminister sich stützen konnte, war sein Freund und Kabinettskollege an der Spitze des Finanzressorts Alex Möller. Diesem hatte Leussink bis zu einem gewissen Grade auch seine Berufung in die Bundesregierung zu verdanken. Da Möller als zuständiger Minister das explosionsartige Anwachsen der Ausgaben des Bundes nicht mehr verantworten zu können glaubte, weil er die Stabilität der Finanzen in Gefahr sah, reichte er allerdings schon am 12. Mai 1971 ein Rücktrittsgesuch beim Bundeskanzler ein, das dieser auch annahm. Bereits wenige Monate später, im Herbst des Jahres 1971, strich Möllers Nachfolger als Bundesfinanzminister, Karl Schiller, Leussink 460 Millionen D-Mark Planungsreserve, ohne dass es im Kabinett Widerspruch gegeben hätte. Nach diesem eklatanten Beispiel seiner Machtlosigkeit zog der Bildungsminister die Konsequenzen und trat am 15. März 1972 von seinem Amt zurück.

Leussink fiel nicht ins Bodenlose. Er kehrte in den Wissenschaftsbetrieb zurück, aus dem er 1969 gekommen war und arbeitete zudem in diversen wissenschaftlichen und unternehmerischen Gremien mit. Als „Stiftologe" wurde er deshalb auch scherzhaft bezeichnet. Am 16. Februar 2008 starb Hans Leussink in Karlsruhe. *Manuel Ruoff*

TV-Serien und Mehrteiler machten ihn populär

Vor dem Fernsehen hatte der Schauspieler Gustav Knuth bereits erfolgreich für Theater und Kino gearbeitet

In einer Verfilmung des Ostpreußen Günter Gräwert der Erzählung „Reise nach Tilsit" des Ostpreußen Hermann Sudermann spielte er den Ostpreußen Jakstat. Dass Gustav Knuth in dem Fernsehspiel mitwirkte, spricht allerdings eher für die Vielseitigkeit des vor 25 Jahren verstorbenen beliebten Schauspielers als für einen besonderen Bezug zu Ostpreußen. Knuths Wiege stand noch nicht einmal in Preußen, geschweige denn in Ostpreußen. In Braunschweig kam der Sohn eines Zugführers am 7. Juli 1901 zur Welt.

> Gründgens holte ihn ans Preußische Staatstheater

An der Seite seiner älteren Schwester entdeckte er seine Liebe zu den „Brettern, die die Welt bedeuten". Als 13-Jährigen hatte sie ihn in eine „Troubadour"-Aufführung mitgenommen. Sie war es auch, die ihm den Schauspielunterricht bei dem Braunschweiger Hofschauspieler Casimir Paris finanzierte. Gustav brach die Schlosserlehre ab, riss von zu Hause aus und trat 1918 am Stadttheater in Hildesheim sein erstes Engagement an. 1919 bis 1922 spielte er am Stadttheater Harburg, 1922 bis 1925 am Stadttheater Basel, 1925 bis 1933 am Stadttheater Altona, 1933 bis 1936 am Deutschen Schauspielhaus in Hamburg und 1937/37 an der Volksbühne Berlin. Als er bei den Reichsfestspielen in Heidelberg die Titelfigur in Heinrich von Kleists Tragikomödie „Amphitryon" spielte, saß Gustaf Gründgens im Publikum. Der damalige Generalintendant des Preußischen Staatstheaters war derart beeindruckt, dass er den zwei Jahre jüngeren Kollegen nach Berlin an sein Haus holte. Dort spielte Knuth von 1937 bis 1944.

Gegen Kriegsende ging Knuth in den Westen. Nun spielte er wieder im Hamburger Schauspielhaus. Allerdings gab er in der Hansestadt auch ein Gastspiel in der dortigen Bürgerschaft. 1946 berief ihn die britische Besatzungsmacht als Vertreter der Kulturschaffenden in das Stadtparlament. Als noch im selben Jahr die Ernannte Bürgerschaft durch eine frei gewählte ersetzt werden sollte, kandidierte er als Spitzenkandidat für einen „Freien Kulturpolitischen Bund", verfehlte jedoch den erneuten Einzug in das Hohe Haus.

1949, in Westdeutschland wurde gerade die Bundesrepublik gegründet, nutzte Knuth die Möglichkeit, aus dem zerstörten Deutschland in die Schweiz zu wechseln, wo er ja bereits in den 20er Jahren gearbeitet hatte und dessen Staatsangehörigkeit er nun auch statt der deutschen annahm.



Bild: Archiv

In dem deutschen Spielfilm „Das kann jedem passieren" (1952): Gustav Knuth mit seinem Lieblingspartner Heinz Rühmann

Statt in Basel spielte er nun aber am Schauspielhaus Zürich. Dort schrieb ihm der Schweizer Schriftsteller Friedrich Dürrenmatt die Rolle des Herbert Georg Beutler in seinem Drama „Die Physiker" auf den Leib. Die Uraufführung 1962 mit Hans Christian Blech und Theo Lingen als weiteren Physikern sowie Therese Giehse als irre Irrenanstaltsleiterin wurde ein voller Erfolg. Nicht weniger legendär ist das von Dürrenmatt selber nach seiner Theatervorlage bearbeitete gleichnamige Fernsehspiel des Süddeutschen Rundfunks. In dieser Produktion aus dem Jahre 1964 spielten Wolfgang Kieling und Kurt Ehrhardt an der Seite von Knuth und Giehse.

Überhaupt gewinnt der Film über die Jahrzehnte eine wachsende Bedeutung im schauspielerischen Schaffen des Gustav Knuth. Für „Der Ammenkönig" stand der vielseitige Schauspieler 1935 das erste Mal vor der Kamera. Bekannter dürften seine Auftritte in Spielfilmen sein wie „Das Mädchen von Fanö" (1940), „Große Freiheit Nr. 7" (1944), „Auf der Reeperbahn nachts um halb eins" (1954), „Raub der Sabinerinnen" (1954), „Die Ratten" (1955), „Ich denke oft an Piroschka" (1955), „Sissi" (1955), „Sissi – Die junge Kaiserin" (1956), „Sissi – Schicksalsjahre einer Kaiserin", „Buddenbrooks" (1959) oder „Unter den Brücken" (1945), dem nach Knuths eigenem Urteil besten Film mit ihm.

> Nach dem Krieg saß er in Hamburgs Bürgerschaft

Vom Theater ging der Schwerpunkt seines Schaffens über den Kintopp zum Fernsehen. Spielte Knuth in den Kinostreifen zwar wichtige, aber doch meist Nebenrollen, so war das im Fernsehen anders. Insbesondere Fernsehrollen in Serien und Mehrteilern wie „Alle meine Tiere" (1962), „Großer Mann, was nun?" (1967/68), „Salto Mortale" (1968) und „Die Powenzbande" (1973) gaben ihm die Möglichkeit, sich in das Gedächtnis ganzer Generationen zu spielen.

Noch vor seinem letzten Spielfilm, „Der Bockerer" (1981) nach dem gleichnamigen Bühnenstück von Ulrich Becher und Peter Preses, sowie seiner letzten Serienrolle, Gustav Hartmann in „Der eiserne Gustav" (1978), verfasste Knuth 1974 mit „Mit einem Lächeln im Knopfloch" seine Memoiren. 13 Jahre später, am 1. Februar 1987, erlag der zum Teil mehrfach mit dem Ernst-Lubitsch-Preis, „Bambis" und der „Goldenen Kamera" ausgezeichnete Darsteller meist sympathischer Charaktere in seiner Schweizer Wahlheimat einem Herzinfarkt. *M.R.*

Das Amt ist auf ein »Flair der Redlichkeit« angelegt

Zu: „Ausgewulfft“ und „Bellevue adé“ (Nr. 1)

Die Publikationssperre durch den Bundespräsidenten Christian Wulff hinsichtlich des Wortlauts seines „Bild“-Anrufes spricht zusätzlich gegen ihn. Unqualifiziert war auch seine Interview-Anmerkung, er dürfe offenbar keine alten Freunde mehr haben.

Die Unvereinbarkeit des Amtes des Bundespräsidenten mit anderweitigen Aufgaben meint in Artikel 55 des Grundgesetzes zwar in erster Linie weitere Ämter und eine Gewerbe- oder Berufstätigkeit, erwartet aber unausgesprochen die selbstverständliche Rücksichtnahme von Freundschaften auf die unabdingbare Unabhängigkeit des politischen Amtes.

Die Kommentierung zum Grundgesetz spricht hinsichtlich dieses Amtes von einem „Flair der Redlichkeit“, auf das dieses Verfassungsorgan angelegt sei. Der Verdacht des Amtsmissbrauchs gegenüber der Presse und der Entgegennahme von Vorteilen aus der Ministerpräsidentenzeit (Vorzugskredit und Ferienreisen) lässt ein „Flair der Redlichkeit“ nicht erkennen.

Bundespräsident Wulff verlässt sich offenbar darauf, dass sein Sturz weder durch den Bundestag noch durch den Bundesrat möglich ist, sondern nur durch eine Anklage nach Artikel 61 des Grundgesetzes vor dem Bundesverfassungsgericht wegen vorsätzlicher Verletzung des Grundgesetzes oder eines anderen Bundesgesetzes.

Ein solches nur noch rein formales Amtsverständnis ist schon gegenüber seinen vorbildlichen Amtsvorgängern (von Theodor Heuss über Richard von Weizsäcker, Roman Herzog und andere) eine nicht hinnehmbare politisch-moralische Fehlleistung, die keine zweite Chance verdient.

Dr. Klaus Joachim Schneider-Haßloff, Berlin

Ein Irrsinn, nicht zu Ende gedacht

Zu: „Stromausfälle häufen sich“ (Nr. 1)

Stromausfälle, auch über längere Zeit, sind programmiert. Der ICE wird auf der Strecke stehen bleiben, Telefon und Verkehrsampeln funktionieren nicht mehr.

Es kann nur als Irrsinn bezeichnet werden, dass Kraftwerke per Gesetz abgeschaltet werden, ohne dafür zu sorgen, dass Ersatz vorhanden ist. Frankreich und Tschechien halfen mit Atomstrom aus, Österreich mit Wasserkraft; solange dafür freie Kapazität vorhanden ist. Dass nachts keine Sonne scheint und der Wind nicht immer weht, wenn Strom gebraucht wird, sollte auch Politikern bekannt sein.

Einen Tank zur Aufbewahrung überflüssigen Stroms gibt es nicht. Die Energiespeicherung über Pumpspeicherwerke ist verlustreich. Nur ein Viertel des zum Hochpumpen des Wassers verwendeten Stroms kann wieder zurückgewonnen werden. Zur Erzeugung dieser Verlustleistung braucht man zusätzlich Windräder. Die Speicherkraftwerke sind nicht vorhanden, sie müssen erst noch gebaut werden. Wo? Bis wann? Nichts ist zu Ende gedacht.

Diese Energiewende ist nicht realisierbar. Es gibt nur einen Weg: die deutschen Kernkraftwerke weiterlaufen lassen. Sie sind die sichersten der Welt.

Dr. Gustav Krüger, Herrenberg

Volkswahl

Zu: „Bellevue adé“ (Nr. 1)

Den Ausführungen von Vera Lengsfeld ist aus meiner Sicht nichts mehr hinzuzufügen. Sie hat das Problem benannt – und solange diese „Herren“, die Schaden vom deutschen Volk abwenden sollen, nicht mehr zwischen Amt und Mandat unterscheiden können, denen es schlichtweg egal ist, wie das Wahlvolk denkt, solange werden diese Probleme Bestand haben.

Es ist nur so, dass die Probleme immer mehr werden ... Im Übrigen, ein Präsident des Volkes sollte auch durch das Volk gewählt werden! Absolut richtig!

Gordon Roth, Brandenburg

Sie arbeitet wieder

Zu: „Bestandsaufnahme“ (Nr. 48)

Neuhausen, nördlich von Königsberg, hat eine uralte Kirche aus dem 13. Jahrhundert, im Turm eine Satelliten-Schüssel. Wir erfahren, dass die Kirche wieder „arbeitet“. Nach der Wende hat die Neuapostolische Kirche aus Deutschland das Gebäude übernommen.

Meterdicke Wände, uraltes Gemäuer – man hat mit viel Aufwand einen ansprechenden Gottesdienstraum hergerichtet. Die hiesige Neuapostolische Gemeinde mit russischen Priestern hat hier ihr Domizil.

Viele Gedanken gehen durch den Kopf. Unzählige Menschen in mehreren Jahrhunderten haben hier gebetet, gesungen, Trost und Belehrung empfangen. Und heute ist es auch so, wie vorher. Das ist gut so. Mögen noch viele alte Kirchen zu Gotteshäusern werden. Wir alten Ostpreußen sollten uns freuen und die Hand zur Versöhnung ausstrecken.

Horst Felter, Hamburg



Von einer Leserin auf der Autobahn gesehen: Kritik an der Politik von Angela Merkel vom Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL) Bild: G. Piel

Pattex-Präsident

Zu: „Ausgewulfft“ und „Bellevue adé“ (Nr. 1)

In meinem weit verzweigten Freundes- und Bekanntenkreis, der nahezu das ganze demokratische Spektrum abdeckt, gibt es keinen Menschen (mehr), der dieses Staatsoberhaupt noch weiter im Berliner Schloss Bellevue sehen will.

Schöne Aussichten sind das: Es ist schon bemerkenswert bis unerträglich, wie hartnäckig Herr Wulff am Sessel des obersten Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland klebt. Einen derartigen „Pattex-Präsidenten“, dem es am Gespür für den einzigen noch möglichen, längst überfälligen Schritt mangelt, hat unser Land noch nicht gesehen und auch nicht verdient!

Herr Wulff, noch ist es nicht zu spät: Aussitzen ist keine Lösung! Bitte treten Sie zurück – und geben Sie dem Amt seine Autorität und Würde wieder!

Guido Schümann, Itzehoe

Ohne Norwegen

Zu: „Zur Abwechslung mal gute Nachrichten“ (Nr. 52)

Ich interessiere mich sehr für die skandinavischen Länder und möchte deshalb die beiden nicht zutreffenden Behauptungen in obigem Beitrag von Klaus Rainer Röhl nicht unwidersprochen hinnehmen.

1. Dass außer Deutschland auch die anderen Völker der EU nicht über den Euro abstimmen durften. Die dänische Bevölkerung hat über den Euro abgestimmt und sich mit knapp über 50 Prozent gegen den Euro ausgesprochen.

2. Dass Norwegen seine Währung nicht abgeben sollte. Norwegen ist nicht Mitglied der EU; deshalb betrifft dieses Land der Euro gar nicht.

Helga Schaefer, Starnberg

Fischstäbchen

Zu: „Skandälchen statt Politik“ (Nr. 52)

Im Moment ist die Piratenpartei (PPD) ein Haufen Vetternwirtschaftler, die den Ideen neuer Mitglieder alle möglichen Steine in den Weg legen, statt diese zu begrüßen. Das in den Medien groß beworbene „Liquid Feedback“ – ein Verfahren zur „basisdemokratischen Diskussion“ – bleibt einigen Parteimitgliedern, zum Beispiel mir, schlichtweg verschlossen. Die führenden Köpfe der Piratenpartei sind weder in den alltagspolitischen Sachen geschult noch auf den Fokus der Medien vorbereitet. Kurz gesagt: Ein chaotischer Haufen, der mit seiner Organisation ein echtes Likedeeler-Schiff noch nicht einmal aus dem Hafen bringen würde.

Die politische Ausrichtung wird mangels eigener Konzepte schlichtweg kopiert. Der Trend geht nach links, auch in der Piratenpartei ist vom so dringend notwendigen Kaiserwort „Keine Linken, keine Rechten – einfach Deutsche“ nicht die geringste Spur zu hören oder zu lesen.

Das einzige, was man der Partei zugute halten kann: Ehrlichkeit. Und selbst die wird mehr und mehr dem Kalkül Einzelner geopfert – traurig.

Helge Maibaum, Fahrland

Freude an beschämendem Spiel

Zu: „Ausgewulfft“ (Nr. 1)

Es kann sein, dass die Nachsicht zu fast allem mit meinen 90 Lebensjahren zusammenhängt. Dies ist es nicht allein. Wer nach dem verlorenen Krieg und der versagten Heimkehr nach Ostpreußen allein, ohne Beruf und mittellos, aber im Westen, Tritt fassen musste und fasste, muss sich erinnern, dass es damals eine unerwartete Hilfsbereitschaft gab – ich zumindest habe es so erlebt, man tat sich nichts Böses an.

Heute, am Rande des gesellschaftlichen Geschehens stehend, muss ich mit Betroffenheit wahrnehmen, wie man darauf aus ist, auf Zeitgenossen Jagd zu machen. Gut, von der Existenz der Zehn Gebote werden immer weniger wissen, auch das mir in allen Lebensjahrzehnten, auch in den sechs Kriegsjahren gegenwärtige elterliche Leitmotiv „So etwas tut man nicht“ dürfte keine Bedeutung mehr haben. Wenn der Kantsche Imperativ nicht mehr gilt, was dann – das Faustrecht?

Alles, fast alles scheint erlaubt – und dies empfinde ich bei der gegenwärtigen Jagd auf den Bundespräsidenten. Ich hätte an seiner Stelle gern Herrn Gauck gesehen. Es scheint die gegenwärtigen Generation, die in ihrer Maßlosigkeit spätrömische Auswüchse probiert, Freude daran zu finden, einen Mitmenschen sensitiv zu verletzen – und wenn es der Bundespräsident ist. Die Aktivisten in diesem Feldzug mögen doch bei sich selbst Nachschau halten.

Was ist denn dem Bundespräsidenten vorzuwerfen, was Substanz behält? Sicher, der Dosimeter darf bei ihm weniger anzeigen als beim Normalbürger. Die neuen vielfältigen Publikationshilfen rufen förmlich dazu, jemanden anzugreifen. Es ist die Freude an einem beschämenden Spiel, über das bereits die Bibel berichtet.

Alfred Rubbel, Bassum

Unser Wetter wird von der Sonne gemacht

Zu: „Kürzungen für Solarbranche“, „Last trägt der Steuerzahler“ sowie „Berlin schert bei EU aus“ (Nr. 2)

Die Wetterberichte im Fernsehen erklären das Wetter bis zu fünf Tage im Voraus. Der „Weltklimarat“ in Genf (Intergovernmental Panel on Climate Change [IPCC], Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen) erdreistet sich, Dürren, Starkregen, Stürme, Gletscherrückgänge und Meeresanstieg bis zum Jahr 2100 vorauszusagen.

Als Hauptverursacher der Klimaerwärmung wird das Kohlendioxid (CO_2) verteufelt. Der CO_2-Gehalt in der Luft beträgt nur minimale 0,037 Prozent. Dieser CO_2-Gehalt wird weltweit nur an einem Ort gemessen, und zwar auf dem erloschenen Vulkan Mauna Lua auf Hawaii. Die anderen bedeutenden Klimagase – wie Wasserdampf mit einem Anteil von 70 Prozent, FCKW, Ozon, Lachgas und Methan – werden vom Weltklimarat überhaupt nicht berücksichtigt. Die größten CO_2-Speicher sind die Weltmeere.

Nun soll die Welt vor einem Temperaturanstieg von zwei Grad Celsius bewahrt werden. Wie und durch wen könnte das verhindert werden? Aus diesem Grund wurden die sogenannten Verschmutzungsrechte erfunden. Länder mit hohem CO_2-Ausstoß können ihren Anteil an Länder mit geringerem CO_2-Ausstoß verkaufen.

Das Weltklima hat sich seit Urzeiten in einem stetigen Wandel befunden. Eiszeiten und Warmzeiten lösten einander ab. Eisbohrkerne aus dem Grönlandeis beweisen, dass es Zeiten mit deutlich höherem CO_2-Gehalt gegeben hat. Eine Warmperiode gab es im Mittelalter zwischen dem 9. und dem 14. Jahrhundert. In Grönland – Grünland – wurde Weizen angebaut und in Südschottland, Pommern und Ostpreußen gab es nachweislich Weinanbau.

Unser Wetter wird einzig und allein von der Sonne gemacht, denn in jeder Sekunde fallen die wärmenden Sonnenstrahlen aus einem anderen Winkel auf die Erde. Unterschiedlich warme und kalte Meeresströme und der Ausgleich von Hoch- und Tiefdruckgebieten bestimmen unser Wetter. Gäbe es kein CO_2 in der Luft, gäbe es keine Photosynthese, kein Blattgrün, keine Kohlehydrate und somit kein menschliches und tierisches Leben.

Kürzlich flogen etwa 1500 hoffnungsvolle Menschen unter hohem Kohlendioxid-Ausstoß nach Durban in Südafrika, um zu beraten, wie das Weltklima vor weiterer Erwärmung gerettet werden könnte. Welche Vermessenheit und menschliche Anmaßung, die Sonne übertrumpfen zu wollen!

Reinhard Gierse, Herzebrock-Clarholz

Das kann dann wohl nur an der Brille liegen

Zu: „Gezielte Diffamierung“ (Nr. 50)

Man kommt zugegeben nicht umhin, dass wikipedia für einen ersten Überblick ein nützliches Medium sein kann; man muss eben nur wissen, wie man es zu lesen hat. Als Historiker hatte ich reichlich Gelegenheit, die Vorbehalte kennenzulernen. Die Grundstruktur von wikipedia besteht eben darin, dass jeder, der sich produzieren möchte, bei der Eingabe mitmachen kann. Dabei bleibt nicht aus, dass sich auch Minderqualifizierte (oft mit einer politischen Botschaft) an den Eintragungen beteiligen.

Schon wegen der Autorenanonymität ist wikipedia auch nicht zitierfähig, was ein weiterer Grund ist, nicht darauf zurückzugreifen, was aber dem Vernehmen nach viele Studenten nicht davon abhält, solche Eintragungen auch in Hausarbeiten unterzubringen. Wikipedia eignet sich somit als Volkslexikon – zumindest bei Begriffen, die auch nur ansatzweise mit politischer Korrektheit zu tun haben – allenfalls für eine allererste Übersicht, das aber auch nur bei hinreichend kritischem Herangehen an die Texte.

Obwohl ich sicherlich nicht zu den unkritischen Lesern zu zählen bin, ist mir in fast fünf Jahrzehnten eine Rechtsradikalität von *Ostpreußenblatt* und *PAZ* nicht aufgefallen. Umso unverständlicher ist es, wenn Außenseiter zum Ergebnis der Rechtsradikalität gelangen; das kann dann wohl nur an der Brille liegen. Der Hass auf diese Zeitung scheint mir eher darauf zurückzuführen zu sein, dass die *PAZ* Fakten nicht der politischen Korrektheit opfert, also veröffentlicht, was politisch korrekte Medien geflissentlich verschweigen. (Darin besteht bekanntlich die perfideste Form der Propaganda, da sie kaum angreifbar ist).

Da eine Zeitung, die gegen den politisch korrekten Mainstream angeht, für politisch korrekte Mitbürger ein Ärgernis ersten Ranges ist, war es nur eine Frage der Zeit, bis ein solcher Erguss in wikipedia erschien. Ihr Bericht belegt die Taktiken, die freie Meinungsäußerung zu unterdrücken und liest sich wie eine Philippika gegen diese. Natürlich ist für die „politisch Korrekten“ alles rechtsradikal, was nicht ultralinks steht und nicht gänzlich mit der „Political correctness“ konform geht, und was der veröffentlichten Meinung zuwiderläuft. Propagiert wird ein überaus devotes Verhalten, das uns im Ausland allenfalls Verachtung einbringt (erinnert sei an Churchills Ausspruch, man finde die Hunnen entweder zu Füßen oder an der Gurgel ihrer Feinde).

Es ist somit zu wünschen, dass Sie sich von diesen Attacken nicht beirren lassen; es ist überaus notwendig, dass es eine Zeitung wie die *PAZ* als fast einziges verbliebenes Organ freier Meinungsäußerung noch gibt. Der Vorwurf der Rechtsradikalität ist geradezu grotesk; es geht offenbar nur darum, die Zeitung zu diskreditieren und abzuschießen. Sie sollten die Devise beherzigen: „Was juckt's die deutsche Eiche, wenn sich eine Wildsau an ihr reibt.“

Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Das Ostpreußenblatt

Nr. 3 – 21. Januar 2012

MELDUNGEN

Tobende Stürme zerstören Küste

Cranz/Rauschen – Über Nacht wütete am vergangenen Sonnabend der schlimmste Sturm seit Jahrzehnten an Ostpreußens Küste. Die ohnehin durch Erosion schmaler werdenden Strandstreifen wurden vollständig überspült, die Promenade in Rauschen ist stark beschädigt, die Betontreppen zum Strand wurden von der Wucht der Wellen zerstört. Von der erst neu erstellten Promenade in Cranz wurden Geländer abgerissen und sogar Stützpfeiler aus Eisen und Beton weggespült. Die hölzernen Häuschen einiger ufernaher Cafés zerbarsten zu Spänen, einige Bungalows trieben wie Schiffe auf dem Wasser. Die Höhe der Schäden konnte noch nicht ermittelt werden. *MRK*

Schiffsreise mit LO-Preisträger

Königsberg/Kiel – Christian Papendick, Architekt, Fotograf und Kulturpreisträger der Landsmannschaft Ostpreußen, führt vom 23. Mai bis 6. Juni eine Reise in das nördliche Ostpreußen durch. Nach der Anreise per Schiff werden die Teilnehmer in Memel durch russische Busse abgeholt. Über die Kurische Nehrung, wo kurz in Nidden Station gemacht wird, geht es weiter nach Königsberg, wo fünfmal übernachtet wird. Stadtbesichtigungen stehen ebenso auf dem Programm wie Tagestouren durch das Land und Picknicks auf ausgesuchten Plätzen. Es folgen fünf Übernachtungen in Insterburg, von wo Tagestouren beispielsweise in die Rominter Heide unternommen werden. Anschließend geht es bei Tilsit über die Memel ins Memelland. Per Schiff fährt die Reisegruppe über das Kurische Haff zur Kurischen Nehrung, wo in Nidden zweimal übernachtet wird. Anschließend geht es zurück nach Kiel. Nähere Informationen erteilt Christian Papendick, Nibelungenweg 1A, 22559 Hamburg, Telefon (040) 803132, Fax (040) 803233. *PAZ*

Fahrt ins Samland

Fischhausen/Berlin – Louis-Ferdinand Schwarz, ehemaliger Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Fischhausen, fährt per Bus in der 31. und 32. Kalenderwoche ins nördliche Ostpreußen. Abfahrt ist am Abend des 4. August um 23 am Hauptbahnhof Berlin, Rückkehr am 12. August gegen 18 Uhr ebendort. Übernachtet wird in Rauschen, von wo Tagestouren unter anderem nach Königsberg, Cranz, Insterburg, Georgenburg, Gumbinnen, Trakehnen, die Kurische Nehrung einschließlich Nidden, Palmnicken und Germau unternommen werden. Eine Seereise von Königsberg nach Pillau ist ebenfalls geplant. Nähere Informationen erteilt Louis-Ferdinand Schwarz, Südstraße 6a, 49201 Dissen, Telefon (05421) 1325. Anmeldeschluss ist der 10. Februar. *PAZ*

Siegesorden statt Storch oder Engel

Der Streit um die Krönung der Siegessäule auf dem Königsberger Hansaplatz ist entschieden

Eigentlich sollte die Säule auf dem Königsberger Hansaplatz [Siegesplatz] schon längst von einer Skulptur gekrönt sein. Doch obwohl bereits ein Vertrag mit einem Bildhauer geschlossen worden war, schwelt seit fünf Jahren ein Streit um die Siegessäule. Aus wahltaktischen Gründen wurde er nun zugunsten der Kriegsveteranen entschieden.



Noch ohne Siegesorden, Engel oder Storch als Krönung: Die im Jahre 2006 aufgestellte Siegessäule Bild: Tschernyschew

Seit vielen Jahren wurde immer wieder darüber diskutiert und zum Teil heftig gestritten, welche Skulptur die Siegessäule auf dem Hansaplatz krönen soll. Die Säule aus rotem, afrikanischem Granit wurde im Jahr 2006 aufgestellt. Damals gab es eine öffentliche Ausschreibung für die Figur, welche die Spitze zieren sollte. Der Bildhauer Alexander Rukawischnikow gewann den Wettbewerb. Er schlug vor, den unteren Teil der Säule mit Flachreliefs zu schmücken, die Kampfszenen zeigen, und die Spitze mit einem Siegesengel zu versehen, der in der linken Hand einen Speer hält und in der rechten einen Siegeskranz. Die Künstlerwerkstatt bezifferte die Kosten auf umgerechnet rund 1,9 Millionen Euro.

Ein Jahr später wurden an der Säule bronzene Flachreliefs angebracht, auf denen die Ikone des Georgij Pobjedonosez (Georg der Sieger) und der sowjetische Siegesorden, der höchste militärische Verdienstorden der UdSSR, dargestellt sind. Das Säulenende blieb hingegen leer. Es folgte ein fünf Jahre dauernder Streit um die Skulptur, an dem sich neben Politikern der Stadt und des Gebiets Architekten sowie Vertreter der Gesellschaft beteiligten. Eine für alle annehmbare Lösung fanden sie nie. Die Vertreter der Stadt sagten, im Haushalt gäbe es nicht so viel Geld für die Skulptur. Darüber hinaus hatte sich ein hitziger Streit um die künstlerische Gestaltung entfacht. Vertreter der orthodoxen Kirche unterstützten die Idee der Engelfigur, während die Kriegsveteranen und Teilnehmer am Sturm auf Königsberg für den Siegesorden stimmten.

Vor kurzem fand eine Sitzung des Kulturrats beim Gouverneur statt, auf der unter anderem die Frage der Fertigstellung der Siegessäule erörtert wurde. Die Veteranenvertreter brachten noch einmal ihre Argumente für die Anbringung des Siegesordens als Krönung der Säule vor. Auf dem Platz gebe es genügend orthodoxe Symbole, ein Symbol des Sieges hingegen nicht.

Der Königsberger Stadtarchitekt Oleg Kuperdjajew wies darauf hin, dass die Stadt den mit Rukawischnikow geschlossenen Vertrag nicht einseitig lösen und die bestellte Variante abbestellen könne. Dieser Umstand habe es bisher auch verhindert, andere Varianten als einen Engel in Betracht zu ziehen.



Siegesorden der UdSSR

Swetlana Siwkowa, Direktorin des Ozeanmuseums, unterstützt die Idee, die Säule mit einem Storch zu krönen, wie es der Bildhauer Schewzow vorgeschlagen hatte. Er hatte seinen Vorschlag damit begründet, dass der Storch Frieden und Ruhe symbolisiere. Diese Variante hätte tatsächlich die Anhänger des Siegesordens und des Engels befrieden können.

Schließlich sah Gouverneur Nikolaj Zukanow sich genötigt, eine schnelle Lösung herbeizuführen. Er schlug vor, dass in den nächsten zwei Monaten Anhörungen und Lesungen aller interessierten Seiten durchgeführt werden. Der Gebietschef versprach, mit Mitteln aus dem Regionalbudget auszuhelfen, falls die Stadt nicht genügend Geld haben sollte, die Skulptur, für die man sich schließlich entscheidet, bauen zu lassen.

Schon nach wenigen Tagen wurde jedoch klar, dass es sich nicht lohnte zu warten. Auf einer ordentlichen Sitzung des Kreisrats haben die Königsberger Abgeordneten eine Entscheidung darüber angenommen, was die Siegessäule schmücken wird. Bürgermeister Alexander Jaroschuk erklärte mit unverhohlenem Enthusiasmus, es werde der Siegesorden sein. Darüber hinaus wird die Säule ein Flachrelief mit Gedenktafeln zieren. Das bedeutet, dass die Veteranen ihre Forderung durchgesetzt haben. Aus politischer Sicht überrascht diese Entscheidung nicht, denn so wie Jaroschuk wissen viele, dass die Rentner und Veteranen ein wichtiges Wählerpotenzial bilden. In nächster Zeit stehen einige Wahlen an, unter anderem die Wahl des Bürgermeisters.

Jurij Tschernyschew

Torso entdeckt

Schindekopf-Statue vom Rathaus in Labiau

Am Stadtrand von Labiau ist das Mittelstück der Statue des Komturs und späteren Ordensmarschalls Henning Schindekopf gefunden worden, die einst als eine von vier Statuen das Rathaus der Kreisstadt zierten. Es fehlen weiterhin der Kopf und die Unterschenkel samt Füßen. Die vier Rathausfiguren stellten außer Schindekopf den Amtshauptmann Hildebrand von Nettelhorst, den Großen Kurfürsten und Paul von Hindenburg dar. Sie waren von dem Königsberger Bildhauer Walter Rosenberg für die Fassade des Rathauses in Labiau geschaffen worden. Der 1882 in Königsberg geborene Bildhauer und Künstler der im April 1945 den Freitod wählte war in vielen Städten Ostpreußens künstlerisch tätig. Das Rathaus wurde nach dem Entwurf des Königsberger Architekten Lokke erbaut, der Grundstein wurde 1929 gelegt. 1932 wurde es dann, später als geplant, im Februar in Betrieb genommen. Die Baukosten betrugen rund 250000 Reichsmark. Von dem imposanten Gebäude ist nichts geblieben außer dem Fundament – und dem nun gefundenen Torso. *KG Labiau*



Bild: privat

Torso der Schindekopf-Statue

»Abschied«

Mehrheit für Vertreibung schrumpft

Bernd Posselt, Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe und CSU-Europaabgeordneter, hat jüngste Umfragenergebnisse begrüßt, wonach so viele Tschechen wie nie zuvor gegen die Vertreibung der Sudetendeutschen und gegen die Beneschdekrete, die diesen zugrunde liegen, eingestellt sind. Damit habe „der tschechische Abschied von diesen Unrechts-Akten begonnen“. Zwar sei noch eine knappe Mehrheit von 49 Prozent für die Dekrete und 42 Prozent verträten nach wie vor die „ungeheuerliche, aber als Erblast der kommunistischen Propaganda und des schlechten Gewissens erklärbare Auffassung, dass die Vertreibung gerecht gewesen sei“. 39 Prozent hielten allerdings die Vertreibung für ungerecht. Als besonders erfreulich wertet Posselt die Tatsache, dass bei jenen unter 30 Jahren die Rechtfertiger der Vertreibung erstmalig unter ein Drittel gesunken seien: „Das ist zwar immer noch objektiv betrachtet schockierend hoch, doch die Tendenz zu einer menschlicheren Haltung ist massiv sichtbar.“

> Posselt begrüßt Umfrageergebnisse in der Tschechei

Dies ermutige die Sudetendeutschen, ihren Kurs des Dialoges und der Verständigung weiter zu gehen: „Nur wer das Denken verändert, kann die Wirklichkeit verändern und die Ressentiments, egal auf welcher Seite sie bestehen, überwinden. Dies ist und bleibt die Politik der Sudetendeutschen Volksgruppe, der auch die beiden Besuche mit Horst Seehofer in Prag dienten.“ *PAZ*

Fahrt nach Masuren

Pastor Fryderyk Tegler führt vom 4. bis 15. Juni eine Studienfahrt nach Masuren durch. Von Scharnebeck bei Lüneburg geht es über Gnesen, Thorn, Osterode und Allenstein nach Sensburg. Auf dem Programm stehen unter anderem Besichtigungen von Lötzen, Rhein, Allenstein, Osterode, Nikolaiken, Rudczanny-Nieden, Eckersdorf, Röel, Rastenburg, Heiligelinde, Hohenstein, der Wofsschanze, der geneigten Ebene und der Marienburg. Eine Tagesfahrt nach Königsberg steht ebenso auf dem Programm wie Gottesdienste und Konzertbesuche, Kontakte zu der Deutschen Minderheit, Lagerfeuer, Kutsch- und Schiffsfahrt sowie eine Stakerfahrt auf der Kruttinna. Auf der Rückfahrt werden Danzig, Zoppot, Kolberg und Stettin besucht. Nähere Informationen erteilt Pastor Fryderyk Tegler, Hauptstraße 1a, 21379 Scharnebeck, Telefon/Fax (04136) 910573, Mobiltelefon 01715045487. *PAZ*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

diese Ausgabe trägt ein Datum, das sich in vielen unserer älteren Leserinnen und Leser eingegraben hat und in jedem Jahr wieder auflebt. Es ist der 21./22. Januar, und an diesen eiskalten Wintertagen vor nunmehr 67 Jahren begann die große Odyssee, die uns zum Verlassen der Heimat führte – ohne Heimkehr, wie wir nun bitter feststellen müssen. Trotz der langen Zeitspanne, trotz Neubeginn, trotz bewältigter Lebenskrisen blieben diese Tage unvergessen. Das besagen die Briefe, in denen viele Landsleute ihre Flucht schildern und Fragen stellen, denn die meisten waren damals noch im Kindesalter und Erinnerung und Berichte passen manchmal nicht zusammen. Mit einer kleinen Gedächtnisstütze wollen wir deshalb beginnen, die nicht nur für die Erlebnisgeneration hilfreich ist. Auch für Nachgeborene werden die hier aufgeworfenen Fragen somit transparenter.

Am 13. Januar 1945 beginnt der Großangriff der Russen mit sieben Armeen auf Ostpreußen, Stoßrichtung Königsberg, zwei Tage später Vorstoß an der linken Flanke auf Elbing/Weichselmündung. Beginn der Flucht aus frontnahen Gebieten, der Aufbruch erreicht zwischen dem 20. und 30. Januar seinen Höhepunkt. Allgemeine Fluchtrichtung: Weichselübergänge. Im nördlichen Teil erreicht die Flüchtlingswelle Pillau, am 25. beginnen die Seetransporte. Am 27. Januar erreichen die sowjetischen Angriffsspitzen das Frische Haff bei Tolkemit, Ostpreußen ist abgeriegelt, die Fluchtwege über die Weichsel sind versperrt. Der letzte Fluchtweg über Land führt über das Haff und die Frische Nehrung nach Danzig/Gotenhafen, wo die Seetransporte beginnen. Als am 27. Januar Königsberg unter Artilleriebeschuss der Sowjets gerät, flieht, wer kann, in Richtung Pillau, wo sich am Kai die Menschenmassen stauen.

Wie es damals bei der größten maritimen Rettungsaktion aller Zeiten zuging, berichtet eine Leserin in einer kaum glaubhaften Geschichte, die zu der schönsten unserer Ostpreußischen Familie gehört. Obgleich sie schon vor einigen Jahren aufgeschrieben wurde, hat sie nicht an Dokumentationswert verloren, im Gegenteil, denn gerade den nachfolgenden Generationen vermittelt sie einen intensiven Einblick in das damalige Geschehen, wie kein Geschichtstext es je könnte. Er zeigt, wie nicht nur das Leben der Flüchtlinge, sondern auch das der jungen Helfer eine Zäsur erfuhren, deren Schnittfläche selbst nach Jahrzehnten noch nicht vernarbt ist. Leiten wir mit dieser Extra-Geschichte die Zeit der Erinnerungen an diesen bitterkalten Winter 1945 ein, die unsere nächsten Familienseiten mitbestimmen werden. (Siehe Beitrag unten.)

Genau auf den 21. Januar 1945 bezieht sich die Frage von Herrn **Hartmut Krause** aus Oyten. Im Rahmen seiner Aktivitäten für die Kreisgemeinschaft Mohrungen und durch Schriftwechsel mit dem Autor des Buches „Letzte Flüchtlingszüge aus Ostpreußen“, Herrn **Heinz Timmreck**, ist er auf eine Lücke in seiner eigenen Biografie gestoßen und sucht daher Zeitzeugen. Seiner Erinnerung nach hat er als Sechsjähriger mit seiner Mutter am Abend des 21. Januar mit einem Zug Mohrungen verlassen. Mutter und Sohn waren von der Veitstraße zum nahen Bahnhof gelaufen, und als sie dort einen Zug aus offenen Loren und einigen geschlossenen Wagen sahen, sind sie auf eine der Loren geklettert und haben sich dort bei eisiger Kälte von -17 Grad auf den Boden gekauert. „Es ist ja nicht weit bis Marienburg“, hat die Mutter ihren Jungen getröstet, dem sich diese Fahrt so tief in die Erinnerung eingegraben hat, dass ihm noch heute die vielen unerklärlichen Halts auf der Strecke und die Rufe „Feuer aus, Licht aus!“ gegenwärtig sind. In dem erwähnten Buch erklären nun verschiedene Zeitzeugen, dass am Sonntag, dem 21. Januar 1945, kein Zug von Mohrungen abgefahren sei. Es wird jedoch von Flüchtlingszügen und einem Lazarettzug berichtet, die am folgenden Tag, dem 22. Januar, Mohrungen verlassen hätten und die in ein Zugunglück, das bei Grünhagen geschah, verstrickt gewesen seien. Und nun kommt durch eine Leserzuschrift zu diesem Buch die Aussage einer Frau aus Hohenstein ins Spiel, die ebenfalls von einer Zugfahrt in offenen Loren berichtet. Es soll der Zug von General **Andrej Wlassow** gewesen sein, der am Morgen des 21. Januar auf dem Bahnhof Horn stand. Als der General die vielen Flüchtlinge sah, zögerte er nicht lange und befahl, dem aus geschlossenen Wagen bestehenden Zug offene Loren anzukoppeln. Am Sonntag, dem 21. Januar, verließ dieser Zug um 10 Uhr den Bahnhof Horn. Die Zeitzeugin erinnert sich, dass die russischen Soldaten deutsche Uniformen trugen, dass nachts kein Licht angemacht werden durfte und dass auch die Flüchtlinge in den Loren ständig Angst hatten, dass die sowjetische Armee den Zug entdecken könnte.

Die konkreten Fragen von Herrn Hartmut Krause an unsere Leser beziehen sich auf den Zug, mit dem er am 21. Januar abends Mohrungen verließ, in der Hoffnung, dass sich auch andere Landsleute an diesen erinnern. Wäre es denkbar, dass es sich um den „Zug Wlassow“ handeln könnte, der von Horn kommend in Mohrungen die Dunkelheit abgewartet hätte, um weiterfahren zu können? Könnte eventuell wegen dieses Zuges am 21. Januar die Strecke von Allenstein über Horn und Mohrungen bis Maldeuten für andere Züge gesperrt worden sein? Wenn der Wlassow-Zug aus geschlossenen Personenwagen wie aus Güterwaggons bestand, wäre es möglich, dass er die berüchtigte Druckerei zur Erstellung von Flugblättern mit sich führte? Eine inzwischen vom Autor beim Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam gestellte Anfrage ergab lediglich, dass sich dort keine Informationen über eine konkrete Reise General Wlassows in diesem Zug im Januar 1945 befänden. Da für Herrn Krause diese Fragen nicht nur für die eigene Lebensgeschichte, sondern auch für die Dokumentation des Geschehens in seinem Heimatkreis wichtig sind, hofft er sehr auf hinweisende oder klärende Zuschriften. (Hartmut Krause, KG Mohrungen, Erlenbruch Straße 40 in 28876 Oyten, Telefon 04207/1045.)

Bild: Archiv

Flucht mit der Eisenbahn: Ist am 21. Januar 1945 ein Zug von Mohrungen abgefahren?

Zeit und Geschehen stimmen fast überein mit der Frage, die Herrn **Alfred Schwenke** aus Windeck bis heute beschäftigt. Es geht um das bisher ungelöste Schicksal seiner Mutter **Johanna** Schwenke geborene **Sperber** aus Insterburg. Die letzten Nachrichten kamen Anfang 1945 aus Marienburg und Greifenberg in Pommern. Sie muss also mit einem der letzten Züge aus Ostpreußen herausgekommen sein und ist dann wahrscheinlich während der letzten Kampfhandlungen verstorben oder einer Krankheit erlegen. Frau Schwenke muss in Greifenberg Unterkunft gefunden haben, denn sie gibt als Adresse an: Johann-Möller-Straße 25, Haus Stenz. Ihr Sohn **Alfred** war zu jener Zeit als Luftwaffenhelfer eingesetzt und kam in russische Gefangenschaft. Seine damals 62-jährige Mutter versuchte, sich wohl alleine nach Mitteldeutschland durchzuschlagen, denn sie wollte zu ihrem Mann, der bei Verwandten in Tharand bei Dresden lebte und dort arbeitete. Vielleicht ist Frau Schwenke aber auch mit anderen Insterburgern auf die Flucht gegangen, mit Nachbarn – die Familie wohnte Georg-Friedrich-Straße 5 – oder Mitgliedern der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde, der die Familie Schwenke angehörte. Der Sohn wandte sich nun an uns mit der Frage, „ob nicht meine Mutter zur damaligen Zeit in Ihren Büchern steht“. Was er auch immer damit meint, wahrscheinlich Fluchtberichte oder Namenslisten der Transporte – wir können ihm leider nicht helfen und müssen die Frage an unsere Leserinnen und Leser weitergeben. Vor allem an die Flüchtlinge, die in Pommern den Russen in die Hände fielen, als Ende Februar der Hauptangriff der 1. Weißrussischen Front auf dieses Gebiet erfolgte und dort die „Hölle von Kolberg“ begann. Hat Frau Schwenke noch versucht, sich von dem nahe gelegenen Greifenberg westwärts abzusetzen, ist sie in Richtung Küste geflüchtet oder den Russen in die Hände gefallen? Wir haben schon öfters Fragen behandelt, die dieses furchtbare Geschehen in Pommern betrafen, deshalb könnte es möglich sein, dass Herr Schwenke einige Zuschriften erhält. Ob der Name seiner Mutter irgendwo auftaucht, ist allerdings zu bezweifeln, die Zeit fordert eben ihren Tribut! (Alfred Schwenke, Niederhausener Straße 5 in 51570 Windeck, Telefon 02292/1862.)



Ruth Geede

Bild: Pawlik

Unter den Ostpreußen, denen die Flucht nicht mehr gelang, waren viele Frauen, die in russische Gefangenschaft gerieten und verschleppt wurden. Zu ihnen gehörte die 18-jährige Königsbergerin **Ruth Schwarz**, die – nach dem „Diebstahl“ von fünf Roten Rüben – in sowjetische Straflager in Sibirien kam und erst nach insgesamt zehn Jahren unter russischer Zwangsherrschaft ihre Freiheit erhielt. Die heute in Hamburg lebende Königsbergerin hat unter ihrem späteren Ehenamen **Buntkirchen** diese Zeit in ihrem Buch „Das gestohlene Jahrzehnt“ so hervorragend geschildert, dass es mehr als eine Biografie ist, sondern durch Einbeziehung weiterer Schicksale einen hohen dokumentarischen Wert besitzt. Zu den Frauen, mit denen sie das gleiche Los teilte, gehörte auch die Königsbergerin **Elli Obitz**, die als 39-jährige Frau 1947 auf dem Schwarzen Markt in Königsberg verhaftet und zu sieben Jahren Arbeitslager wegen Spekulantentums verurteilt wurde. Frau Buntkirchen lernte Elli Obitz 1949 in Archangelsk näher kennen, es entwickelte sich eine vertrauensvolle Freundschaft, die bis zur Entlassung der Jüngeren im Juli 1952 gepflegt wurde. Sie teilten gemeinsam die Sorge um ihre Angehörigen, von denen sie jahrelang nichts hörten. Frau Obitz hatte in Königsberg ihren elfjährigen Sohn **Erhardt** allein zurücklassen müssen, sein ungewisses Schicksal war ihre größte Sorge, und Ruth Buntkirchen nahm daran regen Anteil. Es beschäftigt sie noch heute, denn sie bat mich nun, über die Ostpreußische Familie nach ihm zu suchen, denn sie möchte ihm den authentischen Bericht zukommen lassen, den sie über die gemeinsame Zeit mit seiner Mutter in den sowjetischen Arbeitslagern geschrieben hat. Erhardt Obitz, *1936 in Königsberg, hat überlebt. Frau Buntkirchen besitzt noch eine Adresse aus den 50er Jahren: Starkenburgring 25 in Offenbach am Main. Sie hat in vielen Richtungen nach ihm gesucht, leider ohne Erfolg, vielleicht stellt er sich jetzt ein. (Ruth Buntkirchen, Uferstraße 28 in 22113 Oststeinbeck, Telefon 040/7122316.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Wie Ruth S. ihren Lebensretter wiederfand

Nach der Flucht schickte der Matrose ihr ein selbstverfasstes Gedicht – Die innerdeutsche Grenze trennte die beiden über Jahrzehnte

Erinnerungen werden durch unsere Familie immer wieder geweckt und dann werden auch die eigenen lebendig. So erging es einer nach Thüringen verschlagenen Königsbergerin, der ihr letztes Erlebnis auf ostpreußischem Boden keine Ruhe ließ. **Ruth S.** beschrieb es so in ihrem ersten Brief an uns:

„Ich stand mit meinen Eltern in einer eiskalten Nacht – es war der 28. Januar 1945 – ziemlich verlassen und hilflos im Hafen von Pillau. Soweit hatten wir es schon geschafft mithilfe eines Kohlenschleppers, aber wie sollte es weitergehen? Ringsum wimmelte es von Flüchtlingen. In dieser Situation sprach ich einen jungen Matrosen an mit der Bitte, uns doch zu helfen, auf ein Schiff zu kommen.“ Und er schaffte es, uns an Bord der „Lappland“ zu bugsieren. Ich musste an der Strickleiter der Außenwand des Schiffes hochklettern, was ich auch ohne zu zögern tat. In so einer Lage wachsen einem wohl besondere Kräfte zu! Irgendwie blieb noch so viel Zeit, dass ich unserem jungen Lebensretter die Anschrift unseres Zielortes geben konnte: Weimar. Mit seiner Hilfe glückte uns die Flucht über See.“

Ein erstes Lebenszeichen kam von dem Lebensretter im Dezember 1945. Er sandte ein Foto von sich als Matrose und legte ein selbstverfasstes Gedicht bei:

„Denk' oft an jene schwere Stunde,
wo Du verlassen, was Du als Kind geliebt.
Wo Du als Freund mich hast gefunden,
dem Gott die Kraft zur Hilfe gibt.
Mein Lebensweg, es war kein guter,
als Du mich sahst in jener Nacht.
Sieh Du in mir den eigenen Bruder
Und frag' mich nie, was ich vordem gemacht.
Der Krieg, er machte mich zum Soldaten,
als dieser tat ich meine Pflicht.
Du weißt es, Schwester, was wir taten,
verurteil' Du mich bitte nicht!“

Es waren Zeilen, die irgendwie von Schuld sprachen, unter der damals nach dem furchtbaren Krieg so manch ein junger Mensch zu leiden glaubte, weil sie ihm zudiktiert wurde. Aber, was ihn auch immer zu diesen Zeilen veranlasst hatte: Er war für Ruth aus Königsberg zum Retter geworden. Das Gedicht an jene Nacht in Pillau hatte sie aufgehoben sowie seine Anschrift in Frankfurt-Schwanheim.



Bild: Archiv

Pillau: Hier kreuzten sich die Wege von Ruth S. und Bernd H.

Nach dem Mauerfall – zuvor hatte es keine Verbindung mehr gegeben – war es der Schreiberin ein großes Bedürfnis, diesem Mann und allen namenlosen Helfern zu danken, die uns Flüchtlingen in jenen schweren Stunden beigestanden hatten. Oft hatte sie sich gefragt, ob und wo **Bernd H.** noch leben mochte. Mit dieser Frage wandte sie sich nun an uns.

Wie sollten wir diese über unsere Ostpreußische Familie vermitteln? Der Gesuchte stammte ja nicht aus unserer Heimat, er war Hesse. Der einzige Anhaltspunkt war die alte Anschrift in Frankfurt. Ich bat deshalb unsere Leserinnen und Leser aus diesem Raum, nach dem Mann zu forschen. Vielleicht ergaben sich ja noch andere Fingerzeige.

Die Antwort von Frau S. kam schon zwei Wochen später:

„Mir ist es ein großes Bedürfnis, Ihnen von ganzem Herzen zu danken. Es stellten sich nämlich Reaktionen ein, mit denen ich nie gerechnet hatte. Vier Frankfurter Leserinnen des *Ostpreußenblattes* suchten sofort und fanden die neue Adresse des Gesuchten. Sie benachrichtigten ihn, schickten ihm sogar den Zeitungsausschnitt und gaben auch mir Nachricht.

Wenige Tage später traf ein Brief von dem total Überraschten bei mir ein. Er schrieb sehr nett und liebenswürdig, auch ein Stück seiner Lebensgeschichte. Und mein altes Herz klopfte wie verrückt. Inzwischen hat er auch einen langen, dankbaren Brief von mir erhalten.“

Und es ergab sich noch mehr für die glückliche Frau. Eine ehemalige Mitschülerin schrieb ihr, dass sie sich gut an sie erinnere und nannte auch weitere Namen aus der Schulzeit. „Leider muss ich gestehen, dass über diese Zeit die meisten weißen Flecken in meiner Erinnerung entstanden sind. In den vergangenen Jahrzehnten hat doch hier niemand nach mir gefragt und mit wem sollte ich sprechen? Ich hoffe, jetzt noch aus meiner Vergangenheit herauszufinden, was mich seit langem bewegt und beschäftigt.“ Ja, das war die Geschichte von Ruth S. und ihrem Lebensretter. Ich bin froh, sie hier so ausführlich erzählen zu können. Denn aus ihr spricht ja der Dank an alle unsere Retter auf See.

Auch der meine. Denn auch ich stand mit meiner Mutter in jener Nacht am Kai in Pillau zwischen Zehntausenden von Schicksalsgefährten. Und auch ich hatte Retter, denen ich nie danken konnte, weil sie namenlos geblieben sind.

R.G.

Wir gratulieren ...

ZUM 99. GEBURTSTAG

Korinth, Hildegard, geb. **Hagen**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 23. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Krause, Erwin, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 28. Januar

Zink, Maria, geb. **Potreck**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 20. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Wackermann, Anna, aus Bobern, Kreis Lyck, am 23. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Schaar, Margarete, geb. **Lamb**, aus Fuchshagen, Kreis Ebenrode, am 28. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Arndt, Hilde, geb. **Berger**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 13. Januar

Bielmann, Anny, geb. **Fahlke**, aus Heiligenbeil, Bismarck-Straße 25, am 22. Januar

Hummeke, Auguste, geb. **Heinrich**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 23. Januar

Ohnesorge, Erwin Georg, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 22. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Panne, Annemarie, geb. **Pruess**, aus Ebenrode, am 25. Januar

Urban, Heinrich, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 29. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Elksnat, Helene, geb. **Danner**, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 29. Januar

Klingen, Hildegard, geb. **Schattner**, aus Kinderhausen, Kreis Ebenrode, am 28. Januar

Stepputtis, Agathe, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Januar

Wedlewski, Artur, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 24. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Albrecht, Hanna, geb. **Kunigkeit**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 28. Januar

Dietrich, Gertrud, geb. **Tiedtke**, aus Schwarzstein, Kreis Rastenburg, am 26. Januar

Grossmann, Erika, geb. **Piwko**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 27. Januar

Kondritz, Hedwig, geb. **Falkuß**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 24. Januar

Korth, Walter, aus Neidenburg, am 28. Januar

Ludwig, Anni, geb. **Schött**, aus Alt Passarge, Kreis Heiligenbeil, am 28. Januar

Marienfeld, Martha, geb. **Przetak**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 25. Januar

Perschel, Elli, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 25. Januar

Reschke, Hildegard, geb. **Wenk**, aus Heiligenbeil, Herzog-Albrecht-Straße 2, am 20. Januar

Schmidt, Magdalena, geb. **Stern**, aus Neidenburg, am 23. Januar

Thomas, Margarete, geb. **Petrunk**, aus Biegiethen, Kreis Samland, am 29. Januar

Uhlig, Ursula, geb. **Burger**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 28. Januar

Werner, Horst, aus Lengen, Kreis Ebenrode, am 25. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Boeck, Werner, aus Doblienen, Kreis Elchniederung, am 25. Januar

Grottschreiber, Geesche, geb. **Walter**, aus Lötzen und aus Lyck, am 28. Januar

Kositzki, Charlotte, geb. **Patz**, aus Friedrichsthal, Kreis Ortelsburg, am 23. Januar

Laborge, Erich, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 24. Januar

Link, Ernst, aus Heiligenbeil, Bismarck-Straße 18, am 22. Januar

Mannke, Hildegard, geb. **Sablotny**, aus Neidenburg, am 23. Januar

Matheus, Gerda, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 23. Januar

Möller, Helene, geb. **Grigo**, aus Reichenstein, Kreis Lötzen, am 17. Januar

Moritz, Alfred, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 29. Januar

Palm, Gertrud, geb. **Kyewski**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 27. Januar

Schieschang, Herta, geb. **Marzinowski**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 25. Januar

Schläger, Gertrud, aus Lyck, Bismarckstraße 59, am 27. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Adermann, Werner, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 25. Januar

Bercz, Gerda, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 25. Januar

Burmeister, Anita, geb. **Alexy**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 21. Januar

Fröhlich, Gertrud, geb. **Wedler**, aus Motzfelde, Kreis Elchniederung, am 26. Januar

Gerdes, Ernst, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 27. Januar

Grieschat, Charlotte, aus Ebenrode, am 28. Januar

Häring, Martha, geb. **Weißenberg**, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 26. Januar

Huebner, Kurt, aus Lötzen, am 27. Januar

Kellmann, Antonie, geb. **Piwek**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 28. Januar

Kunter, Charlotte, geb. **Dossmann**, aus Ebenrode, Goldaper Straße, am 26. Januar

Ledrat, Hildegard, geb. **Böhnke**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 26. Januar

Melenk, Siegfried, aus Ossafelde, Kreis Elchniederung, am 25. Januar

Paukstat, Edith, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 28. Januar

Sareyko, Lieselotte, geb. **Clemens**, aus Metgethen, Kreis Samland, am 28. Januar

Schloemp, Edith Vera, geb. Kasprzyk, aus Neidenburg, am 29. Januar

Schwerin, Ilse, geb. **Lücke**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 27. Januar

Sonnenstuhl, Alfred, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 9. Januar

Thimm, Paula, aus Schleusen, Kreis Ebenrode, am 26. Januar

Wermke, Eva, geb. **Hellwig**, aus Heiligenbeil, Am Sportplatz 4, am 24. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bergatt, Dietrich, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 26. Januar

Birkner, Werner, aus Schaberau, Kreis Wehlau, am 27. Januar

Dahl, Hildegard, geb. **Parrotta**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 25. Januar

Gerlach, Herta, geb. **Szielenkewitz**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 24. Januar

Gränitz, Liselotte, geb. **Aschmonat**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 24. Januar

Grams, Trutchen, aus Groß Klingbeck, Kreis Heiligenbeil, am 18. Januar

Grünberg, Dora, geb. **Kamann**, aus Mühlenkreuz, Kreis Elchniederung, am 24. Januar

Hagen, Elfriede, geb. **Langguth**, aus Struben Abbau, Kreis Neidenburg, am 25. Januar

Hahne, Ursula, geb. **Prena**, aus Heiligenbeil, Wiener Ring 23, am 29. Januar

Huebenthal, Martha, geb. **Reinecker**, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, am 29. Januar

Jakstadt, Ernst, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Januar

Jonischkat, Ewald, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 25. Januar

Klotzki, Willi, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 16. Januar

Konradt, Heinz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 25. Januar

Latossek, Alma, aus Neidenburg, am 28. Januar

Liemant, Herbert, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 29. Januar

Marewski, Eitel, aus Groß Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 29. Januar

Mekwinski, Hildegard, geb. **Lissek**, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 23. Januar

Milachowski, Ruth, geb. **Grigat**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 25. Januar

Röder, Margarete, geb. **Hoffmann**, aus Schreitlacken, Kreis Samland, am 24. Januar

Schmökel, Gerda, geb. **Wiemer**, aus Haselgrund, Kreis Ebenrode, am 25. Januar

Schulte, Elsa, geb. **Grohnert**, aus Heiligenbeil, Claus-von-Pape-Weg 2, am 24. Januar

Steenfatt, Lieselotte, geb. **Kullak**, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 23. Januar

Voelkl, Elfriede, geb. **Slawski**, aus Lötzen, am 21. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Anger, Christel, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 24. Januar

Borutta, Erika, geb. **Domahs**, aus Friedrichsheide, Kreis Treuburg, am 24. Januar

Dannath-Grabs, Siegfried, aus Tilsit, am 23. Januar

Drensek, Paul, aus Turau, Kreis Johannisburg, am 25. Januar

Flögel, Edith, geb. **Clemens**, aus Wolitta, Kreis Heiligenbeil, am 17. Januar

Haedelt, Eva, geb. **Waaga**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 23. Januar

Jastremski, Dietrich, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 26. Januar

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Jelinski, Herbert, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 24. Januar

Kerl, Elly, geb. **Lemke**, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, am 19. Januar

Klusmann, Dieter, aus Neidenburg, am 25. Januar

Koehler, Wolfgang, aus Ebenrode, am 29. Januar

Konath, Käthe, geb. **Slopianka**, aus Baldenofen, Kreis Neidenburg, am 24. Januar

Laddach, Christel, geb. **Weissmann**, aus Sulimmen, Kreis Lötzen, am 24. Januar

Lange, Annelore, geb. **Achenbach**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 25. Januar

Lindenau, Reinhild, geb. **Turowski**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 27. Januar

Maier, Annemarie, geb. **Wolff**, aus Neidenburg, am 25. Januar

Mayer, Gerhard, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 29. Januar

Müller, Heinz, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 23. Januar

Nagel, Ursula, geb. **Kühn**, aus Plein, Kreis Elchniederung, am 28. Januar

Neitz, Alfred, aus Buschfelde, Kreis Ebenrode, am 29. Januar

Neumann, Annelore, aus Sorgenau, Kreis Samland, am 26. Januar

Schwarz, Herbert, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 24. Januar

Slppianka, Ewald, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 25. Januar

Spittka, Friedrich, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 27. Januar

Thönissen, Magdalene, geb. **Thal**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 22. Januar

Volkmann, Franz, aus Rossen, Kreis Heiligenbeil, am 16. Januar

Zacher, Rosemarie, geb. **Wittke**, aus Heiligenkreuz, Kreis Samland, am 29. Januar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bacher, Werner, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, am 21. Januar

Heyden, Christel, geb. **Polixa**, aus Rodenau, Kreis Lötzen, am 18. Januar

Pastowski, Gerhard, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. Januar

Rohde, Rudolf, aus Heiligenbeil, Bäumer-Weg 4, am 22. Januar



Suffa-Paulus, Werner, aus Königsberg-Maraunenhof, und Frau Helga, am 5. Januar

Noch bis zum 11. März im Ostpreußischen Landesmuseum: Ausstellung **„Samonienen und Tollmingkehmen – Gutsalltag im östlichen Ostpreußen“**

Auflösung des kleinen Preisrätsels

Herzlichen Dank allen Lesern, die an unserem kleinen Preisrätsel teilgenommen haben. Die richtige Lösung war

„Mohrungen“

Die Preise in Form von Geschenkpackungen mit Königsberger Marzipan sind den Gewinnern bereits zugeschickt worden. Sollten Sie zu denen gehören, die dieses Mal nicht gewonnen haben, so seien Sie jetzt schon auf unser nächstes Preisrätsel hingewiesen, das Ihnen auch wieder viel Freude bereiten soll. Nochmals allen Teilnehmern herzlichen Dank!

Geschäftsstelle der Ostpreußischen Kulturstiftung
Postfach 17
91791 Ellingen

Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunschseite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten.

Eine Bitte zum Schluss: Da es der Redaktion aus organisatorischen Gründen leider nicht möglich ist, eingehende Post an die Jubilare weiterzuleiten, bitten wir Sie, sich an die jeweiligen Heimatkreisgemeinschaften zu wenden. Ihre *PAZ*

TERMINE DER LO

Jahr 2012

10. bis 11. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter im Ostheim in Bad Pyrmont
13. bis 15. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Lüneburg
20. bis 22. April: Kulturseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
25. bis 28. Mai: Musikseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein
23. bis 25. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont
26. bis 28. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 21. Januar, 16.30 Uhr, Phoenix: Ostpreußens Küste.

SONNABEND, 21. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: Semperopernball 2012.

SONNTAG, 22. Januar, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

SONNTAG, 22. Januar, 20.15 Uhr, NDR: Landpartie. Elbsommer – Von Harburg bis Lauenburg.

SONNTAG, 22. Januar, 21.15 Uhr, N24: 9/11 – Die Verschwörungstheorien.

MONTAG, 23. Januar, 20.15 Uhr, Phoenix: Als der Osten noch Heimat war.

MONTAG, 23. Januar, 23.15 Uhr, N24: Endzeit – Die gefährlichsten Naturgewalten.

DIENSTAG, 24. Januar, 14 Uhr, RBB: Friedrich 300. Gala zum 300. Geburtstag von Friedrich dem Großen.

DIENSTAG, 24. Januar, 20.15 Uhr, RBB: Mein Preußen. Wo liegt eigentlich diese oft beschworene Kulturlandschaft zwischen Elbe und Oder? Eine Entdeckungsreise mit André Meier.

DIENSTAG, 24. Januar, 22.15 Uhr N24: Die Hauptstadt hebt ab – Berlins neuer Mega-Airport.

MITTWOCH, 25. Januar, 20.15 Uhr, Arte: Persepolis. Als Achtjährige erlebt Marjane die Vertreibung des Schahs aus dem Iran.

MITTWOCH, 25. Januar, 21.05 Uhr, 3sat: Diese Griechen ... Werner van Gent erklärt die Krise.

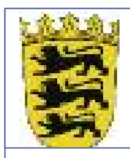
DONNERSTAG, 26. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: Duell in den Wolken. „Der letzte Flug des kleinen Prinzen“.

DONNERSTAG, 26. Januar, 21 Uhr, NDR: Karelien. Wo Russland finnisch ist.

DONNERSTAG, 5. Januar, 21 Uhr, NDR: Winter in Ostpreußens Zauberwald.

FREITAG, 27. Januar, 20.15 Uhr, RBB: Ein Abend mit Ursula Karusseit.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

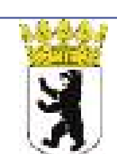
Ulm/Neu-Ulm – Donnerstag, 9. Februar, 13 Uhr, Ulmer Stuben: Fischessen. Anmeldungen bei Frau Stegmaier.



BAYERN

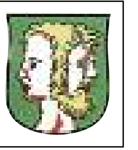
Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Starnberg – Donnerstag, 9. Februar, 15 Uhr, Bayerischer Hof: Die Gruppe trifft sich zum Faschingskranz.

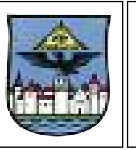


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



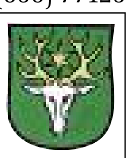
Lyck – Sonnabend, 4. Februar, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.



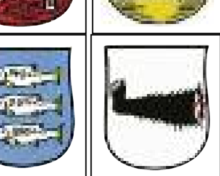

Tilsit-Ragnit / Tilsit-Stadt – Sonnabend, 4. Februar, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Rathaus, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen für Tilsit/Ragnit bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881, für Tilsit-Stadt bei Brigitta Richter, Telefon (030) 99499989.



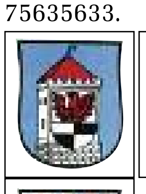
Frauengruppe – Mittwoch, 8. Februar, 13.30 Uhr, Die Wille, Wilhelmstraße 115, 10962 Berlin: Winter in Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Wehlau – Sonntag, 12. Februar, 15 Uhr, Lindengarten, Alt-Buckow 15a, 12349 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Lothar Hamann, Telefon (030) 7712354.

Gumbinnen / Johannisburg /Lötzen / Sensburg – Mittwoch, 15. Februar, 14 Uhr, Oma Brink's Kartoffelhaus, Clubraum, Gardeschützenweg 139, 12203 Berlin: Die Gruppe trifft sich zum Jahresbeginn. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



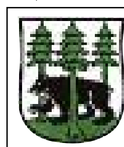

Angerburg / Darkehmen / Goldap – Donnerstag, 16. Februar, 14 Uhr, Oase Amera, Borussiastraße 62, 12103 Berlin: Sauer-süße Grüße aus Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



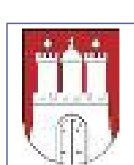
Bartenstein – Sonnabend, 18. Februar, 13 Uhr, Restaurant Heidelbeere, Heidelberger Platz 1, U- und S-Bahn Heidelberger Platz: Eisbeinessen. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.




Heilsberg / Rößel – Sonnabend, 18. Februar, 16 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee 35, 12249 Berlin: Faschingsfeier. Anfragen für Heilsberg bei Benno Boese, Telefon (030) 7215570, für Rößel bei Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600 oder Elisabeth Müller, Telefon (030) 6935721.



Rastenburg – Sonntag, 19. Februar, 15 Uhr, Rohrdamm 24b, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 21012.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 4. Februar, 11 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg (nahe S-Bahnstation Stadthausbrücke oder U 3, Station Rödingsmarkt): Neujahrsempfang der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg/Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

Hamburg/Wilhelmsburg – Montag, 30. Januar, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag. Thema: Winter in Ost- und Westpreußen.

KREISGRUPPE

Insterburg – Mittwoch, 1. Februar, 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin: Monatstreffen. Auf dem Programm steht die Kassenprüfung, die Jahreshauptversammlung und im fröhlichen Teil Gedichte, Verse und Lieder. Gäste und neue Mitglieder sind herzlich willkommen

FRAUENGRUPPE

Hamburg/Bergedorf – Freitag, 27. Januar, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Ludwig-Rosenberg-Ring 47: Neujahrsempfang und Neues aus der Heimat.

HESSEN

stellvertr. Vorsitzende: Waltraud von Schaewen-Scheffler, Wegmannstr. 1C, 34128 Kassel, Telefon (0561) 88 73 42.

Wiesbaden – Donnerstag, 9. Februar, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: **Närrischer Nachmittag mit Kreppelkaffee.** Mit von der Partie sind wieder der bekannte und beliebte Stimmungskanonen. Die Teilnehmer erwartet ein fröhlicher Nachmittag. Etwas närrisch kostümiert – und wenn auch nur mit einer lustigen Kopfbedeckung – macht es noch mal so viel Spaß. Kostenbeitrag 3 Euro und 11 Cent. – Monatliche Stammtischtreffen: Die Anfänge der monatlichen Stammtischtreffen reichen bis in die fünfziger Jahre zurück. Damals traf man sich zweimal im Jahr zum „Königsberger Fleck", einer der vielen ostpreußischen Spezialitäten. Der schnell wachsende Teilnehmerkreis verlangte sehr bald nach weiteren heimatlichen Gerichten. Diesem Wunsch folgend standen nach kurzer Zeit immer mehr Essen nach ost- und westpreußischen Rezepten auf der Speisekarte: Zunächst waren es unter anderem Königsberger Klopse, Schmandschinken, Schmandhering, Falscher Hase und Maischolle. Die Teilnehmerzahl stieg rasch an, wenn Grützwurst nach ostpreußischer Art angeboten wird, die ein Metzger eigens für die Landsmannschaft zubereitet. Bei den Stammtischen geht es nicht nur um Essen und Trinken. Die Treffen dienen auch dem geselligen Beisammensein: In gemütlicher Runde wird „plachandert", es werden Erinnerungen ausgetauscht und hin und wieder bietet sich auch Gelegenheit, dem einen oder anderen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 25. Januar, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant (Eingang Seniorenclub Stadtpark), Jasperallee: Treffen der Gruppe mit Vortrag von Hauptkommissar Vroiß über Verhaltensweisen bei Trickdiebstählen, Betrug, Enkeltricks und so weiter. Gäste sind herzlich willkommen.

Oldenburg – Bericht über die Versammlung am 11. Januar – Die Frauengruppe der Ostpreußen und Westpreußen in Oldenburg begann das Jahr mit zwei Videofilmen: eine Dia-Erzählung von Heinrich Korella über eine Reise durch das rechtsseitige Weichsel-Werder (2008) als Reiseimpressionen „Zwischen Weichsel und Haff" und ein Video „Land in der Stille", ein Film aus dem alten Ostpreußen, stimmten die Gruppe ein für ein neues Jahr ost- und westpreußischer Kulturarbeit. Der Jahresbericht über das abgelaufene Jahr 2011 und das Gedenken an die Mitglieder, die im vergangenen Jahr verstorben sind, bildeten wie immer einen festen Bestandteil des Jahresbeginns. Das Ostpreußen- und das Westpreußen-Lied nebst anderen Volksliedern umrahmten einen harmonischen, gut besuchten Nachmittag. – Beim nächsten Treffen am 8. Februar, 15 Uhr im Stadthotel Eversten wird Laelia Kaderas einen Vortrag „Die eigene Lebensgeschichte aufschreiben", halten. Der Vortrag richtet sich an alle, die schon einmal daran gedacht haben, die eigene Lebensgeschichte aufzuschreiben oder aufschreiben zu lassen und vielleicht sogar in Form eines Buches an die nächsten Generationen weiterzugeben. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.



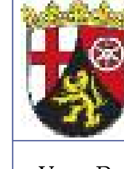
NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 2. Februar, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt. – Montag, 6. Februar, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Zusammenkunft der Frauengruppe Ost- und Westpreußen. – Donnertag, 9. Februar, 15 Uhr, Weilhelmstraße 13, 6. Stock: Ostpreußisch Platt.

Düsseldorf – Donnerstag, 2. Februar, 19.30 Uhr, GHH/Raum 312/412: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Mittwoch, 8. Februar, 15 Uhr, GHH/Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Mittwoch, 8. Februar, 19.15 Uhr, GHH/Konferenzraum: Vortrag von PD Dr. Manfred Nebelin, „Erich Ludendorff, der Stratege des Ersten Weltkrieges".

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 4. Februar, 14.30 Uhr, Heimatstube, Lutzerstraße 20: Heimatnachmittag.

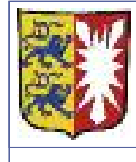
Mainz – Sonnabend, 21. Januar, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Jahreshauptversammlung. Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Totenehrung, 3. Bericht des 1. Vorsitzenden, 4. Bericht der Kassenführung, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Bericht der Frauenreferentin, 7. Verschiedenes – Aussprache, 8. Wahl des Wahlleiters und Entlastung des Vorstandes. Anschließend närrischer Heimatnachmittag mit Kreppelkaffee.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Jahresabschluss – Wie jedes Jahr hat die Kreisgruppe Chemnitz zum Jahresende eine Abschlussfeier veranstaltet. Das Interesse war sehr groß. Zur Unterstützung waren die „Freizeitmusikanten" der Arztpraxis von Frau Dr. Langer als Gäste gekommen. Sie hat mit ihrem Schwesternteam und ihrer Familie ein Unterhaltungsprogramm geboten, das alle sehr erfreute. Der Kulturkreis Simon Dach unter der Leitung von Ingrid Labuhn bereicherte diese Veranstaltung mit einem Programm über und mit dem Thema „Engel". Das ganze Jahr 2011 haben die Gruppe viele Engel begleitet und nun bittet sie darum, sie in das Jahr 2012 ebenso zu begleiten. 2012 hält für den Verein ein kleines Jubiläum bereit. Er feiert im Mai 20-jähriges Bestehen. Seit 20 Jahren bemüht sich die Gruppe nun, dass die Geschichte ihrer verlorenen Heimat den ihr zukommenden Rang in der europäischen Geschichtsschreibung bekommt. In all den Jahren haben die Mitglieder viele schöne Stunden verbracht und ebenso schreckliche Erinnerungen an Flucht und Vertreibung aus der Heimat gemeinsam verarbeitet. Alle sind bemüht, ihre Liebe zur Heimat an die Kinder, Enkel und Urenkel, aber auch an Nachbarn, Freunde und Bekannte weiterzugeben. Deshalb sind zu allen Veranstaltungen der Kreisgruppe Chemnitz Gäste herzlich willkommen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Burg – Sonnabend, 4. Februar, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Jahreshauptversammlung der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig.

Kiel – Sonntag, 22. Januar, 10 Uhr, Haus der Heimat: Preußentag. Auf dem Programm stehen folgende Vorträge: Edmund Ferner, „Die drei baltischen Staaten (historisch) unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Minderheit", Gerd Höpfner, „Heiteres und Ernstes in ostpreußischer Mundart", Gerhard Hahl, „Nordkorea, ein unbekanntes Land".

Ostpreußisches Landesmuseum: Dienstag, 7. Februar, 14.30 Uhr, **„Von Wildschützen und Mördern – Wilddieberei in Ostpreußen und anderen Revieren"** Vortrag von Dr. Christoph Hinkelmann im Rahmen der Reihe „Museum erleben".

Die Jagd hatten sich die Herrschenden vorbehalten. Dieses Prinzip galt in Ostpreußen und in ganz Mitteleuropa. Der Vortrag stellt einige besondere Fälle vor. Eintritt: 5 Euro (inkl. Kaffee und Gebäck).

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75 99 50.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATKREISEN

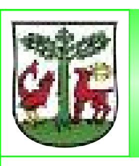
Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Herbert Monkowski, Hahnenbecke 12, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4147. Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen a. T. W., Postfach 12 09, 49170 Hagen a. T. W., Telefon (05401) 9770.

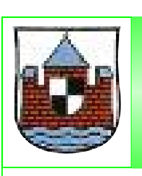
Ehrungen – Nach überwundenen Irritationen hat die Kreisgemeinschaft nunmehr zu alter Stärke zurückgefunden. Das zeigt sich in den regen Aktivitäten vieler Kreistagsabgeordneter und Mitglieder der KG, wie die aufwändige fotografische Friedhofserfassung sämtlicher Friedhöfe im alten Landkreis, ferner im bildlichen Festhalten sämtlicher Kirchen (innen wie außen) aus den 22 Kirchspielen deutscher Zeit, in den vermehrten historischen und heimatkundlichen Abhandlungen uns zugewandter Autoren, auch in den zahlreichen Heimatreiseberichten und schließlich in den vielen organisierten Heimattreffen hüben wie drüben sowie in den nicht verzichtbaren Vorstandsbegegnungen vornehmlich mit Paten und Partnern. Der neu gewählte Kreisausschuss nahm die Aktivitäten und die lang anhaltende Verbundenheit in und mit der Kreisgemeinschaft zum Anlass, dem Kreistag der KG Anträge auf Ehrungen zur Beschlussfassung vorzulegen, um anschließend Ehrungen durch den Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen herbeizuführen. Nach der erfolgten Ehrung der letzten Kreistagssitzung (hierüber verhält sich das letzte Heimatjahrbuch auf den Seiten 155 bis 157) ehrte nunmehr Kreisvertreter Herbert Monkowski mit Schreiben vom 28. Dezember 2011 im Auftrag des Sprechers der LO die nachgenannten Mitglieder in Anerkennung ihrer unermüdlichen Arbeit für die Heimat durch Verleihung des Verdienstabzeichens und übersandte Urkunden und Abzeichen der LO an Hildegard Krämer (Wartenburg), Witwe des früheren stellvertretenden Kreisvertreters Bruno Krämer, für die Einrichtung und langjährige Verwaltung der Heimatkreiskartei, an Elisabeth Laduch, geb. Sczepanski (Schönwalde) für ihre jahrzehntelange heimatpolitische Arbeit im Kirchspiel Klaukendorf, an Reinhold Lehnert (Wartenburg) für seine viele Jahre währende materielle Unterstützung der Heimatverbliebenen und an Alfred Behrendt (Johmendorf), Mitglied des Kreistages, für seine intensive Internetbetreuung. Außerdem sprach der Kreisvertreter im Auftrag des Sprechers der LO Dank und Anerkennung für Treue und Bekenntnis zur Heimat Ostpreußen durch Verleihung und Überreichung der Treueurkunde aus an die Wartenburger Jutta Mahn-cke und Brigitte Kremser. Beide gehören der Kreisgemeinschaft nahezu 60 Jahre an und haben den wechselnden Vorständen stets mit Rat und Tat zur Seite gestanden.



BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Jahreshaupttreffen 2011 – Wie in den vergangenen Jahren, fand auch diesmal das Jahreshaupttreffen in der Johanniter-Akademie in Münster statt, und zwar am 24. und 25. September 2011. Das Treffen begann mit der Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft am Sonnabend um 15 Uhr mit dem Rechenschaftsbericht des Kreisvertreters. Zum Gottesdienst am Sonntag um 8.30 Uhr waren wir wieder Gäste der nahen Heilig-Geist-Gemeinde und Gäste der katholischen Gemeinde waren auch wieder die evangelischen Braunsberger. Den Gottesdienst hielt Konsistorialrat Dr. Klaus Fischer. In seiner Predigt ging er auf die zwei Söhne ein, von denen der eine nach seinem „Nein“, im Weinberg zu arbeiten, schließlich doch hinging und die Arbeit machte. Ja, waren nicht auch wir zunächst solche „Neinsager“, die nach Flucht und Vertreibung nichts mit den heutigen Bewohnern zu tun haben wollten? Doch irgendwann kam dann die Vergangenheit in anderer Weise hervor – und wir haben dann doch Frieden geschlossen mit unseren Nachfolgern in der Heimat. Bei der festlichen Stunde um 10.30 Uhr in einem Saal der Johanniter-Akademie, es waren etwa 60 Landsleute und Freunde gekommen, konnte der Kreisvertreter Frau Welke in Vertretung des Oberbürgermeisters Markus Lewe, Frau Rietkötter als Vertreterin der Stadt Münster, die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen Münster, Roswitha Möller, Herrn Plehn von der Kreisgemeinschaft der Rößeler und natürlich auch den Festredner Herrn Monkowski begrüßen, der auch Kreisvertreter von Allenstein-Land ist. In den Begrüßungsworten sagte Frau Welke, dass die Erinnerung an die Heimat einfach lebenswichtig sei, die Heimat gebe nun einmal Identität und Unverwechselbarkeit. Und unsere Aufgabe ist immer noch, auf vergangenes Unrecht aufmerksam zu machen und so die Motivation für eine bessere Zukunft zu erhalten. In diesem Sinn bedauerte Frau Möller, dass wir nun einmal nichts an der Geschichte ändern können, so wie sie nun einmal geschehen ist. Doch können wir die Wahrheit sagen. Im Festvortrag erzählte Herbert Monkowski von seiner Aktion, die Schlacht bei Tannenberg 1410 zwischen dem Deutschen Orden und einem polnisch-litauischen Heer endlich einmal – nach 500 Jahren – aufzuarbeiten. Es gelang ihm, dazu den Hochmeister Dr. Bruno Platter des Deutschen Ordens, dessen Sitz heute in Wien ist, nach Allenstein einzuladen. Und es ging auch diesmal alles friedlich aus! Sie werden den spannenden und fundierten Vortrag im nächsten Heimatbrief finden.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, Telefon (0431) 77723.

Heimattreffen – Im April werden die drei Nachbarkreise Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit und Elchniederung ein gemeinsames Heimattreffen veranstalten, um ihrer Heimat am Memelstrom zu gedenken. Es findet am Sonnabend, dem 28. April 2012 in Halle/Saale statt. Veranstaltungsort ist das Kultur- und Kongresszentrum in der Franckestraße 1, unweit vom Bahnhof und mit eigenem Parkhaus. Einlass ist ab 9 Uhr, Beginn um 10 Uhr, Ende 17 Uhr. Ein interessantes Programm erwartet die Teilnehmer. Nach den Grußworten der drei Kreisvertreter Hans Dzieran, Dieter Neukamm und Manfred Romeike gibt es zwei Kurzvorträge über die Rückkehr des Tilsiter Käses an die Memel und über die Einweihung des Herzog-Albrecht-Denksteins. Der Ostpreußenchor Magdeburg wird mit Heimatliedern und Rezitationen in ostpreußischer Mundart die Anwesenden erfreuen. Auch das bekannte A-cappella-Ensemble Cantabile aus Tilsit wird zugegen sein. Natürlich bleibt auch ausreichend Zeit zum gemütlichen Beieinander und zum Plachandern. Die Tische sind nach Heimatkreisen, Kirchspielen und Schulgemeinschaften ausgeschildert. Der Eintritt ist frei. Für preiswerte Mittagsgerichte ist gesorgt. Im Foyer werden Bildbände, Landkarten und Heimatliteratur angeboten. Reiseveranstalter geben einen Überblick über Reisen nach Ostpreußen. Liebe Landsleute, lasst uns zusammenkommen, solange wir noch dazu in der Lage sind. Das sind wir unserer Heimat schuldig!

Ausstellungen im Oberschlesischen Landesmuseum:

29. Januar bis 16. September: **„300 x Friedrich. Preußens großer König und Schlesien“.** Eröffnung: Sonntag, 29. Januar, 15 Uhr

12. Februar bis 29. April: **„Ernst Friedrich Zwirner (1802-1861): Ein schlesischer Baumeister im Rheinland“.** Eine Ausstellung von Haus Schlesien, Königswinter. Eröffnung: Sonntag, 12. Februar, 15 Uhr

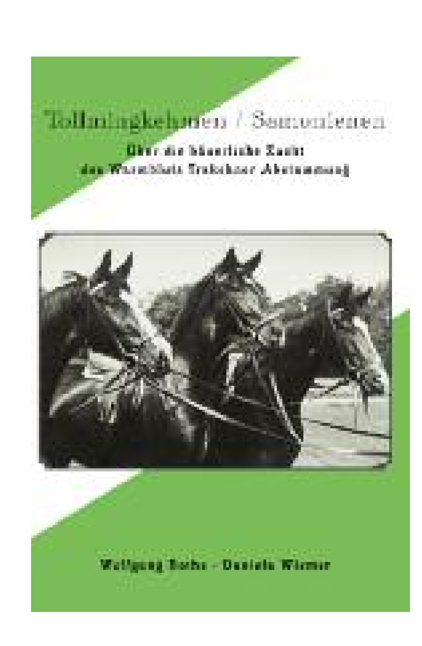
Konzert:

5. Februar, 17 Uhr. **„As you like it…“ Shakespeare-Vertonungen.** Konzert im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Folkwang-Konzerte im Oberschlesischen Landesmuseum“

Karten gibt es im Vorverkauf unter www.folkwang-uni.de/karten oder telefonisch unter (0201) 4903 231.

Von Trakehnern verzaubert

Beeindruckende Arbeit listet ostpreußische Züchterbetriebe auf



Nahezu sieben Jahrzehnte nach dem Verlust der heimischen Scholle widmen der Jurist und Historiker Dr. Wolfgang Rothe und Daniela Wiemer, die Tochter eines Trakehner Züchters, der ostpreußischen Warmblutzucht eine hoch interessante Arbeit. Sie komplettieren beeindruckend das umfangreich vorhandene Schrifttum unter dem Titel „Über die bäuerliche Zucht des Warmblutpferdes Trakehner Abstammung in und um Tollmingkehmen“.

Wolfgang Rothe wurde in Samonienen (Reiterhof) geboren. Er verbrachte dort die Kindheit bis zur Flucht im Oktober 1944 in einem der berühmtesten Privatgestüte Ostpreußens. Sein Vater Karl Rothe, der die benachbart gelegenen, im Familienbesitz befindlichen Güter Tollmingkehmen und Samonienen bewirtschafte, galt als hervorragender Landwirt, ideenreicher Pferdezüchter und erfolgreicher Reiter.

Sein Gestüt wurde spätestens im Jahre 1936 weltbekannt, nachdem die von ihm gezüchteten Dressurpferde Kronos unter Heinz Pollay und Absinth unter Friedrich Gerhard olympisches Einzelgold beziehungsweise Einzelsilber und dazu Mannschaftsgold gewonnen hatten.

Karl Rothe stand damit in der Tradition seines Vaters Dr. med. Otto Rothe, der als Züchter des Siegers der Olympischen Vielseitigkeit 1924, King of Heart, unter dem holländischen Reiter van de Vaart van Zijp firmiert.

Als Grundlage ihres Buches dient den Autoren das von Landstallmeister Dr. Martin Heling gerettete Register der Deckstelle Tollmingkehmen aus dem Jahre 1944. Die Deckstelle Tollmingkehmen war ausgangs des 18. Jahrhunderts auf der dortigen Domäne eingerichtet worden. Sie wurde zunächst vom Landgestüt Gudwallen, später vom Landgestüt Georgenburg aus mit Beschälern beschickt.

Ostpreußen besaß bis zum Schicksalsjahr 1944 die älteste, größte und erfolgreichste Reitpferdezucht Deutschlands. 24 000 Zuchtstuten waren bei der Züchtervereinigung, der Ostpreußischen Stutbuchgesellschaft für Warmblut Trakehner Abstammung e.V. mit Sitz in Königsberg, registriert. 750 Beschäler der Landgestüte Georgenburg, Rastenburg, Braunsberg und Marienwerder sorgten für qualitätsvolle Nachzucht. Entscheidende züchterische Impulse gingen vom 1732 gegründeten Preußischen Hauptgestüt Trakehnen aus. Die weitaus überwiegende Anzahl der zuchtaktiven ostpreußischen Stuten befand sich im Besitz kleiner und mittelgroßer Bauernhöfe. Dort verrichteten sie im Geschirr die täglich anfallenden Arbeiten. Gesundheit, Zuverlässigkeit und Fruchtbarkeit waren unverzichtbare Qualitätskriterien.

Die sprichwörtliche Treue, Härte und ständige Leistungsbereitschaft des ostpreußischen Pferdes waren das Resultat der an praktischer Nutzung ausgerichteten Selektion. 1938 gab es in der Provinz lediglich 21 Zuchtstätten, die 20 und mehr Stuten ihr Eigen nannten. Im Verlaufe vieler Jahrzehnte hatte sich ein gedeihliches Zusammenspiel zwischen den bäuerlichen Züchtern und den größeren Grundbesitzern entwickelt. Erstere verkauften ihre Fohlen im Absatzalter an Großbetriebe. Ihnen standen ausgedehnte Weidef1ächen und die entsprechenden Stallungen zur Verfügung.

Alljährlich um den Johannistag fand in Samonienen und Tollmingkehmen der Remontemarkt statt – Qualität im Vordergrund

Zu den erfolgreichen Aufzuchtstätten gehörten auch die Rotheschen Güter Tollmingkehmen und Samonienen.

Den praktischen Ablauf dieses Miteinanders schildern die Autoren eindrucksvoll. Er beginnt mit der Auswahl und dem Ankauf der Absatzfohlen auf den Bauernhöfen. Der Termin der Fohlenabnahme im Spätsommer – er durfte nicht in der Zeit des abnehmenden Mondes zum Neumond hin liegen – wurde geradezu festlich ausgestaltet. Höhepunkt im Aufzuchtbetrieb war der alljährlich in Samonienen und Tollmingkehmen – um den Johannistag herum – angesetzte Remontemarkt. Der Präses der Remontierungskommission wies unkorrekte, mit zu wenig Gangvermögen ausgestattete, konstitutionsschwache dreijährige Remonten ab; sie wurden gestoßen.

Der wirtschaftliche Erfolg des Gutsbetriebes hing wesentlich vom Resultat des Remontemarktes ab. Gern erinnert sich der Autor dieses Buches, dessen elterlicher Hof 12 Kilometer vom Veranstaltungsort entfernt gelegen war, an den Tollmingkehmer Remontemarkt, den sein Vater alljährlich mit einem halben Dutzend Aspiranten beschickte.

Das Buch enthält einen Nachdruck des Deckregisters 1944 der Deckstelle Tollmingkehmen. Der Einzugsbereich der Deckstelle ist dargestellt mit Luftaufnahmen, Ortsskizzen und Dorfstrukturen, in denen die bäuerlichen Züchterhöfe markiert sind. Überaus eindrucksvoll ist die Vielzahl bislang unveröffentlichter Fotos von Auktionspferden und Prämienkandidaten, welche die Mutter des Autors fertigte. Die Schrift ist ferner angereichert mit Ablichtungen von Verträgen, die den Erwerb der königlichen Vorwerke durch die Salzburger Kolonisten – Familie Kaeswurm – und die Weitergabe der Begüterungen an die verwandtschaftlich verbundene Familie des in Sachsen-Anhalt geborenen Mediziners Dr. Otto Rothe zu Beginn des 20. Jahrhunderts dokumentieren. Die faszinierende Geschichte der Güter Tollmingkehmen und Samonienen und des traditionsreichen Deckstellenbezirkes endet mit einer umfassenden Schilderung der Vertreibung im Oktober 1944. Das kürzlich erschienene Werk spricht nicht nur Pferdefreunde an. Es fasziniert auch Menschen, denen die Geschichte Ostpreußens am Herzen liegt. *EB*

***Wolfgang Rothe und Daniela Wiemer: „Samonienen / Tollmingkehmen. Über die bäuerliche Trakehner-Zucht“**, 352 Seiten, über 800 Fotos, Karten, Dokumente, 34,90 Euro inkl. Versand. Bestellung: bevorzugt d-wiemer@versanet.de, oder Wiemer, 24782 Büdelsdorf, Matthias-Claudius-Straße 36 und info@wolfgangrothe.de*

Gefühle ausblenden

Nur mit Strategie konnte man überleben



Dieser sehr persönliche Bericht liefert einen anschaulichen und nachdenklich machenden Eindruck der Soldatenzeit und insbesondere der Kriegserlebnisse eines jungen deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg. In dem Kapitel „Unser Dorf“ gibt er ergänzend einen sehr konkreten Eindruck seines heimatlichen Dorfes in Ostpreußen, in dem es ein berühmtes Trakehner Gestüt und eine Burg aus der Ordenszeit gab, und des Lebens als Junge in diesem ostpreußischen Dorf. Merkwürdigerweise erwähnt er seinen Namen (Georgenburg) und den der Kreisstadt (Insterburg) nicht. Er kann anschaulich und bezogen auf das Kriegsgeschehen sachlich und emotional kontrolliert erzählen. Dazu heißt es einmal überzeugend: „Man konnte nur überleben, wenn man keine Gefühle aufkommen ließ“ (S. 95).

Die wichtigste Basis für einen Bericht sind wohl flüchtige Aufzeichnungen aus der Kriegszeit, die offenbar nicht stark bearbeitet worden sind. Daraus ergeben sich dann die zweifellos vorhandenen formalen Mängel. Die Anordnung der Kapitel und die Chronologie bereiteten offensichtlich Schwierigkeiten, am Ende gibt es leichte Wiederholungen. Die zeitliche Ordnung des eigenen Werdeganges und des Kriegsgeschehens und die militärischen Aspekte sind dem Autor offenbar nicht so wichtig. Das persönliche Erleben mit Einsätzen, häufigen Einquartierungen und freundlichen Begegnungen mit Einladungen zum guten Essen und vor allem auch die häufigen Kontakte zu Mädchen und jungen Frauen stehen im Vordergrund. Auffällig sind auch die immer wieder erfolgenden Besuche in Kinos und die Aufzählung der dort gesehenen Filme. Beachtlich, wie stark er in Deutschland und Mitteleuropa durch Versetzungen, Schulungen, Einsätze, Verwundungen herumgekommen ist.

Der bescheiden formulierte Titel ist durchaus treffend. Es geht hier nicht um die Erfüllung von hohen schriftstellerischen und zeitgeschichtlichen Ansprüchen. Solche werden nicht erfüllt. Eine Reihe von Schreibfehlern hätte freilich leicht beseitigt werden können.

Autor musste die Dinge so nehmen wie sie kamen

Der Bericht ist durchaus ein gutes Zeitdokument. Er macht deutlich, dass man die Realitäten nahm und nehmen musste wie sie auf einen zukamen. Reflektionen darüber sind selten. Es galt immer die jeweilige Situation gut zu bewältigen, und er erzählt einfach wie es war. Und das auch im Sprachgebrauch der Zeit, so zum Beispiel in Verbindung mit dem 20. Juli 1944 und dem Attentat auf „den Führer“. Das gefällt, denn er bleibt damit immer in der Perspektive der damaligen Zeit und nimmt nie die rückblickende „besserwisserische“ Perspektive von heute ein, mit der man die damalige Welt nicht erfassen kann.

Helmut Sauer

***Gerhard Rothermund: Einige meiner Kriegserlebnisse aus dem zweiten Weltkrieg.** Norderstedt: Books on Demand. 109 Seiten.*

Ein Pausenapfel als Lehrmaterial

Ein geplanter Jungenstreich ging gründlich daneben – Lehrer bluffte gekonnt

Herr Baumann, unser Klassenlehrer, war ein Mann mit vielseitigen Fähigkeiten und nie versiegendem Humor. Er liebte die schönen Künste, konnte den „Faust“ und „Die Räuber“ auswendig hersagen und spielte bei allen feierlichen Anlässen das große Harmonium in der Aula der Schule – aber er machte uns auch am Reck die Riesenwelle vor. Wir Schüler bewunderten ihn. Dennoch artete unsere Hochachtung niemals in unterwürfige Verehrung aus. Im Gegenteil. Wir setzten geradezu unseren Ehrgeiz darein, Herrn Baumann durch einen gelungenen Streich zu imponieren. Zwar zogen wir zumeist den Kürzeren dabei – doch das spornte uns immer wieder zu neuen Taten an.

Hatte Herr Baumann jemand bei einem mehr oder weniger geistreichen Schabernack ertappt, dann hielt er ihm belustigt vor der ganzen Klasse eine gehörige Standpauke. Sie endete oft mit einem passenden Dichterwort, gipfelte jedoch stets in der Erkenntnis, dass es keinesfalls verboten war, einem anderen einen harmlosen Streich zu spielen – man durfte sich nur nicht dabei erwischen lassen! Und dann verdonnerte er den Missetäter zu einer literarischen Strafarbeit, die darin bestand, Schillers „Lied von der Glocke“ auswendig zu lernen.

Schillers »Lied von der Glocke« als Strafarbeit

Neben den zahlreichen Talenten und seinem oft verblüffenden Witz besaß Herr Baumann noch eine besondere Vorliebe für Obst. Vor allem Äpfel hatten es ihm angetan. So legte er jeden Morgen zu seinem Frühstücksbrot auch einen Apfel in die Schublade des Katheders. Er erhielt von uns den Namen „Pausenapfel“, weil Herr Baumann ihn stets in der großen Pause zu verzehren pflegte.

Um diese Äpfel bildeten sich mit der Zeit wahre Legenden, denn die Reihe der rotwangigen Prachtexemplare riss nicht ab. Schließlich lief sogar unserem Musterschüler das Wasser im Mund zusammen, wenn der Klassenlehrer wieder einmal einen Apfel aus seiner Aktentasche hervorholte, der augenscheinlich noch saftiger, noch rotbäckiger und womöglich noch größer war als der vom Tag zuvor.

Die einen behaupteten, Herr Baumann habe einen eigenen Obstgarten, andere wollten wissen, dass er die geheimnisvollen Äpfel noch grün kaufte, um sie dann nach einem ganz besonderen Verfahren ausreifen zu lassen. Kurz gesagt, uns gingen die Äpfel nicht mehr aus dem Kopf. Und es gab niemand in der Klasse, der nicht den geheimen Wunsch hatte, in einen solchen Pausenapfel hineinzubeißen.Doch keiner traute sich, das zu unternehmen.

Objekt der Begierde: Ein rotbäckiger Apfel Bild: Archiv

Ich hatte lange mit mir gekämpft. Eigentlich konnte doch gar nichts schiefgehen. Wenn ich mich nicht selbst verriet, würde es niemals herauskommen, wer den Apfel aus der Schublade des Katheders genommen hatte. Ich musste nur auf eine günstige Gelegenheit warten.. Sie kam schneller, als ich es ahnte. Herr Baumann wurde am Vormittag zum Direktor gerufen. Die Klassen begaben sich auf den Schulhof. Ich ging mit den anderen hinaus, sonderte mich unauffällig von ihnen ab und kehrte unbemerkt ins Klassenzimmer zurück.

Hastig trat ich ans Katheder und öffnete die Schublade. Da lag der Apfel! Rotwangig und verführerisch. Ich zögerte. Dann griff ich zu, verbarg den Apfel in meiner Hosentasche und schlich ins Kartenzimmer hinüber. Das aufgerollte, in Öl gemalte Panorama der bayerischen Alpen schützte mich vor unliebsamer Überraschung. Krachend biss ich in den Apfel. Eigentlich war es eine kleine Enttäuschung – denn diese von allen Mitschülern begehrte Frucht schmeckte genauso wie jede andere der gleichen Sorte. Doch die drohende Gefahr der Entdeckung und die außergewöhnliche Situation ließen mir den Apfel als nie gekannte Köstlichkeit erscheinen. Während der nächsten Unterrichtsstunde geschah nichts. Dann läutete die Glocke zur großen Pause. Die Zeit auf dem Schulhof dehnte sich endlos für mich aus. Es fiel mir schwer, mein Geheimnis für mich zu behalten. Denn, offen gestanden, war ich natürlich stolz auf das gelungene Wagnis. Die Spannung wuchs, als wir wieder in die Klasse zurückgekehrt waren. Ich unterhielt mich angelegentlich mit meinem Banknachbarn, blickte dabei aber unverwandt zur Tür.

Enttäuschung über Diebesgut und Blamage war groß

Endlich kam Herr Baumann herein, legte schwungvoll die Bücher für den Biologieunterricht aufs Katheder und setzte sich. Ich beobachtete ihn genau. Er schien bester Laune zu sein und begann die Stunde mit einer scherzhaften Bemerkung. Ich stutzte. Hatte Herr Baumann noch gar nicht festgestellt, dass sein Apfel vor der Pause aus der Schublade verschwunden war? Oder tat er nur so, um denjenigen zu verunsichern, der ihm den Streich gespielt hatte?

Ich saß wie auf glühenden Kohlen. Allmählich jedoch beruhigte ich mich. Was sollte mir schon passieren? Niemand hatte bemerkt, dass ich vorhin noch einmal ins Klassenzimmer zurückgegangen war. Herr Baumann, dem sonst nichts verborgen blieb, würde niemals erfahren, wer seinen Pausenapfel stibitzt hatte. Durch diese Überlegungen war ich vom Biologieunterricht völlig abgelenkt worden. Ich hörte erst wieder zu, als Herr Baumann von den häufig falsch angewandten, umweltschädlichen Mitteln zur Parasitenbekämpfung im Obstanbau sprach.

„Eigentlich wollte ich euch an einem deutlichen Beispiel zeigen, welche ungeahnten Auswirkungen dieses Verhalten für die Früchte und den Menschen selbst hervorruft“. erklärte unser Lehrer gerade. „Ich hatte deshalb einen Apfel mit einem dieser hochkonzentrierten Gifte präpariert, um ein Experiment anzustellen. Aber ich konnte ihn leider nicht mehr finden.“ Herr Baumann schloss mit einer bedauernden Handbewegung. „– na ja, wahrscheinlich habe ich den Apfel zu Hause vergessen.“

Seine Worte dröhnten wie Paukenschläge in meinen Ohren. Ich wurde kreidebleich und verspürte plötzlich eine heftige Übelkeit in mir aufsteigen. Vor meinen Augen begann sich alles zu drehen. Das erste, was ich wieder deutlich sah, war Herr Baumann, der neben mir stand. Er strahlte!

„Na also – da haben wir ja unseren Pfiffikus“, sagte er und fügte schnell hinzu: „Keine Sorge, mein Lieber. Die Geschichte mit dem Pflanzengift war natürlich nur ein kleiner Trick von mir, um herauszufinden, wer denn nun meinen Pausenapfel verzehrt hat.“ Lachen und Beifall bestätigten Herrn Baumann, dass er wieder einmal schlauer als einer von uns gewesen war. „Du weißt ja, dass ich gegen einen besonders gut ausgedachten Streich nicht das geringste einzuwenden habe“, meinte er und zwinkerte mir bedeutungsvoll zu. „Nur darf man sich dabei nicht erwischen lassen“, vollendete ich kleinlaut. „So ist es, mein Freund“, nickte Herr Baumann. Und danach sprach er die für diesen Fall bemessene Strafarbeit aus. Ich kann heute noch, ohne auch nur einmal zu stocken, Schillers „Lied von der Glocke“ auswendig hersagen.

Albert Loesnau

Stickseminar im Ostheim

Das Ostheim bietet 2012 wieder ein Frühjahrs-Stickseminar in Bad Pyrmont an. Für alle Interessierten werden die Techniken Hardanger-, Hohlsaum-, Ajour-, Weiß- und Schwarzsticken einschließlich Nadelspitzen von einer ausgebildeten Seminarleiterin zum Erlernen oder Vertiefen angeboten.

Das Seminar (vier Tage) beginnt am Dienstag, dem 27. März um 16 Uhr mit der Einführung und endet am Sonnabend, dem 27. März nach dem Mittagessen (12 Uhr). Der Komplettpreis für dieses Seminar beträgt 236 Euro im Doppelzimmer, 260 Euro im Einzelzimmer und beinhaltet Vollpension und die Seminargebühr (ohne Material). Notwendige Materialien können zu dem Seminar bei der Seminarleiterin vor Ort erworben werden. Die Jugendbildungs- und Tagungsstätte Ostheim liegt direkt in der Kurzone von Bad Pyrmont, wenige Minuten vom Kurpark und dem Schloss mit seinen wiedererrichteten Wehranlagen entfernt. Direkt gegenüber dem Haus befinden sich das Hallenwellen- und Freibad und ein öffentlicher, kostenloser Parkplatz. Die Zimmer haben fließend Wasser warm/kalt, teilweise Balkon. Die modernen Sanitäreinrichtungen befinden sich auf den Etagenfluren.

Die Anmeldeunterlagen bitte anfordern bei: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 9361-0, Fax (05281) 9361-11, Internet: www.ostheim-pyrmont.de, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Masuren-Seminar in Bad Pyrmont

Seminar „Masuren, Geschichte und Sprache“ im Ostheim Bad Pyrmont – Vom 24. bis 26. Februar findet im Ostheim das Seminar „Masuren, Geschichte und Sprache“ statt. Als Referenten konnten Prof. Dr. Bernhart Jähnig, Berlin, Dr. Stefan Hartmann, Berlin, Günter Donder, Köln, Wiktor Marek Leyk, Chef der Sejmik-Kanzlei der Woiwodschaft in Allenstein und Minderheiten-Beauftragter des Woiwodschafts-Marschalls, sowie Gerd Bandilla, Vorsitzender der Kreisgemeinschaft Lyck, die auch Veranstalter des Seminars ist, gewonnen werden. Das Seminar beginnt am Freitag, dem 24. Februar mit dem Abendessen und endet am Sonntag, dem 26. Februar nach dem Mittagessen. Die Seminargebühr beträgt 50 Euro, die Fahrtkosten werden nicht erstattet.

Anfragen und Anmeldungen zum Seminar bitte an den Kreisvorsitzenden der Kreisgemeinschaft Lyck e.V., Gerd Bandilla, St.-Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt, E-Mail: g-bandilla@t-online.de, Telefon (02235) 77394 richten.

Von Schmugglern und Pferdedieben

Oft kamen ihr die ostpreußischen Erzählungen der Mutter in Erinnerung

Es war einmal...“ so fängt fast jedes Märchen an. Auch die Geschichte, mit der ich Nele ins Reich der Träume hinüberzulotsen versuchte. „Übernimm du es doch bitte, Nele ihre Gutenachtgeschichte vorzulesen“, hatte mich Freundin Susanne gebeten. Während sie selbst in dem vom schwachen Schein der Nachttischlampe erhellten Kinderzimmer aufräumte, machte ich Nele mit Rumpelstilzchen bekannt. „ ... und so lebten sie glücklich und zufrieden bis ans Ende ihrer Tage ...“ Ich näherte mich dem Schluss. „Bist du denn noch gar nicht müde?“ fragte ich mit leisem Seufzer. Seitlich auf der Bettkante zu hocken ging doch mächtig ins Kreuz. Wildes Kopfschütteln. „Na gut, eine lese ich dir noch vor – dann wird aber geschlafen!“ „Ich mach uns inzwischen was Leckeres“, rief mir Susanne leise zu und verschwand in Richtung Küche.

Während Nele und ich erneut ins Reich der Feen und Prinzessinnen eintauchten, streifte mich für Sekunden die Erinnerung an meine eigene Kindheit. Wie Nele jetzt, so hatte auch ich einst begierig alles in mich aufgesogen, was mir an Spannendem zu Gehör gebracht wurde. Natürlich liebte ich Märchen, mehr noch aber hatten es mir die meist recht schaurigen Geschichten angetan, die meine Mutter aus ihrer ostpreußischen Heimat mitgebracht hatte. Sie selbst hatte diese als kleines Marjell von ihrer Mutter erzählt bekommen und gab sie nun an mich weiter.

Geschichten waren oft wahr, sie spielten im Ersten Weltkrieg

„Bitte, bitte, noch eine!“ Neles Stimmchen vermischte sich mit meinem eigenen fernen Kindheitsruf, übertönte ihn und stellte mich so auf festen Boden. Auf den Boden der Gegenwart.

Später, im vergrößerten gemütlichen Freundeskreis beim Wein, als das Gespräch Themen berührte, die mich nicht sonderlich interessierten, holte mich die Vergangenheit wieder ein. Einzelne Geschichten kamen mir in den Sinn. Erzählungen von einsam gelegenen Bauernhöfen, von Schmugglern, Pferdedieben und entlaufenen Zuchthäuslern. Die großen Wälder Masurens und die Nähe zur polnischen Grenze spielten eine nicht unbedeutende Rolle, ebenso die völlige Abgeschiedenheit der sogenannten Abbauten. Es waren keine der Phantasie entsprungenen Geschichten, sondern Ereignisse, die meine Großmutter entweder selbst in der Zeitung nachgelesen oder aber von Verwandten und Nachbarn erzählt bekommen hatte. Erst in späteren Jahren wurde mir bewusst, dass der Großteil dieser Geschichten in der Zeit des Ersten Weltkrieges angesiedelt war, als die meisten ostpreußischen Frauen ihre Höfe ohne den an der Front stehenden Ehemann bewirtschaften mussten.

Nur vor diesem Hintergrund lässt sich verstehen, warum zum Beispiel jene Bäuerin, die im nächsten Dorf ihre Kuh verkaufen wollte, mutterseelenallein durch dunklen Forst marschieren musste. Dass der Käufer, ein Metzger, ihr auf dem Heimweg in ebenjenem Waldstück auflauerte, um ihr Geld und Leben zu rauben – an dieser Stelle kämpfte ich jedes Mal schluckend und bibbernd gegen Angst und Tränen an. Doch gerade weil man sich dabei so schön gruseln konnte, ließ ich mir diese Geschichte immer wieder gern erzählen.

Pädagogen und Psychologen mögen diese Art von Erlebnisberichten als wenig kindgerecht verurteilen, so wie man sich ja auch über die vermeintlichen Grausamkeiten Grimmscher Märchen entsetzen kann. Geschadet haben mir diese ostpreußischen „Räuberpistolen“ jedenfalls nicht. Und auch Nele wird ein in Zorn geratenes, sich selbst in zwei Teile reißendes Rumpelstilzchen nicht verstören, kann sie sich beim Zuhören doch vertrauensvoll in meine Armbeuge kuscheln, weiß sie sich beschützt und geborgen. So wie auch ich nur nach Muttchens Hand zu greifen brauchte, wenn mich eine Gute-nachtgeschichte um den Schlaf zu bringen drohte.

Renate Dopatka

Bis zum letzten Atemzug

Für den Grafen stand fest, dass er nicht mit auf die Flucht ginge

Gemütlich brannte das Kaminfeuer, im großen Saal war es halbdunkel. Der Gutsbesitzer fachte die Glut neu an und lehnte sich in seinem Lehnstuhl zurück, bedächtig zog er an seiner Pfeife. Dabei fiel sein Blick auf die Hirschgeweihe an der Wand, die sein Vater erhalten hatte, als er 1902 zusammen mit Kaiser Wilhelm in Rominten zur Jagd war.

In dem großen Saal des Rittergutes und im Treppenaufgang hingen kostbare Bilder und Gobelins, hier befanden sich auch wertvolle Vitrinen und Sammlungen, Orden und Ehrenzeichen. Sie stammten noch aus der Zeit der napoleonischen Kriege, der Preußenkönig Wilhelm III. hatte sie an einen Urahnen anlässlich der Schlacht von Pr. Eylau verliehen. In einem alten, kleinen Holzkästchen war noch die Kabinettsorder aufbewahrt mit der persönlichen Unterschrift des Königs.

Draußen hörte man leichten, aber andauernden Kanonendonner, aber das störte den 91jährigen Rittergutsbesitzer nicht. Auch nicht die Tatsache, dass vor zwei Tagen, am 17. Januar 1945, alle seine Angehörigen, die Tochter mit Kindern und Neffen, mit den beiden Trakehnern und dem großen Pferdeschlitten, vollbeladen auf die Flucht in Richtung Pillau gegangen waren. Für ihn gab es überhaupt kein Überlegen, es war klar, er wollte, er musste hier bleiben auf dem Gutsbesitz seiner Ahnen. Sein treuer Diener kam herein und fragte nach Wünschen. Er war der einzige, der noch geblieben war, außer der alten Magd, die aber nicht mehr richtig gehen konnte.

Inzwischen war es draußen stockdunkel geworden. Langsam erhob sich der Graf und blickt auf die schweren, massiven Leuchter, die von der getäfelten Decke hingen. Kaum merklich tickte die alte Standuhr, sie zeigte kurz vor sechs Uhr. Doch der Graf stand weiter unbeweglich, er starrte auf das kunstvolle Wappen am Treppenaufgang. Seine Gedanken gingen zurück, vor 400 Jahren etwa war dieses Haus erbaut, mehrfach umgebaut und erweitert worden zu dem großen Rittergut, das es heute war. Es blieb der Stammsitz der Familie, in deren Reihen berühmte Adelige als Offiziere gedient hatten, hier wurden viele Feste gefeiert, Taufen abgehalten, Trinksprüche geklopft. Es fanden auch große Ereignisse und Festessen statt, von Hindenburg war im Februar 1915 zu Gast gewesen und hatte hier in diesem Fauteuil gesessen.

> Von Hindenburg war in den alten Mauern zu Gast gewesen

Der Graf ging an die hohen Fenster auf der anderen Seite des Saales, hier hingen alte Stiche, die Schlösser im Kurland zeigten. Seine Familie hatte Verbindungen zu den Herzögen von Biron, die bei Mitau residierten. Sinnend stand er davor, vor 1914 war er hier einmal für längere Zeit zu Besuch gewesen und hatte Kurland bereist.

Draußen war es inzwischen sehr kalt geworden, still, ganz still fielen vereinzelt Schneeflocken. Eine gewisse Feierlichkeit schien sich auszubreiten. Die alte Magd wollte gerade zum Essen bitten, als lautes Rufen, Poltern, Kommandos zu hören waren. Fremde Stimmen, Russen. Sowjetsoldaten waren in das Idyll eingedrungen.

Der alte Graf stand wie erstarrt. Er verstand nicht, wie kamen die Russen auf sein Gut, was wollten sie hier? Weswegen schrien sie Kommandos, Befehle, das Gewehr im Anschlag? Ein letzter hilfloser, verzweifelter Blick des alten Grafen an die Wand, er suchte das Bild von Hindenburg. In Tannenberg – Masuren 1915 – war es auch so gewesen.

Plötzlich waren sie im großen Saal, der Graf umringt von schreienden, fuchtelnden Soldaten, alle viel kleiner als er, der, hoch aufgerichtet, entsetzt dastand. Ein Russe schoss auf die Fahne, die im Treppenhaus stand, ein anderer warf einen Stuhl gegen den großen Wandspiegel. Abwehrend hob der Graf die Hände, wollte etwas sagen oder rufen. Die erste Kugel traf ihn genau in die linke Wange, ungläubig starrte er auf den kleinen Russen vor ihm, der jetzt noch einmal schoss. Der Graf fiel sofort um, der Diener wollte ihm zur Hilfe eilen, auch er fiel vornüber, getroffen. Klirrend stürzte das große Wappen auf den Steinboden. Die alte Magd, die plötzlich erschien, ereilte ein gnädiges Schicksal, eine MG-Salve schlug in das Treppenhaus ein.

Kurz darauf sah man aus der Ferne ein einsames, großes, altes, ehrwürdiges Gebäude im Feuerschein. Es stand in einem verschneiten, groß angelegten Park. Langsam begann das Dach seine Lage zu verändern und einzustürzen. Aber niemand sah hin. Auch nicht die russischen Soldaten, die in langen Kolonnen weiter nach Westen zogen – in Richtung Gumbinnen. *Heinz Czallner*



Alltag mit Bombenalarm

Eindrucksvolle Zeugenberichte aus der Hauptstadt im Krieg



Wenn auch nur ein feindliches Flugzeug unser Reichsgebiet überfliegt, will ich Meier heißen!", soll laut Berliner Volksmund der Oberbefehlshaber der Luftwaffe Hermann Göring in einer Rundfunkrede bei Kriegsanfang versprochen haben.

Obwohl das Zitat nirgends belegt ist, hat die Geschichte dieses Versprechen als falsch enttarnt. Nirgendwo in Europa dauerte der erlebte Krieg länger als in Berlin, das mit der Kriegserklärung an Polen am 1. September zum Ausgangspunkt des Zweiten Weltkriegs wurde. Nachdem 1940 erstmals britische Luftstreitkräfte die Stadt bombardiert hatten, begannen im Herbst 1943 anglo-amerikanische Streitkräfte mit großräumigen Flächenbombardements. Bis zum Kriegsende wurden rund eine Million Einwohner evakuiert. Zehntausende starben.

In seinem Buch „Berlin im Krieg. Eine Generation erinnert sich" betrachtet der Journalist Sven Felix Kellerhoff den Kriegsalltag aus einer bisher wenig beachteten Perspektive: aus derjenigen der Berliner Zivilbevölkerung. Die Zeit zwischen 1939 und 1945 war für sie geprägt durch Fliegeralarm und Lebensmittelrationierung, Zerstörung und Tod, Judenverfolgung und Zwangsarbeit sowie durch den Terror von Wehrmacht und SS.

„Dicht an dicht standen die Menschen, und unter dem gewaltigen Luftdruck der Bomben schwankte der Bunker wie ein Schiff auf dem Meer. Alle Menschen fürchteten sich sehr, und sogar die im Bunker anwesenden Soldaten sagten, dass sie lieber an der Front wären, als hier hilflos ausgeliefert zu sein", schildert eine Zeitzeugin bildlich ihre Angst angesichts der Bombardements. Rückblickend auf eine Evakuierung in einem Luftschutzkeller am Kurfürstendamm und das anschließende Wettrennen mit ihrer Nachbarin nach Hause notiert eine Exilrussin ironisch in ihr Tagebuch: „In Krisenzeiten zeigen sich die Berliner von ihrer besten Seite und können sehr komisch sein."

Vor allem Frauen und noch im 19. Jahrhundert Geborene kommen bei Kellerhoff – teils posthum – zu Wort, weil die meisten Männer an der Front und viele Kinder evakuiert worden waren. Tausende Berliner Kinder wurden in Pflegefamilien oder Landschulheimen in den preußischen Provinzen Posen und Ostpreußen sowie im Wartegau, dem von Deutschland annektierten Westteil des eroberten Polens, untergebracht.

> »In Krisenzeiten zeigen Berliner sich von ihrer besten Seite«

Der Autor enthüllt, dass die Eltern die sogenannte erweiterte Kinderlandverschickung keineswegs als „Angebot für eine verbesserte Sicherheit ihrer Kinder verstanden ..., sondern als Vorsorge für noch härtere Luftangriffe, vielleicht sogar mit Giftgas".

Propagandaminister Joseph Goebbels tobte angesichts solcher Spekulationen: „Wieder Gerüchte in Berlin betreffend Gasangriffe und Kinderevakuierung. Ich trete aber jetzt ganz energisch dagegen auf und lasse die Gerüchtefabrikanten einsperren."

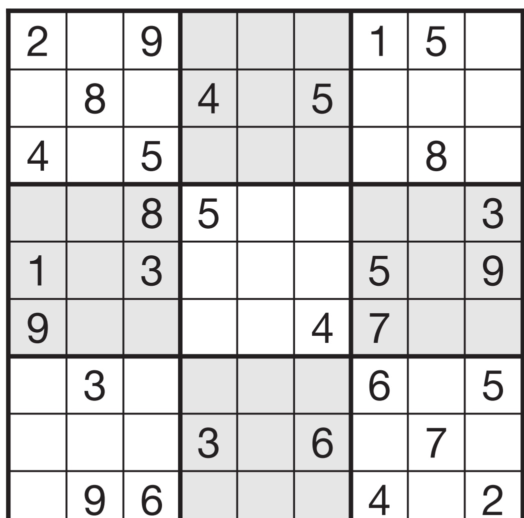
Eindrucksvoll zeigt der Journalist anhand authentischer Berichte, wie die Berliner trotz Güterknappheit und ständiger Gefahr familiäre Traditionen aufrechterhielten.

Eine jüdische Zeitzeugin schreibt über den Weihnachtsabend 1940 in ihr Haushaltsbuch: „Für die Dauer von einigen Stunden vergessen sie alle womöglich, in welcher Lage sie sind. Sie reden, genießen das Essen, sind glücklich, zusammen zu sein, musizieren vielleicht auch ein wenig. Die Scheiben spiegeln den Kerzenschein, während draußen die Schnee in dichten Flocken herabfällt und alles ganz friedlich erscheint."

Doch der Schein trog und bereits eine Woche später hielten die Leute Flugblätter englischer Autoren in der Hand, auf denen es hieß: „Prosit 1941! Das neue Jahr beginnt, und der Krieg geht weiter ...!" Noch vier Jahre sollten bis zum Einmarsch der Roten Armee und der letzten „Schlacht um Berlin" vergehen, die mit dem Selbstmord Hitlers, der Einstellung aller deutschen Kampfhandlungen und der Kapitulation Deutschlands im Kasinosaal einer Wehrmachtskaserne in Karlshorst am 8. Mai 1945 endete. In seiner umfassenden Gesamtdarstellung über den Kriegsalltag in der Hauptstadt und zahlreichen Abbildungen macht Kellerhoff ein wichtiges Stück Zeitgeschichte auch für Nachgeborene lebendig. *Sophia E. Gerber*

Sven Felix Kellerhoff: „Berlin im Krieg. Eine Generation erinnert sich", Quadriga Verlag, Berlin 2011, 382 Seiten, 19,99 Euro.

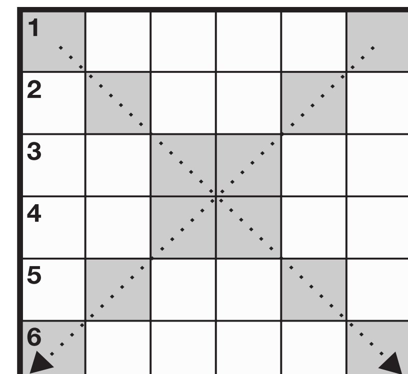
Sudoku



2		9				1	5	
	8		4		5			
4		5					8	
		8	5					3
1		3				5		9
9					4	7		
	3					6		5
			3		6		7	
	9	6				4		2

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



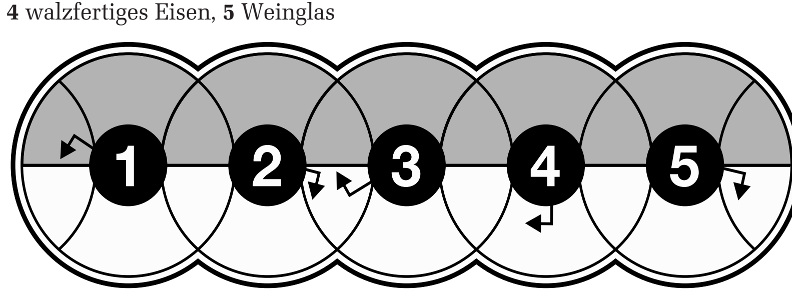
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Süßigkeiten.

1 Fleischspeise
2 Büro
3 Zeiteinheit
4 Londoner Glockenturm
5 Behälter aus Pappe
6 Wirbelsturm in Ostasien

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Abstellraum.

1 weißer Stirnfleck bei Tieren, **2** nicht innen, **3** Hauptstadt der Türkei, **4** walzfertiges Eisen, **5** Weinglas



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Braten, 2. Kontor, 3. Minute, 4. Big Ben, 5. Karton, 6. Taifun – Bonbon, Nougat

Kreiskette: 1. Blesse, 2. aussen, 3. Ankara, 4. Bramme, 5. Roemer – Besenkammer

PAZ12_03

Post für Fräulein Schlick

Schicksal einer einsamen Vertriebenen in den Nachkriegsjahren

„Es tut mir Leid, Frau Schlick, ich hab' heute nichts für Sie dabei.“ Briefträger Böttcher bedauerte es immer wieder, dass er so selten Post für Frau Schlick hatte, denn niemand wartete tagtäglich so sehnlichst auf Post wie sie. Manchmal versuchte er, sie ein wenig über die Enttäuschung hinwegzutrösten, indem er ein nettes, meist belangloses Gespräch mit ihr anfing. So hatte er im Lauf der Zeit schon einiges über sie erfahren. Sie hatte im Krieg ihre ganze Familie verloren. Über den Verlust ihres Ehemannes und ihrer beiden Söhne konnte die arme Frau nicht hinwegkommen.

Nach dem Krieg hatte es sie in diese Gegend verschlagen. In dem kleinen Vorort, wo sie ein hübsches Häuschen bewohnte, war sie nie wirklich heimisch geworden. Sie hatte wohl ein paar Bekanntschaften gemacht, aber zu einer richtigen Freundschaft war es leider nicht gekommen. Auch mit ihren Nachbarn hatte sie wenig Glück: Sie gehörten alle zu der Sorte Menschen, die schnell vorwärts kommen wollen und folglich nichts anderes im Kopf haben als arbeiten und Geld verdienen. Von solchen schwerbeschäftigten Leuten kann man natürlich nicht auch noch erwarten, dass sie sich gelegentlich um eine alte Nachbarin kümmern. Nach jedem Gespräch hatte Herr Böttcher den Eindruck, dass Frau Schlick geradezu auflebte, und das gab ihm wieder ein gutes Gefühl.

Auch diesen Morgen beobachtete Frau Schlick, die sich gerade ein wenig in ihrem kleinen Vorgarten zu schaffen machte, wie der Postbote eine Menge Post in die Briefkästen ihrer Nachbarn warf. Zur linken Seite war es diesmal sogar besonders viel: Da hatte wohl jemand Geburtstag.

„Wie herrlich muss es sein, zum Geburtstag so viele Briefe und Karten zu bekommen!“ seufzte Frau Schlick. „Ja, soviel bekomme ich auch nicht“, versuchte Herr Böttcher sie zu trösten. Gleichzeitig nahm er sich vor, ihr aus dem bevorstehenden Urlaub eine besonders schöne Karte zu schicken. „Wann haben Sie denn eigentlich Geburtstag, Frau Schlick?“ fragte er so unauffällig wie möglich, denn er hatte sich plötzlich entschlossen, diese Frau aus ihrer Einsamkeit zu reißen. Es wäre doch gelacht, wenn ihm dazu nicht etwas einfallen sollte! Warum war er bloß nicht früher auf die Idee gekommen? Der Mensch ist halt immer zu sehr mit sich selbst beschäftigt! „Ich? Am 20. August. Wieso?“ „Och, nur so. Wie wunderbar die Malven bei Ihnen wieder blühen, Frau Schlick! Ihr Vorgarten ist doch ein richtiges, kleines Paradies!“ „Ja, finden Sie? Das freut mich aber! Möchten Sie vielleicht ein paar Blumen mit nach Hause nehmen? Ich schneide Ihnen gern einen Strauß.“

> Endlich war sie allen eine Freundin und Vertraute geworden

„O, das wäre aber fein! Da wird sich meine Frau freuen. Aber wenn es Ihnen recht ist, mach ich zuerst meine Runde. Nachher hole ich die Blumen dann ab.“ „Ist recht, Herr Böttcher!“

Der Briefträger bekam am Ende seiner Runde nicht nur einen farbenfrohen Blumenstrauß, sondern auch ein Glas Likör. Und beide verzeichneten diesen Tag als sehr erfreulich.

Der erste Schritt aus Frau Schlicks Einsamkeit war getan, und es sollten bald mehrere folgen. Zu Hause sprach Herr Böttcher mit seiner Frau und den Kindern Gisela und Thomas über das Schicksal der Frau Schlick und über seine Pläne, etwas für sie zu tun.

Am 20. August kam Frau Schlick aus dem Staunen nicht heraus. Der Briefträger überreichte ihr mit betont unschuldsvoller Miene einen enormem Stoß Geburtstagskarten: Alle Freunde und Freundinnen von Gisela und Thomas hatten sich die Mühe gemacht, Frau Schlick zum Geburtstag eine Freude zu bereiten. Natürlich war auch von der Familie Böttcher eine schöne Karte dabei. Das Geburtstagskind war sprachlos.

Aber nicht nur Post bekam sie diesen Tag. Nachmittags besuchte sie die vollzählige Familie des Briefträgers. Seit Jahren hatte Frau Schlick nicht mehr einen so angenehmen Geburtstag erlebt!

Es blieb aber keineswegs nur bei diesem einen Tag. Frau Schlick lud alle ein, die ihr eine Karte geschrieben hatten – ein richtiges Fest gab sie! Sie konnte es selbst kaum fassen. Sie und ein Fest für so viele junge Leute! Die Böttcher-Kinder halfen ihr bei den Vorbereitungen. Das Fest wurde ein Riesenerfolg. Frau Schlick stellte zu ihrer Verwunderung fest, dass sie sehr gut mit den jungen Leuten reden konnte und ihren Besuchern ging es genauso.

Seitdem war Frau Schlick nicht mehr einsam. Mit der Familie Böttcher verband sie schon bald eine echte Freundschaft, und regelmäßig trat manch junge Leute bei ihr an. Diese fanden bei ihr – anders als bei ihnen zu Hause – immer ein offenes Ohr für alles, was sie beschäftigte. Für manches Problem wurde gemeinsam eine Lösung gefunden. So wurde sie auch für die jungen Leute eine unentbehrliche Freundin, die immer für sie da war und die fast immer Rat wusste. Auf Post wartete Frau Schlick kaum noch: Ihr Leben war jetzt so ausgefüllt, dass die Post nicht mehr so wichtig war.

Der Postbote Böttcher wunderte sich später darüber, mit welch einfachen Mitteln man einem Mitmenschen zu einem sinnvolleren und erfreulicheren Dasein verhelfen kann. Man muss nur auf den Gedanken kommen!

Frieda-Louise Drent

Ausweispflicht

Postbote Turowski befolgte streng die Regeln

Einschreibebriefe sind selbstverständlich auch im Postamt von Moddelkau eingegangen. Diese Behördenstelle war für drei weitere Dörfer zuständig. Sie hießen Friedrichswalde, Mettschinen und Grünbude und waren allesamt inmitten von Masuren „befindlich“, wie es damals im Amtsdeutsch hieß.

Verantwortlich für die Beförderung dieser sicheren Schreiben war der Postobersekretär Johannes Turowski. Und der übte diese Tätigkeit stets gewissenhaft sowie unter strikter Beachtung aller Dienstvorschriften aus.

> Ein Foto überzeugte den treuen Beamten

Eines schönen Nachmittags erschien der Schneidermeister Waldemar Pottek aus Grünbude auf dem Postamt von Moddelkau. Er war mit dem Fahrrad gekommen, was ersichtlich war an den Klammern an seinen Hosenbeinen. Nach kurzem Gruß sagte er: „Ich möcht' abholen einen Einschreibebrief. Weil – mich hat der Postbote nich' angetroffen heut früh.“

Johannes Turowski nickte und erkundigte sich mit gebotener Höflichkeit nach Namen und Wohnort seines „Kunden“. Dann holte er einen braunen Umschlag hervor, der ziemlich groß und dick war. „Das wird er sein“, meinte er, „die Adresse stimmt.“ „Na also“, erklärte daraufhin der biedere Schneidermeister, „und Absender wird sein der Tuchhändler Kurella aus Allenstein. Er wollte mir schicken die neuen Stoffmuster, damit ich aussuchen kann, was ich möchte kaufen bei ihm.“

Hinter dem Schalterfenster drehte der Oberpostsekretär das Kuvert um: „Ist auch korrekt. Firma Otto Kurella steht da. Aus Allenstein.“ „Denn nuscht wie her damit“, verlangte der rechtmäßige Empfänger, „ich hab's eilig ein bisschen“. Doch der Postbeamte widersprach entschieden: „Nich' so schnell mit die jungen Pferde. Erst hat man sich auszuweisen. Das is' nu mal Vorschrift!“ „Wieso ausweisen? Und womit denn? Mich kennt doch jeder hier in Moddelkau“, protestierte der Herr Schneidermeister. „Mag ja sein so“, kam es zurück, „aber es geht nich' ohne Ausweis oder ein anderes amtliches Papier. Da is' nuscht zu machen!“

Waldemar Pottek schaute ratlos drein. Dann begann er, den Inhalt jeder Tasche an Jacke und Hose zu durchforschen. Dabei entdeckte er nach längerem Suchen ein Foto, welches er von sich hatte machen lassen aus Anlass der Heirat seiner ältesten Tochter. Das reichte er durch das Schalterfenster und fragte hoffnungsvoll: „Genügt das vielleicht?“

Postobersekretär Turowski musterte das Porträt, schaute dann gute zwei Minuten lang seinen „Kunden“ an und erklärte schließlich: „Warum nich' gleich so? Das genügt, denn es stimmt genau überein, was ich sehe auf dem Bild und an der Person. Hier ist der Brief.“

Heinz Kurt Kays

Verlangen nach Schokolade schadet der Moral

Beide Eheleute wollten abnehmen – Verlockungen von außen behinderten die guten Absichten

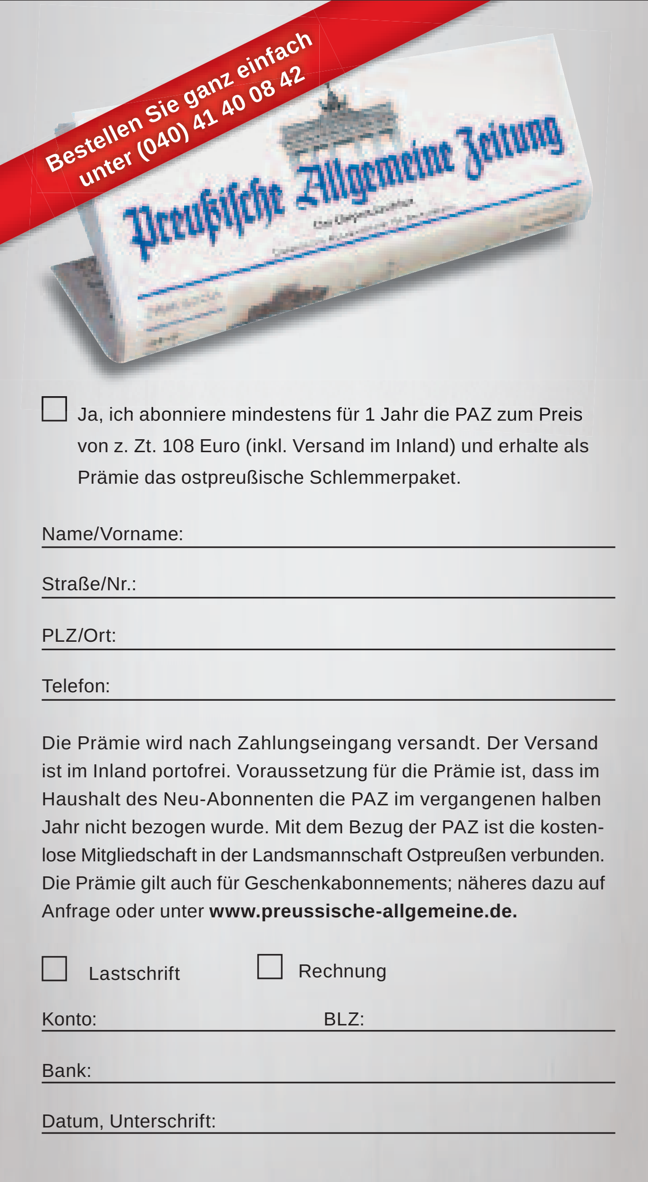
Die Eheleute hatten sich vorgenommen, eine Diät zu machen. Auf ihrer Arbeitsstelle knabberten sie an dem mitgebrachten Salat und bekamen mit jeder Minute eine längere Zunge.

Kameramann Marco rief seine Frau im Kindergarten an: „Du, die haben hier am Set ein tolles Catering aufgebaut, und ich bin eingeladen. Da kann ich doch nicht nur Wasser trinken und Knäckebrot essen.“ Silke stimmte ihm zu: „Ich habe Hunger bis zum kleinen Zeh und muss jetzt auch was Richtiges essen.“ Trotzdem wartete sie tapfer bis zum Abend. Vor dem Fernseher sitzend dachte sie immer nur das Eine: „Was esse ich denn mal?“ Süßigkeiten waren ihre Schwäche, aber leider hatte sie jede Art von Schokolade vorher entsorgt. Was jetzt?

Da fiel ihr ein, dass Söhnchen Niko noch Schoko-Plätzchen in seinem Zimmer liegen hatte, dick mit Schokolade überzogen! Sich über die Lippen leckend hastete sie zur Stätte ihres Begehrens, öffnete die Tür und horchte. Niko schlief fest. Sie schlich an sein Bett. Er würde nicht aufwachen! Auf Zehenspitzen ging sie von Regal zu Regal, immer den schlafenden Sohn im Auge behaltend. Ihre Nerven vibrierten und ihr Magen ließ ein lautes Knurren vernehmen. Sie musste nicht lange suchen. Ein hastiger Griff, das Papier knisterte ein wenig. Silke erschrak. Sie war tatsächlich im Begriff, die Süßigkeiten ihres Kindes zu stehlen. Ach was, sie würde morgen neue holen! Niko bewegte sich und drehte sich auf die Seite. Seine Mutter schlich zur Tür. Doch da warf sich das Kind wieder herum, setzte sich auf und sah sie mit weit geöffneten Augen an. „Mama?“ Ertappt blieb Silke stehen. Beinah hätte sie den Gegenstand ihres Begehrens fallen lassen. „Schlaf nur weiter, Schatz. Ich wollte gerade deine Schoko-Plätzchen verputzen. Ich bin so hungrig, entschuldige. Ich lege die Packung sofort wieder zurück. „Beschämt stand sie vor seinem Bett, stotterte herum und fühlte, wie ihr Gesicht heiß anlief. Der Kleine gähnte. „Iss sie doch, Mama, ich schenke sie dir, weil ich dich so lieb habe!“ Silke gab ihm einen zärtlichen Kuss. Sie legte die Packung zurück. Plötzlich hatte sie keinen Appetit mehr darauf.

> Beinah hätte die Mutter ihr schlafendes Kind bestohlen

Gabriele Lins





Matschwetter schlecht für Forstbetrieb

Romantik, das war einmal: Auf Rundgang im Nutzwald Colditz

„Es treibt der Wind im Winterwalde / die Flockenherde wie ein Hirt“… , dichtete Rilke. Nass, kalt und matschig hingegen war es zu Jahresbeginn im Colditzer Forst im Landkreis Leipzig. Die *PAZ* schaute Försterin Barbara Kotschmar auf ihrer winterlichen Inspektionstour über die Schulter.

Und auf einmal wird der Wald doch noch weiß. Und das, obwohl es hier noch keine einzige Schneeflocke in diesem Winter geschneit hat. Die Försterin stoppt ihren Jeep mit dem Muldentaler Kennzeichen MTL. Fast noch beim Bremsen springt die Tür auf, schon steht sie auf dem Waldweg. Jetzt, im Winter, da die Randbäume ihres Laubes entkleidet sind, kann man die teils glattweißen oder grauschwarzweißen Stämme weiter drinnen gut erblicken.

> Im Forst wurde noch bis vor kurzem Birkensaft gezapft

„Dies ist ein geschlossener Birkenwald, in dem noch bis 1996 Birkensaft gezapft wurde“, sagt sie. Was beinahe unglaublich klingt, erklärt sie sodann an einem kapitalen Birkenstamm. „Ungefähr in dieser Höhe“ – sie zeigt 40, 50 Zentimeter über dem Erdboden an – „hat man im März, April pro Stamm zwei bis drei fünf Zentimeter tiefe Löcher gebohrt. Ein hineingestecktes Metallröhrchen diente dem Abfluss. Der Saft, etwa zwei Liter pro Baum und Tag, tropfte in darunter gestellte Gläser. Abends wurde der Saft von Forstarbeitern in großen Kannen gesammelt.“ Bei 4000 angezapften Bäumen ergab das pro Jahr etwa 80000 Liter, die zur Weiterverarbeitung in der Kosmetikindustrie landeten.

„Die Löcher haben wir nach der zweiwöchigen Erntezeit wieder verpfropft. Den Bäumen schadet das nicht.“ Einen Moment lang steht Barbara Kotschmar wie gedankenverloren, als sei dies eine Besinnung auf eine für immer versunkene Waldwelt, im feinen Regen am Wegesrand. Tropfenbehangen und traurig neigen sich vergehender Fingerhut, Rainfarn und Weidenröschen im braunen Einheitsfarbton zur Erde.

Dann stützt sich die Försterin kurz am Wagen ab und klopft ihre Schnürstiefel aneinander, damit die Matsch- und Schlammklumpen abfallen. „Kein gutes Wetter für den Forstbetrieb“, sagt sie, steigt ein und fährt weiter. Plötzlich eine Vollbremsung. „Das ist ja der Gipfel“, poltert sie plötzlich los. Springt erneut aus dem Wagen, nimmt das Dilemma in Augenschein. Einer Douglasie, vor einigen Jahren angepflanzt, fehlt das obere Drittel. Es wurde abgesägt. „Da wollte einer einen Weihnachtsbaum klauen.“ Und ließ die Spitze dennoch liegen. „Wie arm muss so ein Mensch sein?“, fragt sie sich. Und meint nicht nur die Armut im Geldbeutel. Auch solch traurige Ergebnisse gehören zur winterlichen Inspektionstour eines Försters. Oder besser, einer Försterin.

Knapp ein Fünftel der damaligen Försterabsolventen in der DDR waren weiblichen Geschlechts. Seit dem 1. Januar 1985 leitet Barbara Kotschmar das Revier 05 des Staatsbetriebes Sachsenforst, das zum Forstbetrieb Leipzig gehört und 1600 Hektar umfasst. Schon ihr Vater hatte dem geschichtsträchtigen Colditzer Forst als forstlicher Leiter vorgestanden.

Der Colditzer Forst ist ein Rest des Urwaldes „Miriquidi“, was germanisch „dunkler Wald“ bedeutete. Einst hatte er sich geschlossen von den Anhöhen des Erzgebirges bis in das nördliche sächsische Flachland erstreckt. Der wohl bedeutendste deutsche Forstwissenschaftler, Johann Heinrich Cotta (1763–1844), hatte diesen Wald in 40-jähriger Aufforstung ab 1822 von einem als Weide genutzten Wald in einen forstwirtschaftlichen Nutzbetrieb umgewandelt. Berühmt geworden ist der Forst vor allem dank seines durchgängigen Schemas als „Gitterwald“: Wie auf dem Schachbrett verlaufen „Schneisen“ von Nord nach Süd und „Flügel“ von Ost nach West. Der Waldraum dazwischen hieß einst, wie in Ostpreußen auch, „Jagen“; das Wort wird, obwohl mittlerweile der Begriff „Abteilung“ dominiert, teilweise auch heute noch gebraucht.

Försterin Kotschmar fährt eine Schneise entlang. Immer wieder bremst sie vor tiefen, mit Wasser vollgefüllten Schlaglöchern ab. In der Hundebox hinten im Wagen räkelt sich „Dark“. Der vierjährige Jack-Russel-Terrier sollte eigentlich ein Jagdhund werden, ist aber eher zu einem Stromer und Ausreißer geworden: „Zwei Mal haben wir ihn schon aus dem Tierheim holen müssen.“



Försterin in zweiter Generation: Barbara Kotschmar *Bild: Bertram*

Plötzlich leuchtet rechter Hand aus dem Fichtendunkel, in etwa 200 Metern Entfernung, ein Punkt Signalorange auf: „Das sind zwei unserer drei festen Waldarbeiter. Sie kontrollieren im Winter Drahtschutzzäune nach Zerstörung durch Wildschweine. Rehe nutzen den Durchschlupf und verbeißen vor allem junge Eichen. Eichen lieben diese Feinschmecker besonders. Ein einziges Reh kann durch Verbiss eine gesamte Jungpflanzung zerstören.“ Dass die Waldarbeiter leuchtende Orangewesten tragen, gehöre zum Sicherheitsstandard. „Da hat sich Gott sei Dank viel getan in den vergangenen Jahren. Sie tragen auch Gitterschutzhosen gegen Schnitte mit der Motorsäge und haben einen Funkknopf für den Notruf im Ohr.

Neben Zaunkontrollen reinigen die Waldarbeiter auch gleich die jetzt leeren Nistkästen. Zudem kontrollieren sie an öffentlichen Waldstraßen, welche Bäume infolge Alters oder Krankheit gefällt werden müssen.

Ein paar Hundert Meter weiter beginnt sich der Wald zu lichten. Weniger wegen seines natürlichen Wuchses, sondern weil Forstarbeiter Peter auf seinem „Harvester“ saubere Arbeit geleistet hat: Ein stolzer Fichtenhochwald, der vor kurzem noch Wind und Wetter trotzte, liegt nun, geordnet nach Stämmen und Reisig, zerlegt an der Rückestraße.

Harvester sind Vollerntemaschinen: Sie fällen Bäume, rücken und entkronen sie, entrinden die Stämme und schichten sie schließlich zum Abtransport auf.

Doch es ist gut möglich, ja wahrscheinlich, dass Peter schon in dieser Woche die Arbeit einstellen muss. Er spricht das Dilemma offen an: „Ganz schön weich und tief der Boden.“ Der Dauerregen der vergangenen Tage hat den Waldboden morastig und tief gemacht. Die tonnenschweren Vollernter sinken derart ein, dass die Forstleute von „Weichen“ auf den Rückewegen sprechen. Da hilft selbst das aufgeschichtete Reisig nicht, obwohl das recht gut abfedert.

Der Druck der Maschinen auf das Erdreich des Waldes ist folgenschwer. Sie verdichten den wertvollen Boden derart, dass Wurzel- und Feinwurzelwerk mitsamt ihrer komplexen Tier- und Pflanzenwelt bis ins Kleinste zerstört werden. „Ich fürchte, jetzt ist Feierabend für die Erntemaschinen“, meint die Försterin bei der Weiterfahrt.

Damit käme der Einschlag zum Stillstand. Obwohl es Arbeit genug gäbe für die Harvester. Kotschmar stoppt vor einem ausgewachsenen Fichtenhochwald, zwei Hektar groß. Diese Fichtenkultur ist ein Erbe der Cotta'schen Großaufforstung ab 1822. Doch damit geht es nun zu Ende: Die Markierungen für die Rückegassen sind in leuchtendem Hellblau bereits angezeichnet. „Dieser Abschnitt wird komplett fallen und durch Laubmischwald wieder aufgeforstet. Das Ende der Monokultur ist ein großes Programm des aktuellen Waldplanes“, sagt sie. Und die Fichtenkreuzschnäbel, die im März zu brüten beginnen? „Die weichen in einen anderen Fichtenbestand aus, das ist ganz normal“, so die Försterin.

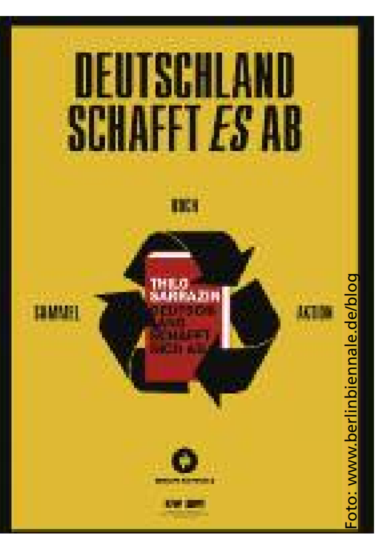
Zurück am Forstamt, freut sich Barbara Kotschmar, dass sie endlich ihre nasse Jacke und ihre dreckigen Schuhe ausziehen und zurück in ihre gute warme Forststube kann.

Heinz-Wilhelm Bertram

IN KÜRZE

Sarrazin zum Einstampfen

Der Staat steht mit über zwei Billionen Euro in der Kreide. Aber macht nichts, nur immer raus mit dem Geld. Zum Beispiel die Kulturstiftung des Bundes. Fördert die doch mit Steuergeldern ein Spektakel, das sich Kunst nennt, und dabei mit Praktiken totalitärer Regime spielt. Vor Beginn der 7. „Berlin Biennale“ will der aus der Tschechei stammende Links-„Künstler“ Martin Zet die Verbreitung eines bestimmten Buches verringern: Er rief dazu auf, von den 1,3 Millionen abgesetzten Exemplaren von Thilo Sarrazins „Deutschland schafft sich ab“ mindestens 60000 einzusammeln, um sie während des Kunstfestivals als „Installation“ zu zeigen. Danach sollen sie eingestampft werden, selbstredend „für einen guten Zweck“. „Ab einem bestimmten Moment ist es nicht mehr wichtig, was die Qualität oder wahre Intention eines Buches ist, sondern welchen Effekt es in der deutschen Gesellschaft hat“, gibt Zet aufschlussreichen Einblick in seine Blockwart-Gedankenwelt. An der Aktion „Deutschland schafft *es* ab“ beteiligen sich außer dem Bund auch ein knappes Dutzend Berliner Galerien, das Haus der Kulturen der Welt und das Bauhaus Dessau, die „Sammelstellen“ für den Bestseller eingerichtet haben. Auf der Kommentarspalte der Internetseite der „Berlin Biennale“ empfängt den „Künstler“ unterdessen ein wenig schmeichelhaftes Echo: „Zuletzt hat so eine ‚Kunstaktion‘ mit Büchern Adolf Hitler durchgeführt.“ *CR*



Aufruf zur Aktion „Deutschland schafft es ab“

Allein, aber nicht unglücklich

Am zufriedensten sind ledige Frauen zwischen 20 und 30, am unglücklichsten die Geschiedenen ohne Partner

Singles haben keinen guten Ruf. Sie gelten vielen als egoistisch, asozial, einsam oder unglücklich. Aber warum favorisieren immer mehr Menschen dieses Lebensmodell – freiwillig? Eine neue Untersuchung zeigt, dass Alleinlebende sogar glücklicher als Verheiratete sein können.

Dem „Glücksatlas 2011“ waren erstaunliche Fakten aus dem Leben der Singles zu entnehmen. Diese Studie, die kürzlich von der Deutschen Post in Berlin präsentiert und vom renommierten Allensbacher Institut für Demoskopie erstellt wurde, nennt Frauen zwischen 20 und 30 Jahren als die Zufriedensten. Viele von ihnen sind (noch) nicht verheiratet. Was macht sie so zufrieden?

Es sind die vier großen „G“ (Gesundheit, Geld, Genetik und Geselligkeit), stellte Renate Köcher, die Chefin des Allensbacher Instituts, fest. Als Beispiel gelten ihr die Bürger der Hansestadt Hamburg, die sich überdurchschnittlicher Gesundheit, vieler Freunde und Bekannte, deutschlandweit höchster Einkommen und einer positiven Mentalität erfreuen, bei der man ein Glas eher halb voll als halb leer betrachtet. Dabei ist Hamburg eine Single-Hochburg, in der über 44 Prozent der Menschen allein leben.

Aus diesem Blickwinkel wirken Nachrichten, dass die Zahl der Single-Haushalte ständig steigt, weniger bedrohlich. Von 14 auf 17 Millionen ist die Zahl der Alleinlebenden in den letzten 15 Jahren gestiegen. Während die Zahl der Verheirateten in der Bevölkerung im gleichen Zeitraum von 63 auf 56 Prozent gefallen ist, stieg die Zahl derer, die zwar einen festen Lebenspartner haben, aber nicht zusammen wohnen wollen, von 41 auf 48 Prozent.

> Viele verzichten absichtlich auf gemeinsame Wohnung

Ein klarer Hinweis auf eine Lebensform, die die „Gemeinschaft von Tisch und Bett“ nicht unbedingt als Voraussetzung für Zufriedenheit und Lebensglück ansieht. Das zeigen wiederum die Daten aus dem Glücksatlas 2011, die fortwährend in den vergangenen 25 Jahren erhoben wurden und daher kein Zufallsbild darstellen. Als Glücklichste gelten die „Verwitweten mit neuem Partner“, gefolgt von „Ledigen mit fester Partnerschaft“; erst danach kommen die Verheirateten.

Viele der (statistisch gesehen) Alleinlebenden verzichten bewusst auf eine gemeinsame Wohnung mit dem Lebenspartner. Sie wollen lieber Distanz halten, sich den Ärger um die vermeintlich zu ordentliche oder zu unordentliche Wohnung vom Hals halten – und dennoch nicht auf Geselligkeit oder gemeinsame Reisen verzichten.

Als Unglücklichste erscheinen in der Zufriedenheitsstudie die „Geschiedenen ohne Partner“ und die „Ledigen ohne Partner“. Der Mensch ist offenkundig nicht dazu geschaffen, allein zu leben, wie es schon am Anfang der Bibel heißt. Besser ergeht es den Verwitweten ohne Partner, die sich nicht in das Wagnis einer neuen Beziehung stürzen wollen. Sie können sich offenbar mit ihrem Schicksal besser abfinden als die Ledigen oder Geschiedenen ohne Partner.

Auf Abhilfe hoffen viele der unzufriedenen Singles heute im Internet. Sieben Millionen Deutsche suchen über Seiten wie „eDarling“, „Parship“ oder „Elite-Partner“ neue Kontakte. Die alten Heiratsinstitute sind weitgehend aus der Mode gekommen, auch ältere Menschen suchen heute aktiv im Internet, denn es bietet viele Vorteile. Statt zufällig nach neuen Beziehungen im Bekanntenkreis, bei der Arbeit oder in der Freizeit zu suchen, ist die Netz-Suche sehr viel zielgerichteter.

Jeder Interessent muss sich ausführlich präsentieren, seine Wünsche an den Partner realistisch angeben und staunt dann oft genug über die vielen Angebote. Wer sich dann die Mühe macht, vielleicht zehn oder 15 „Dates“ (Treffen) zu absolvieren, findet oft genug einen passenden Partner – und das mit verhältnismäßig geringem finanziellen Aufwand. Die Erfolgsquote ist – auch für ältere Suchende – relativ hoch.

> Alleinlebende treiben die Mieten in die Höhe

Die Single-Börsen zeigen auf diese Weise sehr gut und realistisch, was weibliche und männliche Singles wirklich wollen. Intelligente Männer stehen bei 79 Prozent der Frauen hoch im Kurs; auch ein höherer Verdienst und angesehener Beruf wird gern gesehen. Beruhigend für die Männer ist außerdem, dass für 43 Prozent der suchenden Frauen das Aussehen nicht so wichtig ist. Schlechte Tischmanieren bei Männern bedeuten hingegen ein Stoppschild für die meisten Frauen.

Wie aber sieht die „Traumfrau“ aus Sicht der Männer aus? Auch sie sollte eine gute Allgemeinbildung haben, ordentlich sein und kein Haustier halten. Jünger als der Mann sollte die Frau sein, finden 40 Prozent der Männer. Für zwei Drittel der Männer ist ein gutes und gepflegtes Aussehen der Frau ein „Muss“. Höhere Berufe wie Ärztin oder Lehrerin sind ebenfalls lieber gesehen als eine Bäuerin oder KFZ-Mechanikerin.

Hält dieser Trend – einen festen Partner zu haben/zu suchen und gleichzeitig allein zu leben – an, so wird sich vor allem die Wohnlandschaft in großen Städten verändern. Viele Singles können es sich leisten, in Zwei- oder Drei-Zimmer-Wohnungen allein zu leben. Allerdings steigen die Mieten bedrohlich genau aus diesem Grund. Seit 2005 sind die Mieten in der Zufriedenheits-Hauptstadt Hamburg um 20 Prozent auf durchschnittlich 8,90 Euro pro Quadratmeter gestiegen. In besseren Stadtteilen werden schon jetzt über zwölf Euro Kaltmiete verlangt und gezahlt – für viele dann doch wieder ein Grund, lieber zusammenzuziehen. *H. E. Bues*



Leicht beeinflussbar

Selbstbestimmung? Von wegen!

Der Philosoph René Descartes hielt große Stücke auf die Vernunft. Mit seinem berühmten Ausspruch „Ich denke, also bin ich" erhob er die Rationalität zum Fundament der menschlichen Existenz. Das Gegenteil sei der Fall, meinen die Autoren des Buches „Ich denke, also spinn ich". Jochen Mai und Daniel Rettig halten unsere Entscheidungen und unser Handeln häufig für irrational und beeinflussbar. In der Regel wüssten wir gar nicht, wodurch wir beeinflusst werden. Die beiden Redakteure der „Wirtschaftswoche" stehen eher auf der Seite von Sigmund Freud, dem Vater der Psychoanalyse: Nur wenn wir uns etwas Unbewusstes bewusst machen, haben wir eine gewisse Chance, uns rationaler zu verhalten. In allen Bereichen räumen die Autoren mit dem Mythos der völligen Selbstbestimmung auf und enthüllen verblüffende psychologische Phänomene, die unser Leben bestimmen.

Beispiel Arbeit und Beruf: Innerhalb eines Unternehmens gelte die Maxime „Konkurrenz belebt das Geschäft" nicht. Nach dem sogenannten Superstar-Effekt beeinflusse allein die Anwesenheit eines Ausnahmetalents die Konkurrenten negativ. Eine US-Forscherin wertete Statistiken von Golfturnieren der Profiliga aus und stellte fest, dass die Leistungen der Profigolfer schlechter ausfielen, wenn Superstar Tiger Woods ebenfalls antrat. War Woods nicht dabei, zeigten die Sportler durchweg bessere Leistungen. Für den Betrieb bedeute das: Bonuszahlungen und Prämien lohnen sich kaum, um alle Mitarbeiter anzuspornen. Denn wird die Leistung des Einzelnen – etwa durch die Auszeichnung „Mitarbeiter des Monats" – besonders honoriert, demotiviert das alle anderen. Würdigt der Vorgesetzte die Einzelleistung seiner Mitarbeiter allerdings zu wenig, besteht die Gefahr des sozialen Faulenzens. Der sogenannte Ringelmann-Effekt wurde erstmals in einem Versuch beobachtet, bei dem Probanden an einem Seil ziehen sollten. Je größer die Gruppe war, desto mehr nahm die Zugkraft des Teammitglieds ab.

Ein weiteres interessantes Phänomen im Berufsalltag ist der „Watercooler-Effekt". Demnach verbesserten weniger Meetings und stattdessen die Einrichtung von Räumen zum Tratschen den Informationsfluss und sorgten für mehr Solidarität und Produktivität in Teams.

Beispiel Liebe und Partnerschaft: Der sogenannte Coolidge-Effekt erklärt, warum Männer fremdgehen. So entwickelten Männer größere sexuelle Lust, wenn sie ab und zu ihre Partnerin wechseln. Verantwortlich dafür sei das Glückshormon Dopamin. Ganz so einfach wie die beobachteten Ratten im Käfig können die Exemplare der Spezies Homo sapiens ihren Seitensprung jedoch nicht damit rechtfertigen, im Affekt gehandelt zu haben. Ein Tipp der Autoren an die Frauen: Machen Sie sich den „Valins-Effekt" zunutze!

> Verhalten des Menschen im Test

Aufregung führe bei Männern nämlich dazu, dass sie ihr weibliches Gegenüber als besonders erotisch attraktiv einschätzen. Wie wär es also mit einer Verabredung zum Fallschirmspringen?

Sachlich, verständlich und humorvoll dokumentieren die Autoren zahlreiche kuriose Alltagsphänomene. Dahinter steckt eine unglaubliche Recherchenleistung, die eine Fülle von Studien und Experimenten sowie eine kritische Auseinandersetzung mit ihrer wissenschaftlichen Gültigkeit umfasst. Zudem geben Mai und Rettig viele Ratschläge, wie sich die Erkenntnisse im Alltag und im Beruf nutzen lassen. Da waren keine Spinner, sondern Denker am Werk. *Sophia E. Gerber*

***Jochen Mai und Daniel Rettig: „Ich denke, also spinn ich: Warum wir uns oft anders verhalten, als wir wollen"**, dtv, München 2011, broschiert, 384 Seiten, 14,90 Euro*



Verbrecherische Clique schützen?

Kriegsreporter kritisiert den Unsinn des Afghanistan-Einsatzes

Vor zehn Jahren begann der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Im Dezember 2001 hatte der Deutsche Bundestag für die Entsendung deutscher Soldaten nach Afghanistan im Rahmen der internationalen Schutztruppe Isaf gestimmt. Der Einsatz hatte einen humanitären Charakter und diente der Stabilisierung der Regierung von Präsident Hamid Karsai. Von Afghanistan soll keine terroristische Bedrohung mehr ausgehen. Nach und nach wurde die Bundeswehr in einen Krieg gegen die Aufstandsbewegung hineingezogen, ohne über die entsprechende Ausrüstung zu verfügen, ohne mental darauf vorbereitet zu sein. Was das in der Realität bedeutet, schildert der Journalist Marco Seliger in seinem Buch „Sterben für Kabul. Aufzeichnungen über einen verdrängten Krieg" in drastischen, mitunter schockierenden Reportagen.

Seliger ist Reservist und war selbst in Afghanistan stationiert. Seit zehn Jahren berichtet der 39-Jährige für das Magazin „loyal" und die „FAZ" aus Afghanistan. Mehrmals hat er vor Ort recherchiert. Sein Anliegen ist es, dass die Menschen in Deutschland erfahren, was die eigenen Mitbürger in 5500 Kilometer Entfernung durchleben. Er beklagt, dass der Krieg gegen die im Volk verwurzelten Aufständischen in der Bundesrepublik von Anfang an tendenziell verharmlost und verdrängt worden sei, ebenso wie die Befürchtung, dass der verlustreiche und teure Militäreinsatz zu scheitern droht, weil im Völkerkessel Afghanistan Demokratie noch nicht gewollt sei und weil die Besatzungstruppen in vielen Gegenden nicht präsent sind. Luftschläge sind nach wie vor das taktische Mittel der multinationalen Streitkräfte, um der Gefahr zu begegnen.

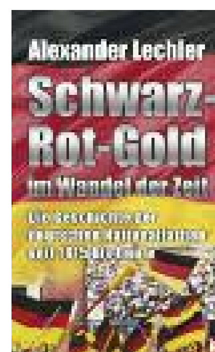
> »Afghanische Gesellschaft gleicht einem Sumpf«

Die wieder erstarkten Taliban operieren aus dem Hinterhalt heraus und verminen Straßen, stellen sich als menschliche Bombe grinsend vor ihre ahnungslosen Opfer. Mit dem Bewusstsein, dass jeder Einheimische ein potenzieller Angreifer sein kann, müssen die deutschen Männer und Frauen im Einsatzgebiet der Bundeswehr im Norden Afghanistans täglich ihren Dienst ausüben. Zudem falle es aufgrund der deutschen Geschichte den meisten schwer zu akzeptieren, dass es zu den Aufgaben von Soldaten gehört, Menschen zu töten, meint der Autor.

Immer wieder stellt er die Frage nach dem Sinn: „Warum müssen junge Männer ihre Gesundheit in einem fernen, ihnen vollkommen fremden Land riskieren?" Diese Frage treibt auch die Soldaten um. Einer von ihnen sagt: „Die afghanische Gesellschaft gleicht einem Sumpf. Es gibt wenige, auf die man sich verlassen kann. Wir fragen uns, wofür wir hier unser Leben einsetzen." Längst habe die Bundesregierung keine schlüssigen und vor allem glaubwürdigen Antworten mehr. Dessen ungeachtet werde der Einsatz fortgesetzt, so der Vorwurf des Autors.

Aufschlussreich sind seine Kommentare zur Entwicklung des innerafghanischen Konflikts. Im Zentrum stehen jedoch die Schicksale der getöteten, verwundeten, verstümmelten und zu psychischen Wracks geschossenen Soldaten. 53 deutsche Soldaten sind bis Ende August 2011 gestorben, die meisten durch Selbstmordattentate. Ihr Tod ist sinnlos aus Sicht ihrer Angehörigen, auch weil sich, wie hier behauptet wird, in ihrem Heimatland kaum jemand für ihr Schicksal interessiere. Sie starben, so das harte Urteil des Autors, damit sich in Kabul eine teilweise verbrecherische Clique bereichern und an der Macht halten kann. Bereits 2004 waren einige der ehemaligen Kriegsherren, die Seliger als „Afghanistans Totengräber" bezeichnet, durch gefälschte Wahlen wieder ins Parlament gelangt. Inzwischen ist die größte terroristische Bedrohung in Pakistan zu verorten, der Atommacht. Dem Land müsse in Zukunft das Augenmerk der Staatenwelt in gleicher Weise wie Afghanistan gelten, mahnt Seliger. Der Westen müsse weiterhin Milliarden für den Unterhalt der afghanischen Sicherheitskräfte aufbringen, um zu verhindern, dass diese sich bald nach dem Abzug der Isaf Ende 2014 auflösen. Ansonsten sei zu befürchten, dass das Land im Chaos des Bürgerkriegs versinkt. *Dagmar Jestrzemski*

***Marco Seliger: „Sterben für Kabul. Aufzeichnungen über einen verdrängten Krieg"**, Mittler & Sohn, Hamburg 2011, broschiert, 224 Seiten, 19,95 Euro*



Veröffentlichung nicht notwendig

Uni-Arbeit über die deutschen Farben Schwarz-Rot-Gold

„Schwarz-Rot-Gold im Wandel der Zeit" spiegelt das Dilemma seines Autors wider. Dieser möchte über ein originelles Thema schreiben, aber kann es nicht, weil die Quellenlage so schlecht ist. Stattdessen weicht er auf ein nicht originelles Thema aus, bei dem die Literaturlage sehr gut ist – und bringt nichts Neues.

Alexander Lechler erläutert in der Einleitung seine Motivation und das Ziel des Buches. Er erstrebt „eine wissenschaftliche Arbeit, die die Beliebtheit, die Popularität von Schwarz-Rot-Gold im Laufe der letzten fast 200 Jahre untersucht". Sein Motiv macht er klar: „Eine derartige Untersuchung gab es bislang nicht." Und letzteres hat seinen guten Grund. „Ein direkter Vergleich ist ausgeschlossen, es existieren keine statistischen Erhebungen bis in die 50er Jahre des letzten Jahrhunderts hinein, die nach der Beliebtheit von Schwarz-Rot-Gold gefragt haben."

So bleiben die Ergebnisse mager. Die Erkenntnis, dass Schwarz-Rot-Gold im Kaiserreich, das den Deutschen wenigstens die kleindeutsche Einigung unter Schwarz-Weiß-Rot gebracht hatte, in den Hintergrund gedrängt wurde, ist fast banal und findet sich auch in „konventionellen" Büchern über die deutschen Nationalfarben, die nicht für sich in Anspruch nehmen, die Beliebtheit zu untersuchen. Sensationell kann man auch nicht die Feststellung nennen, dass die kleine Wiedervereinigung und die Fußballweltmeisterschaft von 2006 im eigenen Land zur verstärkten Verwendung von Schwarz-Rot-Gold als Nationalsymbol geführt haben.

Geradezu abenteuerlich wird es, wenn der Autor aus selbst geführten Gesprächen mit Heilbronnern und Jenaern glaubt, Rückschlüsse auf Unterschiede in der Beurteilung von Schwarz-Rot-Gold in der Alt-Bundesrepublik und der Ex-DDR ziehen zu können. Wenn dann auch noch die Wahl auf Heilbronn und Jena fällt, weil es sich um den Geburts- beziehungsweise Studienort des Verfassers handelt, hat das mehr mit Willkür als mit Wissenschaftlichkeit zu tun. Erschwerend kommt hinzu, dass der Vergleich zwischen West und Ost bei dieser Städtewahl dadurch verfälscht wird, dass Jena wie keine andere Stadt durch die Jenaer Burschenschaft aufs engste mit der Geschichte von Schwarz-Rot-Gold verbunden ist.

Abgesehen von derartigen Ausflügen in die Meinungsforschung beschränkt sich die Arbeit entsprechend ihrem Untertitel „Die Geschichte der deutschen Nationalfarben seit 1815 bis heute" auf die Wiedergabe der Geschichte von Schwarz-Rot-Gold. Das erfolgt zwar im Großen und Ganzen ordentlich, man hat es aber vorher schon mehrere Male anderswo gelesen. Dafür hätte es nicht dieses Buches bedurft.

Die Publikation ist aus einer Seminararbeit entstanden und diese hat sicher auch ihren Schein vom Professor verdient. Aber man fragt sich, warum die Arbeit unbedingt in eine Veröffentlichung münden musste – und warum der Kunde dafür auch noch 7,90 Euro ausgeben soll, immerhin zehn Cent pro Seite. *Manuel Ruoff*

***Alexander Lechler: „Schwarz-Rot-Gold im Wandel der Zeit. Die Geschichte der deutschen Nationalfarben seit 1815 bis heute"**, Frieling-Verlag, Berlin 2011, broschiert, 78 Seiten, 7,90 Euro*

Dorniges Paradies

Farbenprächtiger Roman über Deutsche, die im 19. Jahrhundert nach Argentinien auswandern

Wem es nach Filmen wie „Vom Winde verweht", „Australia" oder der Familiensaga der Autorin Sarah Lark „Das Gold der Maori" mal wieder nach einem zumindest epos-ähnlichen Roman gelüstet, der sollte sich an Sofia Casparis Erstling „Im Land des Korallenbaums" halten. Auf der Überfahrt von Deutschland nach Argentinien lernen sich im Sommer 1863 die jungen Frauen Anna Weinbrenner und Viktoria Santos kennen. Beide sind abenteuerlustige Frauen und befinden sich auf dem Weg zu ihren Ehemännern. Der einzige Unterschied zwischen den beiden ist, dass die wohlhabende Kaufmannstochter Viktoria erster Klasse reist, wohingegen Anna sich als Tochter einer einfachen Arbeiterfamilie im Schiffsbauch mit den anderen unvermögenden Passagieren um trockene Schiffskekse und Frischwasser streiten muss.

Da sich Annas Familie nicht für alle gleichzeitig die Überfahrt nach Argentinien leisten konnte, ist Anna das letzte Familienmitglied, welches den Boden der neuen Heimat betreten wird, in der Hoffnung, dass ihre Familie und ihr Mann Kaleb bereits wie geplant ein Stückchen Land gekauft und in Bewirtschaftung haben.

Das Kapitel, das von der Überfahrt nach Argentinien handelt, streckt sich über vergleichsweise wenige 70 Seiten und doch kommt es dem Leser danach vor, als würde er die Hauptfiguren Anna, Viktoria und den unkonventionellen Kaufmannssohn Julius schon deutlich besser kennengelernt haben. Denn schon auf der Überfahrt erleben die drei viele kleinere und größere Abenteuer und müssen beweisen, dass sie bereit sind, gemeinsam durch dick und dünn zu gehen.

Als das Schiff in den Hafen von Buenos Aires einläuft, ist zum Bedauern des Lesers jedoch klar, dass jeder der drei danach wieder seiner eigenen Wege gehen wird. Der Weg von Anna ist jedoch, wie zu befürchten war, der steinigste von allen.

> Das glückliche Ende lässt auf sich warten

„Sie zögerte, bevor sie die Hand hob und klopfte. Es dauerte eine ganze Weile, bis schlurfende Schritte zu hören waren. Jemand machte sich an der Tür zu schaffen. Jemand fluchte, und Anna erkannte die Stimme ihres Vaters. Plötzlich überkam sie Sehnsucht, die sich kaum mehr bezwingen lassen wollte. Tränen der Erleichterung schossen ihr in die Augen … Endlich bewegte sich die Tür. Eine Gestalt schälte sich aus dem Dämmerlicht dahinter hervor. Anna hörte, wie sich ihr Vater räusperte. Ein Lächeln kerbte sich in ihren Mundwinkel. Ich bin angekommen, dachte sie, ich bin endlich da. Dann trat ihr Vater aus dem Dämmerlicht heraus. Und genauso schnell, wie es gekommen war, gefror Annas Lächeln."

Auch wenn die Schicksale, welche die leicht überhebliche Viktoria und die willensstarke Anna Weinbrenner erwarten, völlig unterschiedlich sind, so sind sie auf jeden Fall auch völlig anders als das, was beide von der neuen Heimat in Argentinien erhofft hatten. Und auch Julius, in den sich Anna während der langen Schiffsreise verliebt hatte, wäre sie bei einem glücklichen Leben mit ihrem Mann Kaleb sicher nie wieder begegnet.

Sofia Caspari beschreibt das Argentinien des 19. Jahrhunderts als ein Land des Umbruchs und der Veränderungen. Zahlreiche Gefahren, Armut und Reichtum gehen Hand in Hand mit der Besiedelung des Landes durch Einwanderer und der Vertreibung der einheimischen Indios.

An manchen Stellen des Romans kommt beim Leser das Gefühl auf, dass manche Kapitel etwas verkürzt wurden. Dies tut dieser großartigen Geschichte im Großen und Ganzen jedoch keinen Abbruch. Mit „Im Land des Korallenbaums" ist der Autorin auf jeden Fall eine spannende Familiensaga gelungen. *Vanessa Ney*

***Sofia Caspari: „Im Land des Korallenbaums"**, Bastei Lübbe, Köln 2011, broschiert, 704 Seiten, 9,99 Euro*

Weitere Titel

***Eberhard und Eike Hamer sowie Frank Schäffler: „Warum lassen wir das geschehen? Euro-Krise: Die Lust am gemeinsamen Untergang"**, Deutsche Mittelstandsstiftung e. V., Augustinerweg 20, 30419 Hannover, broschiert, 74 Seiten, 5 Euro*

***Gerta Heykena: „Ostpreußische Geschichtchen und Küchenlieder"**, 55:28 Minuten, Dwarslöper Musikproduktion, zu beziehen: Gerta Heykena, Rehwisch 20, 25497 Prisdorf, 10 Euro*

***Jenny Schon, Joachim Süss: „Postelberg Kindeskinder – Träume und Trauma"**, Odertor Verlag, Bad Schussenried 2011, 138 Seiten, brosch., 14,90 Euro*

***Stefan Welzk: „Leipzig 1968. Unser Protest gegen die Kirchensprengung und seine Folgen"**, Ev. Verlagsanstalt Sachsen, Leipzig 2011, kartoniert, 224 Seiten, 9,80 Euro*

MELDUNGEN

Lammert kritisiert Papst

Hamburg – Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) kritisiert den Papst: Er glaube nicht, dass der Mitgliederschwund bei der katholischen Kirche bald abebbt, „schon gar nicht unter diesem Papst“, denn „ernsthafte Veränderungen“ kämen erst von einem nicht-europäischen Nachfolger. Lammert, der auch eine neue Version des Vaterunsers verfasst hat, war Papst Benedikt XVI. bei der Begrüßung im Bundestag auf dessen Gewand getreten. *RGK*

Arbeitslos durch Einwanderung

London – Laut einer Studie der britischen Regierung haben in den vergangenen fünf Jahren 160 000 Briten keinen Arbeitsplatz gefunden, weil dieser mit Einwanderern besetzt wurde. Die These, dass Immigration Arbeitsplätze schaffe, von denen auch die Einheimischen profitierten, habe sich als falsch herausgestellt. Einwanderungsminister Damian Green hat nunmehr angekündigt, die Zuwanderung nach Großbritannien zu begrenzen. *H.H.*

ZUR PERSON

Typischer EU-Apparatschik

Kaum im Amt, gibt sich der neue EU-Parlamentspräsident **Martin Schulz** (SPD) streitlustig. In einem Interview mit „Bild“ versprach der 56-Jährige, sich mit den EU-Regierungschefs, allen voran Merkel und Sarkozy, anlegen zu wollen, um den Einfluss des Parlaments auf Entscheidungen, die bisher die Regierungen ohne EU-Parlament treffen, zu vergrößern. Er wolle mitreden, statt den „Grüß-August“ zu spielen.

Galt das Amt des Parlamentsvorsitzenden bislang als das Ende der politischen Karriere, will Schulz um mehr Macht und Aufmerksamkeit kämpfen, notfalls mit medienwirksamen Eklats. In der Vergangenheit legte sich der Rhetoriker Schulz mit Silvio Berlusconi an, dem er dessen Doppelrolle als Regierungschef und Medienmogul vorwarf, und zuletzt mit dem britischen EU-Abgeordneten Godfrey Bloom, indem er bei der Diskussion um den Stabilitätspakt die Sonderrolle der Briten kritisierte. Dies trug ihm den Vorwurf eines „undemokratischen Faschisten“ ein.



Der aus dem Kreis Aachen stammende Schulz gilt als EU-Apparatschik. Der Buchhändler wurde 1994 ins EU-Parlament gewählt, seit 2004 war er Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Europas.

Ebenso wie das Duo Merkel/Sarkozy ist Schulz für die Einführung einer Transaktionssteuer. und eine Fiskalunion. Er spricht sich aber anders als Merkel auch für Eurobonds aus. Zur Rettung Griechenlands verlangt er ein sofortiges Konjunkturprogramm, mit dem die griechische Wirtschaft angekurbelt werden solle. Auf das immense Kostenrisiko für Deutschland bei Einführung von Eurobonds angesprochen entgegnete Schulz, diese dienten dem deutschen Wohlstand, weil 35 Prozent der deutschen Waren exportiert würden. *M. Rosenthal-Kappi*



Zeichnung: Mohr

Deutsche Zustände

Warum Antifas so gern braune Suppe löffeln, wie man Deutschland pädagogisch abschafft, und was Martin Schulz im Hinterkopf rumort / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Martin Zet hat Großes vor: Der Tscheche will als „kritischer Künstler“ so richtig absahnen. Als einer, der „aneckt“, der „Zivilcourage“ und „Gesicht“ zeigt. Kurz: Berühmt will er werden im deutschen Politkultur-Rummel.

Das wird man am besten dadurch, dass man das, was die Tonangeber in Politik, Medien und Kunsthallen-Kuratorien sowieso immerzu von sich geben, noch etwas dröhnender und geschmackloser in die Welt bläht. Zet hatte da eine tolle Idee: Er will auf der kommenden Berlin-Biennale 60 000 Exemplare des Sarrazin-Buchs „Deutschland schafft sich ab“ öffentlich der Vernichtung übergeben. Die Kuratoren sind begeistert. Es hagelt Steuertaler auf den wackeren Böhmen. So was Mutiges, und so originell!

Das heißt, so originell nun auch wieder nicht. Öffentliche Büchervernichtung ... war da nicht mal was? Da schimmert etwas durch wie bei den „Deutschland verrekke!“-Parolen, die auch schon mal so ähnlich durchs Land waberten, nur dass damals andere gemeint waren.

Wie kommt es bloß, dass ausgerechnet die eifrigen „Antifaschisten“ immer wieder so ungestüm braune Suppe löffeln? Ausgerechnet die! Müssten die nicht besonders „sensibel“ auf die verpestete Plörre reagieren, wo sie doch Tag und Nacht nichts anders tun, als gegen den „Faschismus“ zu Felde zu ziehen?

Genau hier liegt das Missverständnis. Die Berliner Mauer wurde von ihren Erbauern „Antifaschistischer Schutzwall“ getauft. Doch jeder weiß: Nicht gegen irgendeine Art von „Faschismus“ war das Werk gerichtet, sondern allein und ausschließlich gegen das deutsche Volk. Was noch nicht jeder weiß: Mit der „Antifa“ ist es genauso. Die Abschaffung Deutschlands erscheint ihr als güldenes Endziel aller Anstrengungen. Wer wie Sarrazin daran herumnörgelt, den beschießt man eben von den Zinnen des „Schutzwalls“ geneigter Medien.

Natürlich gibt es auch subtilere Möglichkeiten als die Wiederinbetriebnahme von NS-Parolen wie „... verrecke!“ oder -Ritualen wie der öffentlichen Büchervernichtung. Um langfristig Erfolg zu haben, muss man geschickter vorgehen, das wissen die Abschaffer auf der akademischen Ebene sehr genau. Dabei ist ihnen nicht entgangen, dass Deutschland kein ganz kleiner Brocken ist, den man mal so eben aus dem Weg räumen kann.

Ihr Fazit: Wenn wir Erfolg haben wollen, müssen wir dafür sorgen, dass die Deutschen sich selbst erledigen. Damit sie das auch tun mögen, muss ihnen zunächst jeder Anflug von Vaterlandsliebe vergällt werden. Wie Umfragen über deutschen Patriotismus im europäischen Vergleich belegen, ist man auf diesem Wege gut vorangekommen: Die Deutschen mögen sich wirklich nicht sonderlich.

> Patriotismus mache uns für Ausländer attraktiver, behauptet ein Psychologe. Droht ein zweiter Sarrazin?

Da war die Fußball-WM 2006 allerdings ein echter Rückschlag. Die Abschaffer waren entsetzt über das fröhliche Fahnenmeer und rangen um Argumente, mit denen sie die schrecklich unschuldige Patrioten-Party „entlarven“ könnten.

Wilhelm Heitmeyer, Professor für Pädagogik und Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld, wurde fündig: Patriotismus sei demokratie- und fremdenfeindlich. In seiner Studie „Deutsche Zustände 2006“ lesen wir: „Je größer der Nationalstolz bei den Befragten ist, desto weniger wichtig sind ihnen demokratische Errungenschaften.“ Und: „Je höher die Identifikation mit Deutschland und je größer der Stolz auf die eigene Gruppe, desto stärker werden Fremdgruppen abgewertet.“

Merkwürdig, persönlich hatten wir das ganz anders erlebt. Die erste deutsche Fahne bei mir in der Gegend hatte zur WM 2006 der türkische Imbissbuden-Besitzer in seinem kleinen Laden aufgehängt. Wochen vor dem Ereignis, da hatten die meisten Deutschen noch nicht mal eine gekauft. Und die Immigranten feierten mindestens so laut auf der Reeperbahn wie die Eingeborenen, wenn Deutschland gewonnen hatte.

War wohl alles eine Wahrnehmungsstörung. Oder doch nicht? Der Kölner Psychologe Ulrich Schmidt-Denter hat da mal nachgeforscht und Einsichten zutage gefördert, über die er hoffentlich nie ein Buch schreibt. Über die WM 2006 berichtet er: „Das Großereignis hat Deutsche und Ausländer zusammengeführt.“

Es kommt noch schlimmer, was das Thema Patriotismus angeht. Der mangelnde Patriotismus der Deutschen ist laut Schmidt-Denter mitschuldig daran, dass sich viele Immigranten nicht integrieren oder gar assimilieren wollten. Als Türke sei man starken Patriotismus gewöhnt. Ein Volk, das sein Vaterland so wenig achte, sei da schlicht unattraktiv. Da wolle man lieber nicht dazugehören und grenze sich ab: „Wenn bei den Deutschen Nationalstolz nicht geschätzt wird, dann ist es nicht attraktiv für Ausländer, ‚deutsch‘ sein zu wollen“, so der Wissenschaftler.

Und woher rührt der Patriotismusmangel der Deutschen? Nun wird es schrecklich. Schmidt-Denter: „Das liegt auch an der Art, wie in der Schule Geschichte unterrichtet wird ... Es wird sehr emotional übers Dritte Reich berichtet.“ Resultat: „Die Antipathie gegenüber dem Eigenen wächst und das ist nicht gut. Da verfehlt die Pädagogik ihr Ziel.“

Tatsächlich? Fragt sich doch, welches Ziel die „Pädagogik“ in Wahrheit verfolgt. Da könnte uns Pädagoge Heitmeyer gewiss einiges erzählen. Vielleicht geht es den Pädagogen ja ebenso wenig ums „Fakten vermitteln“ und „mündige Bürger heranziehen“ wie den Schutzwall-Antifas um die Bekämpfung des Faschismus? Interessant ist jedenfalls, was Schmidt-Denter noch herausgefunden hat. Nämlich, dass ältere Immigranten ohne Erfahrungen mit dem deutschen Geschichtsunterricht viel integrationsfreudiger seien als ihre Kinder, die hier zur Schule gegangen seien.

Und wie gehen wir nun mit diesen skandalösen Entdeckungen um? Na, ist doch klar – wie wir es immer gemacht haben: Wir machen den Entdecker fertig! Schmidt-Denter gibt dumpfen, nationalistischen Regungen eine scheinwissenschaftliche Rechtfertigung. Was man ja schon daran sehen kann, dass er ganz bestimmt „Beifall von der falschen Seite“ bekommt. Denn merke: Wenn die Falschen etwas Richtiges für richtig befinden, dann ist das Richtige eben falsch und das Falsche richtig. Moralisch betrachtet.

Wir müssen ja auch an Europa denken. Mit seiner Forschung legt der Psychologe, den wir ab jetzt nur noch „den umstrittenen ...“ nennen werden, die Axt an die Grundlagen deutscher Europa-Vorstellungen, wie sie der künftige Präsident des EU-Parlaments, der selbst Deutscher ist, dieser Tage umrissen hat. Sozialdemokrat Martin Schulz lässt wissen, dass er die deutsche Kriegsschuld „immer im Hinterkopf“ hat, wenn in Brüssel verhandelt wird. Soll bedeuten: Die Deutschen müssen dankbar sein, dass die anderen Europäer sie (und ihr Geld) überhaupt ertragen. Herr Schulz muss einen ausgezeichneten Geschichtsunterricht genossen haben.

Zudem stehen wir, so Schulz, „als stärkste Wirtschaftsmacht unter besonderer Beobachtung“. Besondere Beobachtung, da denkt man doch glatt an einen sicherungsverwahrten Psychopathen. Tatsächlich benehmen sich die Deutschen ja gerade wieder abscheulich. Ihre Exportüberschüsse, mit denen sie das Geld für die Rettungsschirme verdienen, sollen endlich „ausgeglichen“, sprich: rasiert werden. Als ersten Schritt will die EU-Kommission das Etikett „Made in Germany“ verbieten, soweit es ihr möglich ist.

Allerdings könnten sich die Deutschen, böse wie sie sind, dereinst mit einem ganz abgefeimten Trick aus der „Verantwortung“ stehlen: ihrer eigenen Pleite. Wer soll dann die Behindertenzulagen für Pädophile, Pyromanen, Exhibitionisten, Kleptomanen und Spielsüchtige bezahlen, die Griechenland sich gerade genehmigt hat? Noch über seinen Untergang hinaus hinterlässt Deutschland nichts als Ungemach.

MEINUNGEN

***Malte Lehming** wundert sich im „Tagesspiegel“ (16. Januar) über deutsche Besonderheiten, die er darauf zurückführt, dass die Deutschen eine „**beschädigte Nation**“ seien, in der keinerlei Werte mehr als selbstverständlich gälten:*

„Die Deutschen sind von Misstrauen durchdrungen. Sie verdächtigen alle Politiker der Korruption, beschimpfen einander als Rassisten ... Dabei stehen die Anlässe nur selten in einem nachvollziehbaren Verhältnis zum Pegelstand der öffentlichen Erregung.“

*Der moslemische Islamwissenschaftler **Bassam Tibi** stellt sich **gegen** westliche Versuche, die „**Muslimbrüder**“ als „gemäßigte“ Kraft zu akzeptieren. In der Wiener „Presse“ (12. Januar) trennt er zwischen der seines Erachtens maßvollen islamischen Partei Tunesiens und den ägyptischen Muslimbrüdern:*

„Für mich sind die Muslimbrüder eine totalitäre und keine demokratische Bewegung. Bei den Muslimbrüdern gibt es zehn Stufen der Mitgliedschaft: Zu Beginn hat man nur den Status eines Sympathisanten. Bis man in die höchste Stufe kommt, braucht man fünf bis sechs Jahre. Solange wird der Gehorsam überprüft.“

*Bundespräsident **Christian Wulff** ist sich sicher, dass er die **Kritik überleben** werde. Das Staatsoberhaupt prognostiziert voller Zuversicht:*

„In einem Jahr ist alles vergessen.“

Der Reformer

Freunde schöner neuer Riten
lesen gern dem Papst Leviten –
dumm ist bloß, dann stehen meist
fromme Lämmer da
belemmert,
und nach Lammerts Hammer
dämmert
ihnen auch grad, was das heißt:

Norbert nämlich will was meinen,
darum hofft er nicht auf einen
– wie er sagt – „Befreiungsschlag“,
und von diesem Papst aus Bayern
halt „schon gar nicht“ – ja so bleiern
drückt der Konkordats-Vertrag!

Ist dem Papst er, dem konkreten,
nicht mal aufs Gewand getreten
einst im Saale, berstend voll?
Klar, was sonst – denn Päpste tragen
selbst in unsern lichten Tagen
keinen Schlips laut Protokoll.

„Wir sind Papst“ war irrig eben,
und drum soll’s den nächsten geben
von weit weg, meint Lammert
auch –
Deutsche sind nur da zum Zahlen,
nicht um groß herumzuprahlen,
so ist’s wohlgelittner
Brauch!

Übrigens das Paternoster
hat er, gleichsam als Entroster,
umgedichtet lebensfroh
und dabei, wie leicht zu fassen,
die „Versuchung“ weggelassen,
„Schuld“ natürlich sowieso.

Doch die „Erde“ – das stimmt
heiter –
gibt’s mitsamt dem „Himmel“
weiter,
und dann im gemischten
Chor
klingt das Ganze wirklich prächtig –
einzig eines ist verdächtig:
„Reich“ kommt immer noch drin
vor!

Pannonicus